

## 11

Bonn, Montag 13. Februar 1967

*Sprecher: Adorno, Barzel, [Bauknecht], Blumenfeld, Brauksiepe, Burgbacher, Erhard, Etzel, Frikke, Gerstenmaier, Grundmann, Gurk, Heck, Hellwig, Kiesinger, Klepsch, Kohl, Lücke, Meyers, Mikat, Russe, Scheufelen, Schmücker, Stecker, Stingl, Stoltenberg, Strauß.*

*Bericht zur Lage. Bundesparteitag 1967. Finanzfragen. Aktionsprogramm. Tätigkeit der Vereinigungen. Bildung einer Wahlrechtskommission. Verschiedenes.*

*Beginn: 10.00 Uhr*

*Ende: 14.00 Uhr*

*Erhard:* Meine Kollegen und Kolleginnen! Liebe Freunde! Ich darf diese Sitzung eröffnen. Gestatten Sie mir zunächst ein persönliches Wort. Ich habe bekanntlich meinen 70. Geburtstag am Tegernsee gefeiert und hatte dabei die große Freude, eine ganze Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten und der mir enger verbundenen Freunde zu begrüßen, an der Spitze Herrn Bundeskanzler Kiesinger, aber auch viele andere Freunde und Mitarbeiter, mit denen ich seit Jahren zusammenarbeite, sei es im Kabinett oder sei es auf der Ebene der Partei. Ich danke Ihnen allen und kann Ihnen versichern, es war mir eine Freude, diese Begegnung an diesem Ort aus diesem Anlaß festlich feiern zu dürfen.

Damit kommen wir zu unserer heutigen Tagesordnung, die – wie immer – beginnt mit dem Bericht zur Lage. Es entspricht einer Tradition und es ist auch sachlich gerechtfertigt, wenn der Herr Bundeskanzler uns darüber einen Überblick vermittelt.

Lassen sie mich einige Worte zuvor sagen zu diesem Gegenstand. Wenn Sie die deutsche Presse lesen, wenn Sie Rundfunk hören und Fernsehen sehen, dann sind Sie völlig verwirrt und fragen sich, leben wir in der Krise oder leben wir im Aufschwung? Sind wir in einer Phase der Stagnation und Depression oder sind wir in einer Phase der Expansion? Wollen wir eigentlich das Wachstum um jeden Preis oder wollen wir die Stabilität? Ich sage das alles ohne irgendeinen Akzent und vor allen Dingen ohne Resentiment, aber ich glaube, vom Standpunkt der Partei aus muß hier sehr schnell eine Überzeugung durchdringen durch die ganze Bevölkerung, damit man wieder sicheren Grund und Boden unter den Füßen findet.

Wenn das schon für uns schwierig ist, dann ist es natürlich für den Staatsbürger draußen im Lande und für den Wähler noch sehr viel schwieriger, sich zurechtzufinden in dem Wirrwarr der Meinungen, Auffassungen und Darstellungen. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Bundeskanzler, wenn Sie auch darauf eingingen, denn ich spüre allenthalben – unsere Geburtstagsbriefe, ich habe über 20.000 bekommen, sind ja eine Art von Test –, was draußen die Menschen bewegt und welche Sorgen sie erfüllen. Ich

glaube, ich habe von dieser Warte aus gesehen das Recht, auch Sprachrohr zu sein der Meinungen und Urteile, die an mich herangekommen sind. Das zur Einleitung!

Ich bin persönlich der Meinung, – ich habe es bereits in einem Interview gesagt<sup>1</sup> –, daß mir zuviel gekurbelt zu werden scheint, und daß die ruhige Linie, die wir brauchen, jetzt unbedingt klar sichtbar werden muß. Daß das keine Kritik bedeutet, brauche ich hier nicht zu sagen; ich bin also nicht so geartet zu glauben, es gibt irgendein Gremium, wo man sein Ressentiment – das ich im übrigen gar nicht habe – abladen sollte; aber nehmen Sie es wirklich als eine echte Sorge für unser deutsches Volk und vor allen Dingen für unsere Wähler – die gibt's ja auch noch, es gibt nicht nur Wähler einer Großen Koalition, es gibt auch Wähler der CDU und der CSU –, denen wir immerhin einiges schuldig sind.

Das wollte ich vorausgeschickt haben und darf Sie nunmehr bitten, Herr Kollege Kiesinger, Ihr Referat zu halten.

#### BERICHT ZUR LAGE

*Kiesinger:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich will es so knapp machen, wie es möglich ist. Zunächst ein Wort zu den Sorgen, die der Herr Vorsitzende soeben angesprochen hat! Ich glaube nicht, daß unser Volk allzu sehr verwirrt ist; ich habe im Gegenteil den Eindruck, daß überall wieder Vertrauen vorhanden ist nach einer Krise, die ja unbestreitbar vorhanden war. Ich will auf die Gründe dieser Krise jetzt nicht eingehen. Sehr viele Faktoren haben zu dieser Krise beigetragen.

Wir pflegen schon seit Jahren, die öffentliche Meinung nach demoskopischen Ergebnissen zu erforschen. Das haben wir vorher getan, das haben wir gestern getan, und das werden wir auch morgen tun müssen, ohne dieses Ergebnis überzubewerten. Diese Ergebnisse sind nun einmal ganz einfach auch für die CDU – und gerade für die CDU – erfreulich. Ich will von dem Vertrauen, das dem neuen Bundeskanzler entgegengebracht wird nach diesen demoskopischen Ergebnissen<sup>2</sup>, jetzt gar nicht sprechen. Es ist ein Ergebnis, das so gut ist wie das irgendeiner meiner Vorgänger. Ich spreche von dem Vertrauen, das der CDU in der Großen Koalition entgegengebracht wird.

Ich habe die Bewegung seit der Gründung der neuen Regierung verfolgt. Erst gestern habe ich die neuen Ergebnisse von EMNID bekommen – nach Allensbach war es schon günstiger –, während noch vor drei Wochen der Abstand zwischen SPD und CDU 40:48 war, ist das neue Ergebnis 42:46. Ich sehe den Tag sehr genau voraus, wo

1 Vgl. das Interview Erhards mit der „Kölnischen Rundschau“ vom 12. Februar 1967.

2 Die Zustimmung zu Kiesinger hatte sich von 28% im August auf 60% im Dezember 1966 erhöht. – Vgl. JAHRBUCH 1965–1967 S. 208 f. Pressedienst des IfD Allensbach von Ende 1967 „Die Deutschen von Kiesinger begeistert“. Bei der „Sonntagsfrage“ ergaben sich für die CDU/CSU im Februar 1967 32% (gegenüber 29% im November 1966), für die SPD 35% (38%), für die FDP 5% (4%) – nach EMNID: Die Anhängerschaft der politischen Parteien und ihre Entwicklung. 164. Erhebung vom Januar 1968 (ACDP Meinungsumfragen-Archiv).

sich diese Dinge noch erheblich gebessert haben werden. Das zunächst über die Stimmung im Volk!

Nun zur Frage des Wachstums, der Stabilität usw.! Ich glaube, noch nie hat eine Regierung so ruhig und stetig gearbeitet, wie es die unsrige zur Zeit tut. Wir haben jedenfalls nicht zur Beunruhigung oder zu irgendeiner Verwirrung im Volke beigetragen. Wir haben sehr klar gesagt, was wir wollen mit unserem Regierungsprogramm, und haben Schritt für Schritt das, was wir angekündigt haben, zu vollziehen versucht. Wir können natürlich nicht für jeden Artikel und Leitartikel und für jede Meldung, die verbreitet wird, garantieren. Das müssen wir halt den Journalisten überlassen. Für mich kommt es darauf an: Wie ist die Stimmung im Volk allgemein.

Da habe ich nun beim besten Willen nicht feststellen können, daß diese Stimmung verwirrt sei; im Gegenteil, ich stelle fest – und ich glaube, ich bin dieser Regierung der Großen Koalition es schuldig, das zu sagen –, das Vertrauen konsolidiert sich. Und dieses Vertrauen kommt durchaus, wie ich eben schon sagte, der Christlich-Demokratischen Union und der Christlich-Sozialen Union zugute. Natürlich, wenn man eine Große Koalition gründet, muß man sich auf eine gemeinsame Linie einigen. Es ist ein Glück für uns – ich habe es in Oberhausen gesagt<sup>3</sup> –, daß es möglich war.

In welcher miserablen Situation hätten wir uns befunden angesichts einem absolut koalitionsunfähig gewesenen Partner gegenüber, wie die Verhandlungen ja erwiesen haben, Verhandlungen, die wir bis zur letzten Sekunde so geführt haben – die Herren, die mit mir die Verhandlungen geführt haben, rufe ich als Zeugen dafür auf –, daß für den bisherigen Koalitionspartner die Möglichkeit bestand, ein neues Bündnis mit uns einzugehen. In welcher miserablen Situation hätten wir uns befunden, wenn wir dann eine SPD uns gegenüber gehabt hätten, mit der wir sachlich kein Arbeitsprogramm hätten ausarbeiten können.

Aber glücklicherweise haben die Koalitionsberatungen gezeigt, daß es möglich sein werde, ein solches gemeinsames innenpolitisches und außenpolitisches Arbeitsprogramm<sup>4</sup> durchzuführen. Man soll sich durch eine gewisse neue Terminologie, die etwas differenzierter geworden ist als ehemals, den Blick nicht verstellen lassen für das, was wir tun. Es ist so, verehrter Herr Vorsitzender, auch auf wirtschaftspolitischem Gebiet, daß nach wie vor das Programm der Sozialen Marktwirtschaft weiterentwickelt wird, und zwar angepaßt an die Bedürfnisse dieser geschichtlichen Situation, in der wir uns befinden. Was das Volk von uns erwartete, das war zunächst, daß wir regierten. Das

---

3 Zur Rede Kiesingers „Deutschlands Zukunft sichern“ vgl. „Union in der Bewährung“, 17. Landesparteitag der CDU des Rheinlands 10./11. Februar 1967, Oberhausen S. 55–71, hier besonders S. 55.

4 Vgl. „Spiegel“ vom 12. Dezember 1966 „Eine Lage Bier“. – Auf einen detaillierten Koalitionsvertrag wurde verzichtet, dafür wurden teilweise die „Leitsätze der SPD für die Koalitionsverhandlungen im Herbst 1966“ in die Regierungserklärung übernommen; vgl. auch Zusammenfassung über „Aufgaben einer Bundesregierung“ der SPD vom 12. November 1966 (ACDP Dokumentation 2/211/16–1); Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 in Sten.Ber. 80. Sitzung S. 3656–3665; BULLETIN vom 14. Dezember 1966 S. 1265–1270. Arbeitsprogramm vom 11. März 1967 in ACDP 01–226–706.

war, daß wir zugegriffen, und daß wir handelten. Ich glaube, daß wir diese Hoffnungen nicht enttäuscht haben. Dazu gehörte, daß wir zunächst den Haushalt so gut wie möglich in Ordnung brachten. Das haben wir getan. Wir haben eine mittlere Position bezogen. Wir haben einige Verbrauchssteuern erhöht. Wir haben eingespart. Wir haben diese Zweiteilung, nämlich im Ordentlichen Haushalt den Eventual-Haushalt gemacht, der uns die Möglichkeit gibt, da einzugreifen, wo dies aus wirtschafts- und konjunkturpolitischen Gründen notwendig ist.

Wir konnten keine Wunder wirken, auch wir verfügen nicht über Zaubertricks, aber es zeigt sich doch allenthalben, auch so wie die Börse reagiert, daß die Voraussetzung geschaffen worden ist, die letzten Endes die wichtigste ist, die psychologische Voraussetzung für die Besserung des allgemeinen Klimas.

Das schwerste Stück Arbeit liegt, darüber sind wir uns im klaren, vor uns. Wenn wir in die kommenden Jahre hineinblicken, was da alles an Aufgaben vor uns liegt, das könnte einen manchmal wirklich ängstigen; zunächst einmal die Frage, gelingt es uns, Wachstum und Stabilität in der Balance, wie wir es wollen, durchzusetzen. Das da in unseren eigenen Reihen die verschiedensten Auffassungen, besonders am Anfang, geherrscht haben, wissen wir wohl. Wir glauben, mit dem, was wir vorhaben, die Dinge im Griff behalten zu können. Für den einfachen Mann draußen im Volk geht es einfach um die Frage: Sicherheit des Arbeitsplatzes, Sicherheit der Währung, d. h. Stabilität der Preise. Er will das Gefühl haben, daß die Regierung das ihr Mögliche dazu tut. Und auch hier, glaube ich, ist weithin wieder Vertrauen vorhanden, nachdem es sicherlich eine Zeit lang nicht mehr vorhanden gewesen war, aus welchen Gründen auch immer. Ich glaube, auch damals war es vor allen Dingen das psychologische Element, das entscheidend gewesen ist.

In den kommenden Jahren müssen wir also sehen, daß wir unsere Haushalte in Ordnung halten. Dazu müssen wir die berühmte mittelfristige Finanzplanung machen, ein sehr schwieriges Unterfangen. Sie wissen es alle. Wir müssen uns ein Instrumentarium schaffen, das uns diese Planung überhaupt ermöglicht. Wir müssen so genau wie möglich die Einnahmen vorausschätzen, um dann imstande zu sein, zu wissen, was wir für die Aufgaben nötig haben.

Was die Ausgaben anlangt, so hängen sie mit den Aufgaben zusammen. Hier müssen wir von der Christlich-Demokratischen Union in dieser Großen Koalition – dazu haben wir ja bereits angesetzt – über unser Programm klar sein. Ich habe es schon einmal gesagt – und möchte es heute wiederholen –, dabei geht es um die Frage der Trennung des Wichtigsten vom Wichtigem und des Wichtigem vom Wünschenswerten. Wir können einfach nicht alles auf einmal anpacken. Wir können nicht alle Wünsche befriedigen. Deshalb wird diese Regierung allen Anforderungen und allen Wünschen, die in dieser Hinsicht an sie gestellt und ausgesprochen werden, mit ruhiger Gelassenheit ihre Prioritäten aufstellen. Das wird sie natürlich im Zusammenhang mit der Partei und der Fraktion tun müssen; denn wir sind ja eine Handlungseinheit. Das wird ganz sicher eine sehr schwierige Aufgabe werden.

Niemand von uns kann sagen, wie die Entwicklung der öffentlichen Einnahmen in den kommenden Jahren wirklich sein wird. Wir können nur hoffen, daß sie – so möchte ich beinahe sagen – besser sein wird, als es im Augenblick aussieht. Daß dabei ganz große Aufgaben möglichst bald bewältigt werden müssen, wissen wir. Zunächst geht es neben der Mittelfristigen Finanzplanung um die Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes<sup>5</sup>, und zwar so, wie wir es wirklich brauchen nach unseren Vorstellungen. Wir müssen weiter mit Entschlossenheit die Finanzreform anpacken. Unser Bundesfinanzminister hat nun einen verhältnismäßig frühen Termin angekündigt für die Bewältigung dieses Problems.

Lieber Freund Franz Josef, meine Unterstützung für einen solchen Plan hast Du. Das weißt Du auch genau. Ich weiß aber nicht, ob wir es in dieser Zeit tatsächlich auch schaffen können. Die Probleme sind außerordentlich schwierig und verwickelt. Ich werde von mir aus alles tun, damit diese große Finanzreform möglichst bald verwirklicht wird. (Etzel: Sagen Sie Finanzverfassungsreform!) Gut und schön, also Finanzverfassungsreform, Freund Etzel. Ich bin durchaus einverstanden, denn darum geht es ja tatsächlich.

Dann hoffen wir auch, das Verhältnis Bund : Länder und Gemeinden so in Ordnung bringen zu können, daß wir endlich die Maßstäbe für die Verteilung der öffentlichen Mittel in allen drei Bereichen haben.

Ich will aber über diese Dinge, über die Sie ja unterrichtet sind aus zahlreichen Äußerungen von der Regierungserklärung<sup>6</sup> an, nicht weitersprechen. Es hat Schwierigkeiten gegeben. Sie kennen die Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Agrarpolitik hinsichtlich dessen, was wir da an Einsparungen für notwendig hielten. Sie kennen auch die Proteste dagegen. Wir sollten diese Frage in aller Ruhe miteinander behandeln. Es muß halt in Gottes Namen überall eingespart werden, auch auf diesem Gebiet. Ob jede Einzelmaßnahme dabei richtig war oder nicht, das läßt sich ja in Ruhe überprüfen.

Wir müssen Ansprüche, wie sie Herr Krause<sup>7</sup> angemeldet hat, nämlich eine 25%ige Gehaltserhöhung der Beamten bis zum Jahre 1970, so wie die Dinge heute liegen, als utopisch bezeichnen. Auch gewisse Vorstellungen aus dem sozialpolitischen Bereich bedürfen einer sehr genauen Überprüfung. Es gibt da nun in den letzten Wochen ein dauerndes Geplänkel. Der Bundesfinanzminister<sup>8</sup> warnt mit Recht vor dem Gießkannenprinzip. Da-

---

5 Verabschiedung der Gesetze jeweils am 23. Dezember 1966: „Erstes Gesetz zur Überleitung der Haushaltswirtschaft in eine mehrjährige Finanzplanung (Finanzplanungsgesetz)“ vom 23. Dezember, BGBl 1966 I S. 697; „Zweites Gesetz (Steueränderungsgesetz)“ vom 23. Dezember, BGBl 1966 I S. 702 und am 8. Juni 1967 („Gesetz zur Förderung der Stabilität der Wirtschaft“, BGBl 1967 I S. 582).

6 Vgl. die Ausführungen Kiesingers zur Finanz- und Haushaltspolitik in seiner Regierungserklärung im Bundestag am 13. Dezember 1967 (Sten.Ber. 5. WP. 80. Sitzung S. 3656–3665, bes. S. 3657–3661) und die Reaktionen darauf in den anschließenden Aussprachen im Bundestag am 15. und 16. Dezember 1966 (Sten.Ber. 5. WP 82. Sitzung S. 3699–3795; 83. Sitzung S. 3800–3881).

7 Alfred Krause (geb. 1922), Bundesbahnoberamtsrat; 1959–1987 Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes.

8 Franz Josef Strauß.

gegen gibt es Gegenvorstellungen. Das ist durchaus natürlich. Ich habe es in Oberhausen gesagt. Das ist ein Ringen von Freunden untereinander; denn es ist ja wahr, wenn man gezwungen ist, wie wir, auf eine so drastische Weise einzusparen, dann gibt es eine Gefahr, daß nämlich das, was übrigbleibt, kein rechtes Gesicht mehr hat.

Deswegen habe ich schon in der Regierungserklärung gesagt, wir können nicht einfach mit der Holzaxt dreinfahren, sondern wir müssen nach dem Prinzip: Wichtigstes – Wichtiges – Wünschenswertes versuchen, mit den Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, ein Programm zu gestalten, in dem die entscheidende Programmatik der Christlich-Demokratischen Union bewahrt ist, und zwar angepaßt an diese geschichtliche Situation. Deswegen nehme ich alle diese Dinge nicht übermäßig ernst; nur vor einem möchte ich warnen, nämlich unnötige Diskussionen in die Öffentlichkeit zu tragen, die draußen den Eindruck erwecken oder verstärken, diese CDU kommt mit sich selbst nicht ins Reine, und das geht nun so weiter, wie es in der Vergangenheit gewesen ist.

Man braucht nicht jedesmal an die Öffentlichkeit zu gehen, wenn ein Minister, ein Kabinettsmitglied, etwas gesagt hat. Man kann seine Gegenvorstellungen in Gottes Namen eben auch einmal innerhalb der eigenen Mauern anmelden und versuchen, die Dinge untereinander klar zu bekommen. (*Erhard*: Das hätte ich mir auch schon immer gewünscht!) Ich weiß es, verehrter Herr Vorsitzender. Erlassen Sie mir einen historischen Überblick über die Zeit, aber man muß sich dann eben als Regierungschef das Recht herausnehmen, sich dies, wenn's ins Kraut schießt, nachdrücklich zu verbitten. Und wenn das auch nichts hilft, dann muß man an Maßnahmen denken, die den Mut zu einem solchen öffentlichen Austragen von Streitfragen, die nur zu unserem Schaden ausgehen können, tatsächlich unterbinden. Auch das gehört zum Regieren!

Ich habe ein paarmal mehr die Notwendigkeit verspürt, öffentlich zur Ordnung zu rufen. Ich habe es nur deswegen nicht getan, weil ich durch einen weiteren Ordnungsruf als Kanzler den Eindruck, es ginge bei uns drunter und drüber, nicht noch verstärken wollte. Aber ich muß sie alle bitten und auch alle Gruppen innerhalb der Partei, in Zukunft doch den naheliegenden Weg zu wählen, d. h. die Dinge innerhalb unserer Zäune auszuhandeln. Ich vermerke z. B. mit großer Dankbarkeit, daß unsere bäuerlichen Repräsentanten in der Christlich-Demokratischen Union trotz der gewiß nicht leichten Situation für sie hier wirklich vorbildliche Disziplin geübt haben. Ich sage das gerade in Anwesenheit meines alten Freundes Bernhard Bauknecht.

Nun zur Außenpolitik! Sie wissen, wir haben als erstes nach den Prinzipien, die wir in der Regierungserklärung verkündet haben, unser Verhältnis zu Frankreich wieder in Ordnung zu bringen versucht.<sup>9</sup> Trotz aller Unkenrufe, daß die Zeiten vorbei seien, wo man dem deutsch-französischen Verhältnis wirklich Prioritäten einräumen wollte, sei es eben jetzt so, daß wir allenfalls noch denselben Rang wie das Verhältnis Frankreich-Osten hätten, ist es gelungen, dieses deutsch-französische Verhältnis wieder nach dem Geist und nach dem Willen des ursprünglichen Vertragsschlusses<sup>10</sup> herzustellen. Wir

<sup>9</sup> Kiesinger hielt sich am 13. Januar 1967 in Paris auf, vgl. AAPD 1967 Nr. 16, Nr. 17, Nr. 19.

<sup>10</sup> Vertrag über deutsch-französische Zusammenarbeit (Elysée-Vertrag) vom 22. Januar 1963 (Ratifizierung durch den Deutschen Bundestag am 16. Mai 1963).

haben das in der Zwischenzeit auf den verschiedensten Gebieten zu unserem Vorteil zu spüren bekommen. Ich erinnere nur an den Besuch des polnischen Außenministers Rapacki<sup>11</sup> in Paris. Wer diesen Besuch einigermaßen sorgfältig beobachtet hat, wird bemerkt haben, daß auf ihn von der französischen Regierung nicht ohne Erfolg – ich behaupte nicht, mit Dauererfolg – eingewirkt worden ist.

Ich habe dieses deutsch-französische Verhältnis immer als eine Voraussetzung angesehen für eine Bewegung unserer Außenpolitik gegenüber unseren östlichen Nachbarn. Ich habe nicht laut, weil ich selber immer Disziplin zu halten versuchte, aber unter Freunden immer wieder gesagt, ich würde keine Schritt nach Osten tun, bevor ich nicht das deutsch-französische Verhältnis einigermaßen in Ordnung gebracht hätte. Zusammen mit Frankreich und mit dem Kredit, den die französische Politik, insbesondere in den letzten Jahren, im Osten gewonnen hat, werden auch wir erfolgreicher sein können und werden wir mit unserer Politik, die ja nicht einfach ist, glaubwürdiger.

Ich will nicht lang über die ganze Problematik sprechen, die damit im Zusammenhang steht. Wir können sagen, daß unsere bisherige Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik eine Politik war – und ich selber war ja einer ihrer hauptsächlichen Sprecher oder Fürsprecher, solange ich im Bundestag war –, die abzuschirmen versuchte. Wir wollten die Bundesrepublik als den freiheitlichen Raum retten, der aus der Katastrophe hervorgegangen war, und wir wollten verhindern, daß der von der Sowjetunion kontrollierte Teil Deutschlands internationale Anerkennung als zweiter deutscher Staat bekam. Es war eine defensive Politik, die eine ganze Reihe von Jahren ohne Zweifel durchaus berechtigt war, vor allem solange, als man eben hoffen konnte, daß in absehbarer Zeit sich die Dinge ändern würden.

Nun, sie haben sich geändert, aber sie haben sich nicht geändert zu unsren Gunsten. Es ist merkwürdig, das so sagen zu müssen. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges hatten wir den ganzen Westen geschlossen an unserer Seite. Das war ein Vorteil, aber in der deutschen Frage, in der Lösung des deutschen Problems, waren wir nie weiter entfernt von einer Lösung als eben damals. Der Kalte Krieg ist wirklich oder angeblich, wirklich oder scheinbar vorbei. Die Welt glaubt, er sei vorbei. Stellen wir das einmal so hin. In dem Maße, in dem diese Situation sich wandelte, ist auch unser Problem schwieriger geworden. Das Wort von der Entspannung wird überall groß geschrieben aus den verschiedensten Motiven.

Wenn wir jetzt noch zugewartet hätten, meine Damen und Herren, oder noch zuwarten würden, dann bedeutete dies, daß unsere Verteidigungsposition, die wir aufgebaut haben, einfach abbröckelt, daß sie da und dort einbricht – ob wir wollen oder nicht –, und daß schließlich ganz andere Kräfte und Mächte das deutsche Problem „lösen“ würden als die, die es wünschen. Deswegen mußten wir hier, wenn Sie so wollen, zur Offensive übergehen. Ich weiß, es gab eine ganze Reihe von Freunden, die dieser Politik mit Mißtrauen gegenüber standen. Das fing schon an mit der Formel zum Münchener

---

11 Adam Rapacki (1909–1970); polnischer Politiker; 1948–1968 Mitglied des ZK, 1948–1954 und 1956–1968 Mitglied des Politbüros, 1956–1968 Außenminister. – Rapacki hielt sich vom 26.–30. Januar 1967 in Paris auf, vgl. AdG 1967 S. 13011 f.

Abkommen.<sup>12</sup> Die Kritik setzte ein bei der Formel etwa einer künftigen Verständigung mit Polen in einem Friedensvertrag; es sollte eine Lösung sein, die von beiden Völkern akzeptiert werden könnte. Man ärgerte sich dabei über dieses und jenes.

Einer sprach sogar im Bundestag<sup>13</sup> – ich habe es schon einmal in diesem Saal gesagt – darüber, daß die Gutgläubigkeit der Bundesregierung und des Bundeskanzlers mißbraucht werden könnte von Kräften von drüben. Ich hoffe, daß die inzwischen eingetretene Entwicklung diesen Eindruck einer tumben Gutgläubigkeit des Bundeskanzlers oder der Bundesregierung verwischt hat. Wir sind wirklich zur Offensive übergegangen. Der Eindruck, den unsere Politik in Pankow und jetzt in Warschau gemacht hat – ich habe zwar noch keine exakten Nachrichten aus Warschau, aber dies scheint doch erlaubt, jetzt schon zu sagen –, ist der, daß es nicht gelungen ist, in Warschau die Länder des Warschauer Paktes derart auf die sogenannte Bukarester Erklärung<sup>14</sup> – auf die ja die Sowjetunion in den vergangenen Monaten immer wieder von uns eine Antwort erwartete – so festzulegen, daß nunmehr weitere Aufnahmen von diplomatischen Beziehungen nur noch auf der Grundlage der Bukarester Erklärung, d. h. der Annahme dieser drei Forderungen, nämlich Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, Anerkennung der sogenannten DDR und keinerlei Zugang, auch nicht im Rahmen einer kollektiven Anstrengung, zu nuklearen Waffen, erfolgen können.

Ich will das endgültige Ergebnis abwarten, aber nach allen Nachrichten, die ich habe, scheint sich der Standpunkt der Zone eben nicht durchgesetzt zu haben. Ich überbewerte diese Dinge – natürlich tut das niemand von uns in der Regierung – nicht. Wir haben zunächst einmal mit Rumänien diplomatische Beziehungen aufgenommen.<sup>15</sup> Wir werden, so hoffe ich, auch mit anderen östlichen Nachbarn diplomatische Beziehungen aufnehmen. Diese Beziehungen – so wollen wir es jedenfalls – werden eine Besserung der Lage bringen. Ich lasse mich da durch Formulierungen, die man offenbar in Warschau geprägt hat<sup>16</sup>, durchaus nicht stören, das eine seien diplomatische Beziehungen, das andere sei eine Normalisierung der Beziehungen, und eine Normalisierung der Beziehungen mit unseren östlichen Nachbarn träte erst ein, wenn man diese Bedingungen der Bukarester Erklärung angenommen habe. Das sind Propagandasprüche, die uns nicht imponieren sollten.

Sicher wird es noch mancherlei Schwierigkeiten geben. Wir werden auch Schwierigkeiten haben, wenn wir an die Frage herantreten: Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit Jugoslawien, weil dort der Fall anders liegt als bei anderen östlichen Nachbarn. Wir werden da sehr behutsam zu Werke gehen müssen.

<sup>12</sup> Vgl. Nr. 10 Anm. 7.

<sup>13</sup> In diesem Sinne äußerte sich Josef Bauer (CSU) am 15. Dezember 1966, vgl. Sten.Ber. 5. WP S. 3729.

<sup>14</sup> Vom 4.–6. Juli 1966 tagte in Bukarest der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Paktes und machte den Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz, vgl. AdG 1966 S. 12593–12595.

<sup>15</sup> Am 31. Januar 1967 erfolgte die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien, vgl. AdG 1967 S. 12963–12966; AAPD 1967 Nr. 39.

<sup>16</sup> Vgl. AAPD 1967 Nr. 41.



Die andere Sorge, die wir natürlich alle haben, ist die Sorge, wird nun diese Aufnahme von diplomatischen Beziehungen mit östlichen Nachbarn nicht zu einer Reaktion von soundso viel Staaten führen, ihrerseits diplomatische Beziehungen mit Pankow aufzunehmen oder jedenfalls Schritte in dieser Richtung zu tun. Wir haben mit aller notwendigen Sorgfalt uns durch unsere Botschaften draußen bei allen dubiosen oder gerade noch dubiosen Ländern unterrichtet. Dabei ist herausgekommen, daß bei weitem die größte Zahl nicht die Absicht habe, aus diesem Anlaß ihre Beziehungen zu Pankow auszubauen. Es gibt einige sehr dubiose Partner; aber, meine Damen und Herren, diejenigen, die in der Folge nun vielleicht ihre Beziehungen zu Pankow ausbauen, die würden das tun ohne Rücksicht darauf, ob wir nun diplomatische Beziehungen mit einigen östlichen Nachbarn aufnehmen oder nicht.

Ich darf in diesem Kreis das Beispiel Indien erwähnen. Sie, Herr Professor Erhard, wissen ja, daß seit 1½ Jahren die Inder in Ost-Berlin eine Art von Handelsvertretung aufmachen wollen, nicht unter einem staatlichen Titel, wie man hoffen darf, aber daß das durch Sie immer wieder hinausgezögert worden ist. Wenn ich recht unterrichtet bin, haben Sie mit der Waffe gekämpft, daß Sie sagten: nicht bevor ich meinen Besuch in Indien gemacht habe; dann kann man darüber sprechen. – Ich selber habe noch mit dem Ministerpräsidenten Shastri<sup>17</sup> über diese Fragen gesprochen, der mir absolut prompt und fest gesagt hat, was immer wir tun werden, wir werden jedenfalls keine Anerkennung aussprechen. Wir werden also auch nicht diplomatische Beziehungen aufnehmen.

Aber wir müssen mit einem solchen indischen Schritt – das sage ich Ihnen ganz offen – rechnen, daß also unter einem nichtstaatlichen Titel irgendeine Agentur in Ost-Berlin eingerichtet wird. Ich glaube nicht, daß ich das aufschieben kann meinerseits bis zu dem Besuch, den ich im Herbst Indien abstaten werde.

Wir müssen damit rechnen, daß Länder wie Syrien, vielleicht auch Algerien, über kurz oder lang folgen. Algerien empfängt ja jetzt den Besuch eines hohen Funktionärs der Zone.<sup>18</sup> Ich weiß nicht mehr, wer hingeht. Ich weiß auch, daß der Druck in einer Reihe von arabischen Ländern hier sehr stark ist. Wir haben diese Dinge sehr sorgfältig und gewissenhaft geprüft, und die Feststellung ist erlaubt zu treffen, wenn in Zukunft einige wenige Länder ihre Beziehungen zu Pankow ausbauen sollten, d. h. nicht nur volle diplomatische Beziehungen aufnehmen sollten, dann sind das Länder, die das ohnehin getan hätten. Das Musterbeispiel ist – wie gesagt – in diesem Falle Indien. Wir sollten dann eben so vorgehen, daß wir vor allen Dingen bei einem Land wie Indien sicherstellen, daß es dabei bleibt, und daß nicht diese inoffizielle Handelsvertretung, die

---

17 Lal Bahadur Shastri (1904–1966), indischer Politiker; 1964–1966 Ministerpräsident der Indischen Union. – Kiesinger hielt sich vom 13.–26. März 1965 in Indien auf (ACDP 01–226–309). – Indien hatte 1966 beschlossen, eine staatliche Handelsorganisation in Ost-Berlin zu errichten, vgl. AAPD 1966 S. 861 Anm. 14, Nr. 329. Die endgültige Eröffnung fand am 15. Februar 1967 statt, vgl. AAPD 1967 S. 1541 Anm. 6.

18 DDR-Außenminister Otto Winzer besuchte vom 3.–19. Mai 1967 fünf arabische Staaten (Ägypten, Syrien, Libanon, Algerien, Irak), darunter vom 12.–16. Mai Algerien, vgl. AdG 1967 S. 13193 f.

sie da errichten, schließlich zu einer vollen Aufnahme diplomatischer Beziehungen führt.

Nun, Sie könnten mich natürlich fragen, was verspricht ihr euch eigentlich von dieser offensiven – nicht aggressiven – Politik im Nahen Osten? Meine Damen und Herren! Ich müßte da sehr weit ausholen und auf meine Gespräche mit General de Gaulle zurückkommen und auf die Übereinstimmung der Ansichten, die wir erzielt haben in der Hoffnung, daß es gelingen könnte, den europäischen Antagonismus etwas abzuschwächen, wenn nicht am Ende gar zu überwinden, ja, in diesem Prozeß dann auch eine Lösung des deutschen Problems zu finden.

Heute ist es ja so, wenn man sich in der Welt umsieht, hat eigentlich nur einer unserer Partner ein konkretes Konzept anzubieten für die Lösung der deutschen Frage. Das ist Frankreich. Die anderen haben nichts anzubieten. Vielfach ist sogar ein Teil der öffentlichen Meinung hier beeinflußt worden. Ich erinnere an die Balkenüberschrift vom „Daily Express“ jetzt beim Besuch Kossygin<sup>19</sup>, Großbritannien müßte der Sowjetunion zeigen, daß man einig sei darin, die Wiedervereinigung nicht zu wollen. Das ist gewiß nicht die offizielle britische Politik, aber immerhin ein Massenorgan wie der „Daily Express“ zeigt doch gewisse Tendenzen an.

Seit der berühmten Entspannungsrede von Präsident Johnson<sup>20</sup> müßten wir eigentlich zur amerikanischen Politik in dieser Frage sagen, Wiedervereinigung als in einer fernen Zukunft erhofftes automatisches Ergebnis einer Entspannung.

Schaut man diese Politik genauer an im Augenblick, dann ist es einfach eine Politik der Fixierung des Status quo. Dafür gibt es natürlich zwischen den großen atomaren Mächten Gründe, daß sie sich über diesen Status quo einigen, während de Gaulle sehr bewußt und sehr entschieden versucht, auch unter ungünstigen Umständen, einen Beitrag zur Überwindung des Status quo zu leisten, so das man zusammen mit Frankreich versuchen könnte zu sagen, Entspannung ja durch Überwindung dieses europäischen Antagonismus und Wiedervereinigungspolitik im Rahmen dieses Prozesses der Überwindung des europäischen Antagonismus und nicht als vage erhofftes Endprodukt einer Entspannung, die doch in Wahrheit Jahr für Jahr mehr zur Fixierung des Status quo beitragen würde.

Ich habe oft gesagt, dafür gibt es keinen Fahrplan. Man kann nicht sagen, jetzt wollen wir das erreichen und dann das, dann weiter das, sondern man muß einmal durchbrechen versuchen, man muß wenigstens in einem Teil jenes Raumes drüben ein anderes Klima herbeizuführen versuchen. Aber man darf das nicht tölpelhaft so machen,

---

19 Alexej Nikolajewitsch Kossygin (1904–1980), sowjetischer Politiker; 1940–1964 stv. Vorsitzender des Rats der Volkskommissare bzw. Erster stv. Vorsitzender des Ministerrats der UdSSR, 1948–1952 und 1960–1980 Mitglied des Politbüros, 1964–1980 Vorsitzender des Ministerrats. – Kossygin hielt sich vom 6.–13. Februar 1967 in Großbritannien auf, vgl. AdG 1967 S. 12991–12994. Vgl. auch „Welt“ vom 10. Februar 1969 „Der Eisberg an der Themse“, hier wurde auf den deutschfeindlichen Artikel im „Daily Express“ Bezug genommen.

20 Am 23. Mai 1964 hatte Johnson in Lexington eine Entspannung in den Randzonen des Ost-West-Konflikts („Taktik der peripheren Umgehung“) angeregt, um zu einem europäischen Ausgleich zur Wiederherstellung der deutschen Einheit zu gelangen, vgl. AdG 1964 S. 11244.

daß Moskau das Gefühl haben muß, hier will Bonn uns mit unserem ehemaligen Satelliten berennen. Das natürlich nicht! Das Ergebnis mußte, so haben wir es vorausgesehen, zunächst eine Verhärtung der Haltung drüben sein. Aber gerade das muß doch für einen Teil unserer Heimatvertriebenen usw. ein Beweis dafür sein, daß diese Politik alles andere ist als eine schwache, schwachmütige Verzichtspolitik.

Es ist eine offensive Politik. Das hat sich inzwischen herausgestellt. Zum erstenmal haben wir das Gesetz des Handelns wieder in die Hand bekommen und nicht die anderen. Wir mußten voraussehen, daß die Haltung härter würde. Das ist auch eingetreten, aber jetzt in Warschau ist es eben nicht gelungen, sie alle unter einen Hut zu bringen und sie dazu zu bringen, daß sie mit uns ihre Beziehungen normalisieren; es sei denn, daß wir die „berühmten“ drei Bedingungen anerkennen. Nun müssen wir eben weitersehen. Ich habe 2½ Stunden lang mit dem sowjetrussischen Botschafter gerungen.<sup>21</sup> Ich kenne ja diese Art von Unterhaltung. Ich habe sie früher oft genug gehabt. Ich habe ihm am Anfang gesagt, lassen Sie uns annehmen, wir hätten jetzt bereits zwei Stunden miteinander gesprochen und dabei alle jene wohlbekanntesten Argumente und Gegenargumente ausgetauscht, die wir beide bis zum Überdruß kennen, und lassen Sie uns versuchen, ob es nicht etwas Neues zu sagen gibt.

Es ist – jedenfalls von seiner Seite – nichts Neues herausgekommen. Ich habe versucht, ihm unsere Politik zu verdeutlichen, wobei ich auf die wohlbekanntesten Formeln stieß: Eine Wiedervereinigung dieser hochentwickeltesten sozialistischen Zivilisation da drüben mit uns, das wäre wie Feuer und Wasser, das ginge einfach nicht, d. h. man kann nicht wiedervereinigen. Es geht einfach nicht, es sei denn, ihr würdet euch in dasselbe Paradies begeben.

Aber dadurch darf man sich nicht entmutigen lassen. Wer die Woche 1955 in Moskau<sup>22</sup> mitgemacht hat, wer jene Art der Verhandlungsführung kennengelernt hat, die bis zum letzten Augenblick geleugnet hat, daß es noch einen einzigen deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion gäbe, der wird sich nicht entmutigen lassen, der wird eben zäh bleiben. Wir werden uns auch noch wirksamer, als wir es bisher getan haben, gegen diese ständige Verleumdungskampagne zur Wehr setzen, die von drüben ausgeht.

Ich werde auch unseren Freunden – das sage ich Ihnen hier mal ganz offen – sagen, eine Weile geht das, hohe sowjetrussische Funktionäre in den Hauptstädten der uns verbündeten Länder zu einer kontinuierlichen Verleumdungskampagne<sup>23</sup> gegen uns benützen zu lassen, aber auf die Dauer nicht! (*Lebhafter Beifall.*) Wir können füglich von unseren Freunden erwarten, daß sie dann auch einmal ein deutliches Wort zu diesen Dingen sagen, was leider bis jetzt nicht geschehen ist. Jedesmal sagt man uns verlegen, das konnten wir nicht erwarten, darauf waren wir nicht vorbereitet; und wir können ja nicht den Mund verbieten. – Sicher kann man das nicht. Ich will auch jetzt nicht eine allzu harte Kritik üben, aber wenn man uns als Revanchisten bezeichnet, dann muß hier et-

21 Treffen mit Zorapkin am 8. Februar, vgl. AAPD 1967 Nr. 47.

22 Besuch Bundeskanzler Konrad Adenauers mit einer Regierungsdelegation vom 8.–14. September 1955.

23 In der Vorlage: Verleugnungskampagne.

was geschehen. Im Deutschlandvertrag<sup>24</sup> und in den übrigen nachfolgenden Erklärungen unserer Verbündeten aus dem NATO-Bereich ist uns feierlich der Beistand zugesichert worden zur Herbeiführung der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit.

Wenn wir also Revanchisten sind, dann sind es die anderen auch. Und dann trifft dieser sowjetrussische Vorwurf die anderen auch. Das sollte man also gelegentlich einmal in die Erinnerung rufen. Wir können das um so eher tun, je klarer und deutlicher der Welt gegenüber unsere Friedenspolitik ist und sein wird. Mit unseren westlichen Verbündeten haben wir natürlich eine ganze Reihe von Problemen. Ich will sie jetzt nur kurz sagen. Die Ergebnisse der Gespräche in Paris zeigten Übereinstimmung und Gegensätze. Ich legte es von vornherein darauf an, das ganz klar herauszuarbeiten und nichts zu vertuschen. Es ist nichts übler für das Verhältnis zweier Regierungen, wenn unangenehme Dinge vertuscht werden.

Sie kennen die Übereinstimmungen, Sie kennen auch die Gegenstände der Auffassungen. Gegenwärtig und in dieser Woche ist ein nicht gerade angenehmer Verhandlungsgegenstand die Frage des Eintritts Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft.<sup>25</sup> Es hat gar keinen Sinn zu verhehlen, daß hier zwei grundverschiedene europäische Konzeptionen aufeinanderstoßen. Das eine ist eine Konzeption, die sich im wesentlichen von wirtschaftlichen Gesichtspunkten und Interessen leiten läßt, das andere ist eine Konzeption, die von Europa als einer der übrigen Welt gegenüber solidarischen Gemeinschaft ausgeht. Ich habe es oft genug gesagt. Ich habe schon vor zwölf Jahren im Europarat davor gewarnt zu glauben, diese wirtschaftliche Entwicklung in den europäischen Gemeinschaften würde eines Tages ganz von selber zum Umschlag in eine politische Union führen. Man hat es mir damals bestritten. Herr Spaak<sup>26</sup> war mir bitterböse. Auch Jean Monnet<sup>27</sup> war mir böse. Sie alle haben gehofft, daß in verhältnismäßig kurzer Zeit dieser Umschlag erfolgen würde.

---

24 Unterzeichnung des Vertrags über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Westmächten (1. Deutschlandvertrag) und von Zusatzverträgen in Bonn am 26. Mai 1952; in Paris (2. Deutschlandvertrag) am 23. Oktober 1954, vgl. BGBl 1955 II S. 306.

25 Der britische Premier Wilson und sein Außenminister Brown befanden sich im Januar/Februar 1967 auf einer Sondierungsreise durch die EWG-Mitgliedsstaaten wegen des britischen Beitritts zur Gemeinschaft, vgl. AdG 1967 S. 12946–12950, S. 13013 f. Wilson sprach auch im Verlauf der Tagung des Europarats (23.–27. Januar 1967) in Straßburg über den Beitritt seines Landes zur EWG, vgl. AdG 1967 S. 12947–12949, S. 12968–12971.

26 Paul-Henri Spaak (1899–1972), belgischer Politiker (Sozialistische Partei); 1936–1940 (mit Unterbrechung 1939), 1954–1957 und 1961–1966 Außenminister, 1938/39, 1946 und 1947–1949 Ministerpräsident, 1952–1954 Präsident der Versammlung der Montanunion, 1957–1961 Generalsekretär der NATO, 1961–1965 stv. Ministerpräsident.

27 Jean Monnet (1888–1979), französischer Wirtschaftspolitiker; 1952–1955 Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, 1955 Mitbegründer des bis 1975 bestehenden „Aktionskomitees für die Vereinigten Staaten von Europa“. Memoiren: Erinnerungen eines Europäers, mit einem Vorwort von Helmut Schmidt. Baden-Baden 1988; Eric ROUSSEL: Jean Monnet 1888–1979. Paris 1996.

So hat man ja auch in Rom angefangen.<sup>28</sup> Die meisten, die bei den Römischen Verträgen dabei waren, haben sich gar nicht vorzustellen gewagt, zu welchem außerordentlichen wirtschaftlichen Erfolge dieses neue Unternehmen führen würde. Man hat doch, nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft gescheitert war<sup>29</sup>, eben halt diesen Zipfel ergriffen, um auch wieder zur politischen Union zu kommen, d. h. mit anderen Worten, es steht vor uns die Frage, wollen wir nur den Weg gehen, den man so lange zu gehen versuchte, nämlich über die europäischen Gemeinschaften, um schließlich auch zu einer politischen Union zu kommen, oder müssen wir nicht vorher, ja, müssen wir nicht jetzt, wenn wir nicht selbstmörderisch handeln wollen, den Versuch zur Begründung einer politischen Union machen?

Dabei entscheidet sich die Frage: Was willst du, Großbritannien? Willst du wirklich nur aus wirtschaftlichen Interessen beitreten? Es erhebt sich die Frage, was wollen wir? Wollen wir den Beitritt Großbritanniens aus wirtschaftlichen Interessen? Wie steht es dann mit der politischen Union? Ist Großbritannien bereit und in der Lage, an einer solchen politischen Union wirklich mitzubauen? Das sind außerordentlich schwierige Fragen, die unsere Verhandlungsposition in dieser Woche wahrhaftig nicht sehr behaglich machen. Wir brauchen Zeit, um über diese Dinge nachzudenken, und Zeit, um über diese Dinge zu verhandeln. Natürlich werden wir, wie wir es auch in der Regierungserklärung gesagt haben, den Engländern sagen, wir halten die Tür offen, aber es gibt doch eine ganze Reihe von sehr schweren Fragen, die in diesem Zusammenhang zu klären sind. Ich bekenne mich jedenfalls dazu, meine Damen und Herren, wenn wir noch länger die Dinge vor uns herschieben und wenn wir noch viele Jahre warten, bis eine Handlungseinheit Europa entstanden ist, die ein Mindestmaß von solidarischem, welt-politischem Verhalten entwickelt, dann sehe ich für die Zukunft dieses Kontinents wahrhaftig nicht rosig.

In diesem Zusammenhang noch ein Wort zu unserem Verhältnis zu Amerika. Es war sehr lustig, eine Pressekonferenz, die Rusk abgehalten hat<sup>30</sup>, am Fernsehen zu verfolgen, wo deutsche Journalisten ihn gefragt haben: Bundeskanzler Kiesinger weicht einer Alternative, USA oder Frankreich, bewußt aus! – Darauf sagte Herr Rusk zwar: Wir sind nicht eifersüchtig; wenn sie nach dem Osten gehen, bitte sehr! Die Spannung ist da, auch für uns. Die deutsch-französische Freundschaft ist natürlich von uns aus gesehen etwas sehr Gutes, aber ich hatte doch so das Gefühl – man konnte es ihm geradezu am Gesicht ablesen –, daß er nicht ganz glücklich dabei war. Es kommen einem ja auch dauernd gewisse Nachrichten aus Washington zu Gesicht, die es erfordern, daß wir unseren amerikanischen Freunden gegenüber in den nächsten Wochen und Monaten – der

---

28 Unterzeichnung der Römischen Verträge über Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) am 25. März 1957.

29 Ablehnung des EVG-Vertrags durch die französische Nationalversammlung am 30. August 1954. Vgl. Nr. 2 Anm. 54.

30 An der Fernsehpresskonferenz mit Rusk am 12. Februar 1967 waren die Journalisten Gerd Ruge, Rolf Menzel, Peter Pechel, Jan Reiffenberg und Herbert von Borch beteiligt, vgl. BPA-Mitschrift vom 12. Februar 1967.

Außenminister hat das Seine in diesen Tagen getan<sup>31</sup> – ganz klar machen, daß wir nach wie vor ohne ihren Schutz unsere Sicherheit und Freiheit hier nicht verteidigen können, daß es auch kein Lippenbekenntnis ist, wenn wir sagen, wir wollen die NATO modernisieren und festigen, und wir wollen im integrierten System der NATO bleiben, wir wollen, daß amerikanische Truppen auf deutschem Boden stehen bleiben usw.

Aber wir müssen ihnen auch klarmachen, daß nicht amerikanisches Interesse und europäisches Interesse identisch sind. Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges mag das einmal so gewesen sein. Heute liegen die Dinge ganz wesentlich anders, und es gehört zu den legitimen Aufgaben der deutschen Außenpolitik festzustellen, wo sind die Interessen verschieden; denn Amerika vertritt in Europa nun einmal amerikanische Interessen und sonst nichts. Wo sind sie also verschieden, wo stimmen sie überein? Nach meiner Meinung stimmen sie noch auf einem sehr weiten Gebiet überein. Das hat ja auch Herr Rusk in dieser Pressekonferenz gesagt.

Ich bin der Überzeugung, wenn wir das deutlich und klar sagen, wird unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten keineswegs belastet werden. Vielleicht gelingt es uns auch, ihnen die Überzeugung beizubringen, daß wir in diesem sehr prekären Verhältnis Washington-Paris vielleicht doch gute Dienste leisten können. Das können wir allerdings nur tun, wenn wir vorher, wie wir es jetzt versucht haben, unser eigenes Verhältnis zu Paris in Ordnung gebracht haben.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich sollte es jetzt bei dieser Übersicht bewenden lassen. Es gibt natürlich eine ganze Reihe von Fragen, die noch interessant wären. Wenn Sie solche Fragen haben, dann stehe ich Ihnen gerne zu Ihrer Beantwortung zur Verfügung. *(Beifall.)*

*Erhard:* Herr Bundeskanzler, ich danke Ihnen sehr für die wirklich interessanten Ausführungen. Ich glaube, es besteht in diesem Kreis, nachdem wir seit Ihrer Regierungserklärung nicht zusammengekommen sind, doch ein gewisses Bedürfnis, die eine oder andere Frage noch einmal anzusprechen oder zu vertiefen. Ich hoffe, Sie sind damit einverstanden. – Bitte, Herr Kollege Etzel!

*Etzel:* Ich möchte ein paar Ausführungen machen zu dem Thema, das die Fragen der Wirtschaft und Finanzen angeht. Herr Bundeskanzler, Sie haben am Anfang gesagt, die Lage sei sehr verwirrt. Herr Bundeskanzler Kiesinger hat dem widersprochen. Ich glaube, dazu wäre einiges zu sagen. Aus Hunderten von Gesprächen, die ich quer durch die Bundesrepublik hatte, kann ich bestätigen, daß wir in der Tat in der Mitte des vorigen Jahres eine verwirrte Lage gehabt haben. Ich bin mit Ihnen, Herr Bundeskanzler Erhard, der Meinung, daß wir natürlich nie eine Krisensituation gehabt haben. Das wäre ein völlig falscher Ausdruck, aber wir hatten ein ähnliches Wort zur Verfügung, das der Situation entgegenkam, nämlich das Wort „kritisch“. Die Situation bei uns war sehr kritisch.

---

31 Brandt hielt sich am 8./9. Februar 1967 zu Gesprächen in Washington auf, vgl. AdG 1967 S. 12995; AAPD 1967 Nr. 48, 49.

Ich darf ein paar Zahlen bekanntgeben, die der Staatssekretär Grund<sup>32</sup> nach dem Rücktritt von Herrn Dahlgrün vorgelegt hat, die ich besitze. Diese Zahlen zeigen, daß wir bis zum Jahre 1970 ein Defizit von 34 Mrd. gehabt hätten, wenn nicht die inzwischen erlassenen Maßnahmen getroffen worden wären. Das war sicherlich eine kritische Situation.

Ich persönlich habe mich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahres sehr dagegen gewehrt, daß die Restriktionspolitik der Bundesbank immer weiter gedreht wurde, unbeschadet der Frage, ob die öffentlichen Hände mitgingen. Der Student im ersten Semester lernt: Monetäre policy ohne fiscal policy geht nicht. Wir machten immerzu monetäre policy über die Bundesbank, wir machten aber nicht eine korrespondierende fiscal policy. Und daraus entstand die Problematik am Kapitalmarkt, der fast vernichtet worden war. Wir hatten die Situation eines exotisch hohen Zinses mit all den Problemen, die sich im Investitionsbereich ergaben. Schließlich haben wir bis vor einem halben Jahr auch nicht einmal einen Preisstillstand gehabt.

Das ist also ein Fehler des mangelnden Zusammenwirkens gewesen. Darauf wollte ja die vorige Regierung Rücksicht nehmen durch die Einbringung des Stabilitätsgesetzes. Dann wäre das vielleicht in Ordnung gekommen. Die Situation, die sich ergeben hat nach dem Rücktritt der FDP, war in der Tat kritisch, aber ich möchte auch von mir aus sagen, daß es nach der neuen Regierungsbildung auf einer breiten Basis – und die breite Basis war nach meiner Meinung damals notwendig – doch in weiten Kreisen unseres Volkes das Gefühl – das ergibt sich aus vielen Gesprächen – gibt: Wir haben wieder Tritt gefaßt. Der Ausdruck „wir haben wieder Tritt gefaßt“ ist sehr wichtig.

In der „Welt“ am Samstag stand unter der Überschrift „Es wird wieder regiert“ ein Artikel<sup>33</sup>, den ich nicht billige, weil er falsch war, aber immerhin, er gibt auch dieses Gefühl wieder, daß wir Tritt gefaßt haben, daß einiges getan wird.

In der Tat war die kritische Situation doch die, daß auf der einen Seite angefangen wurde, weil einfach das Geld nicht mehr da war, Sparmaßnahmen zu ergreifen, auf der anderen Seite ergab sich aber eine Lage, die ich einmal – ohne daß sie dasselbe gewesen wäre – mit dem Schlagwort „Brüning-Politik“<sup>34</sup> bezeichnen möchte, d. h. daß über Sparmaßnahmen in vielen Sektoren eine sehr kritische Situation war. Sie ist bis in die Konsumgüter gegangen. Ich muß das hier sagen, weil einer unserer maßgeblichen Freunde das wiederholt falsch dargestellt hat. Er sagte, der Automobilindustrie geht es doch sehr gut. Ich weiß das aus den Ziffern bei BMW. Darin hat er zweifellos recht, aber das ist nicht zu vergleichen. BMW ist sehr viel später in die Konjunktur hineingekommen. BMW hat eine falsche Geschäftspolitik gemacht. BMW ist ein kleiner Sektor. Man muß wissen, daß das Volkswagenwerk zur Zeit nur 45% der Produktion der

32 Walter Grund (1907–1986), 1963–1969 Staatssekretär im Bundesfinanzministerium.

33 Vgl. „Welt“ vom 11. Februar 1967 „In Bonn macht man wieder Wirtschaftspolitik. Fort von Eucken und Röpke, hin zu Keynes und Galbraith“.

34 Heinrich Brüning (1885–1970) hatte als Reichskanzler (30. März 1930 bis 30. Mai 1932) versucht, durch rigorose Sparmaßnahmen das Defizit im Reichshaushalt auszugleichen und damit auch die Voraussetzung zur Wiedergewinnung außenpolitischer Handlungsfreiheit zu schaffen.

Höchstleistung ausspuckt und diese 45% Produktion nicht verkauft. Das ist ein sehr ernster Tatbestand. Man muß wissen, daß vor etwa 14 Tagen bei Opel 100 Mio. DM Anleihen gegeben worden sind, sehr still, um Autohalden zu finanzieren. Daß es bei Ford anders ist, ergibt sich nur aus seiner anderen Finanzkonstruktion.

Wir haben also eine ernste Situation vor uns. Wir sind auch noch – da stimme ich Ihnen zu, Herr Bundeskanzler, was Sie in der Regierungserklärung gesagt haben – in der Talsohle, aber wir haben die Hoffnung, daß wir aus der Talsohle herauskommen. Das geht aber nur mit den Maßnahmen, die Sie angedeutet haben: monetäre policy und fiscal policy. Diese beiden Dinge müssen aufeinander abgestimmt werden. Daß es dabei Schwierigkeiten gibt, ergibt sich aus einem alten Wort, in dem es heißt: O heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus, zünd' andre an! – Jeder möchte, daß in seinem Sektor Geld ausgegeben wird, in den anderen nicht.

Man muß also die öffentlichen Hände – das ist kein schönes Wort – Bund, Länder und Gemeinden auf eine Sparsamkeitspolitik bringen, ohne über die Sparsamkeitspolitik in die Situation von Brüning hineinzukommen. Die Maßnahmen, die die Bundesregierung dazu ergriffen hat, scheinen mir alle sinnvoll. Da, wo man kritisch sein kann, habe ich bereits in einem Gespräch mit dem Herrn Kollegen Strauß meine Bedenken im einzelnen gesagt. Ich brauche sie hier nicht zu wiederholen. Es gibt sicherlich das eine oder andere, wo man nicht Ja sagen kann.

Insgesamt sind die Maßnahmen sicher gut. Ich glaube mit Ihnen, Herr Bundeskanzler, daß wir noch nicht in der Situation sind, nun schon alles überwunden zu haben an Schwierigkeiten, was vor uns steht. Wir sind im Jahre 1967. Das Jahr 1968 wird schwieriger werden. Das Jahr 1969 wird sicher auch schwierig werden. Erst 1970 mögen wir langsam wieder in eine Balance kommen. Diese Problematik hinzukriegen, ist sicher sehr schwierig. Hier setzen nun die gemeinsamen Maßnahmen der neuen Bundesregierung ein.

Da möchte ich auf ein Wort kommen, Herr Bundeskanzler, das schon auf dem Wirtschaftstag der CDU<sup>35</sup> eine Rolle gespielt hat und das, wie ich gelesen habe – ich konnte nicht in Oberhausen sein, weil Salin<sup>36</sup> in Basel Geburtstag hatte –, auch in Oberhausen angeklungen ist, nämlich das Wort „Profil“. (*Kiesinger*: Was für ein Problem?) „Profil!“ Wir haben in der Problematik mit der Großen Koalition den Tatbestand, daß sich das Wirtschaftsministerium in einer Hand befindet, die der SPD angehört, und daß sie mit sehr geschickten Worten – ich nenne mal die Worte „konzertierte Aktion“, „Regeln“ usw. – den Versuch macht, das sei nun ihre Wirtschaftspolitik. Ich habe bereits

---

35 Der Wirtschaftstag von CDU und CSU fand am 26./27. Januar in Bonn statt. Druck: Die Wirtschaft in der politischen Verantwortung. Bericht aus dem Plenum des Wirtschaftstages der CDU/CSU 1967. Bonn, 27. Januar 1967. – Vgl. auch „Münchener Merkur“ vom 27. Januar 1967 „Union will ihr Profil herausstellen“; „Welt“ vom 30. Januar 1967 „Die Unionsparteien nehmen Abschied von einer Ideologie“; „Deutsche Tagespost“ vom 31. Januar 1967 „Union auf der Suche nach dem Profil“.

36 Edgar Salin (1892–1974), Wirtschaftsökonom; 1924 Professor in Heidelberg, ab 1927 in Basel, Mitgründer der Friedrich-List-Gesellschaft (1925).



hier in Bonn auf dem Wirtschaftstag der CDU gesagt, auch wir haben ein Profil. (*Erhard*: Profil hat man oder nicht!)

Sie haben völlig recht, Profil hat man oder nicht, aber wenn man eines hat, muß man es auch zeigen. Es geht nur um das Zeigen. Ich habe bei meinen Einleitungsworten ganz klar gesagt: Dieser Wirtschaftstag dient nicht einem Schlagabtausch zwischen den beiden Parteien, sondern dazu, eine Gemeinsamkeit aufzubauen. In dieser Gemeinsamkeit gibt es zwei Gesichter, die sich zusammentun, so wie es in einer Ehe zwei Gesichter gibt, die sich zusammentun zu einem gemeinsamen Leben. Aber wir haben dabei unser Profil. Und das ist nun etwas Wichtiges, weil in dem von mir bereits erwähnten Artikel der „Welt“ vom Samstag wieder folgendes zum Tragen kam. Da stand nämlich drin: Abkehr von Eucken<sup>37</sup>! – (*Zurufe*: Was steht da?) „Abkehr von Eucken!“, also von der Sozialen Marktwirtschaft hin zu Keynes<sup>38</sup>. Das ist ja glatter Unfug. Die Soziale Marktwirtschaft verlangt eine Intervention. Die Soziale Marktwirtschaft – das steht schon in unseren Düsseldorfer Leitsätzen<sup>39</sup> – hat eine völlige Abkehr von der liberalen Wirtschaft. Diese Dinge sind bei uns immerzu durcheinandergelassen. Jede Rede, die Sie über Wirtschaft hören konnten, ging durcheinander, freie Wirtschaft, Soziale Marktwirtschaft, als ob das dasselbe wäre.

In den Düsseldorfern Leitsätzen steht: Wir wenden uns ab von der Politik des „laisser faire, laisser aller“ der freien Wirtschaft und hin zur Sozialen Marktwirtschaft, die auf Wettbewerb usw. aufbaut. – Das steht wörtlich drin, was ich jetzt sage, es ist dort nachzulesen in der Erklärung vom April 1949, damals von Ludwig Erhard vorher angesehen und auch genehmigt: Das bedeutet ganz klar den Einfluß auf den Wirtschaftsablauf mit Mitteln der Geldpolitik, der Kreditpolitik, der Haushaltspolitik, der Steuerpolitik, der Sozialpolitik, der Handelspolitik, der Zollpolitik und andere Maßnahmen.

Was also jetzt die Bundesregierung tut, ist ein Ausfluß unserer Sozialen Marktwirtschaft. Wir brauchen davon nichts aufzugeben. Wir wollen nichts aufgeben, und wir werden nichts aufgeben! Natürlich müssen wir uns laufend anpassen. Was als Regeln genannt wird, ist die stetige Anpassung an die sich verändernden Tatbestände. Dazu brauchen wir Elastizität. Das sind Regeln. Sie können heute richtig sein, sie können ein Jahr später wieder falsch sein, aber der Einfluß ist notwendig. Insofern tun wir genau das, was die Soziale Marktwirtschaft gewollt hat.

Ich habe mich am Donnerstag im Handelssektor informiert und kann sagen, die augenblickliche Situation im Konsumgüterbereich sieht so aus, als ob wieder zugefaßt würde. Die Auftragsbücher sind wieder voller. Es ist wieder eine bessere Situation vorhanden. Wir sind zur Zeit nicht in einer verwirrten Situation. Das wollte ich Ihnen sagen und im einzelnen begründen.

---

37 Walter Eucken (1891–1950), Nationalökonom; 1925–1927 Professor in Tübingen, 1927–1950 in Freiburg.

38 John Maynard Keynes (1883–1946), britischer Nationalökonom und Politiker.

39 Am 15. Juli 1949 von der CDU/CSU-Arbeitsgemeinschaft verabschiedetes Wahlprogramm zur „Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft“. – Druck: Peter HINTZE (Hg.): Die CDU-Parteiprogramme. Eine Dokumentation der Ziele und Aufgaben. Bonn 1995 S. 27–29.

Zwei Worte noch zum Thema: Ostpolitik und Europapolitik! Am vorigen Donnerstag war bei uns in Düsseldorf in einem kleinen Kreis der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Österreichs.<sup>40</sup> Er hat uns beschworen, daß wir aus dieser rumänischen Sache etwas machen müssen, auch von der Wirtschaft her, wenn wir die anderen gewinnen wollen. (*Kiesinger*: Er wartet gerade auf mich!) Das hat er uns klar auseinandergesetzt. Da er schon in Luxemburg der Vertreter Österreichs war, kenne ich ihn besonders gut. In einem privaten Gespräch ist das noch stärker unterstrichen wurden. Wir können hier wohl eine ganze Menge tun.

Ihr Hinweis auf die Notwendigkeit, wir haben bald Europa zu schaffen, ergibt sich aus ganz einfachen Tatbeständen, Herr Bundeskanzler. Wenn man sich einmal überlegt, was z. B. aus der Raumschiffahrt, aus den großen Rüstungsprogrammen usw. gewissermaßen als „Abfälle“ auf diese Industrie zukommt, dann kann man nur sagen, wir müssen einpacken, wenn wir nicht in größere Ordnungen mit ähnlichen Möglichkeiten hineinkommen. Insofern bin ich ein völliger Anhänger der These, daß dieses größere Europa möglichst bald geschaffen werden muß. (*Lebhafter Beifall.*)

*Erhard*: Kollege Blumenfeld!

*Blumenfeld*: Ein paar Worte zu dem, was Herr Etzel gesagt hat. Ich bestreite gar nicht, daß der Tatbestand bei unseren Automobilwerken so ist, wie es Etzel gesagt hat, aber man sollte die Dinge auch einmal in einer richtigen Proportion sehen. Die Kapazitäten unserer Automobilindustrie sind in den letzten Jahren viel zu groß ausgelegt worden. Darüber hinaus haben wir innerhalb von zehn Jahren einen Standard der Automobilisierung in der Bundesrepublik erreicht, zu dem die Vereinigten Staaten, die ganz zweifellos zu den am höchsten automobilisierten Ländern der Welt gehören, 40 Jahre benötigt haben. Das muß man sich doch einmal vor Augen halten. Wir können mit den leitenden Herren, einschließlich Herrn Nordhoff, die Dinge aus dieser Perspektive sehen. Wir sind uns darüber klar, daß ein Land wie die Vereinigten Staaten alle drei Jahre eine normale Krise in seinem Absatz hat.

Herr Vorsitzender, ich möchte aber zu zwei außenpolitischen Komplexen, die der Herr Bundeskanzler angesprochen hat, etwas sagen. Herr Bundeskanzler, zu dem, was Sie hinsichtlich der Abstützung durch die französische Politik und Öffnung zur Ostpolitik gesagt haben, kann man nur noch hinzufügen, wir hoffen, daß in absehbarer Zeit zwei südosteuropäische Länder hinzukommen, damit Rumänien nicht ein Einzelfall bleibt. Im übrigen hoffen wir, daß es trotz aller Schwierigkeiten Ihnen und Ihrer Regierung gelingen wird, den Spieß umzudrehen – wie wir es schon getan haben – und Pankow vor aller Welt als diejenigen darzustellen, die den Spannungszustand erhalten wollen, um damit deutlich zu machen, wie die Dinge wirklich liegen.

---

40 Veranstaltung nicht zu ermitteln. – Der österreichische Staatssekretär war Carl H. Bobleter (1912–1984); 1948 Konsul in Hamburg und 1949/50 in Düsseldorf, 1953–1958 Leiter der österreichischen Delegation bei der EGKS in Luxemburg, 1964–1968 Staatssekretär im Außenministerium. – Vgl. auch AAPD 1967 S. 354 Anm. 7.

Was Sie zu dem englischen Beitrittswunsch und zu den Erklärungen und Beratungen mit Wilson und Brown<sup>41</sup> in den nächsten Tagen gesagt haben, hat mich nicht beruhigt, Herr Bundeskanzler. Ich sage das nicht, weil ich hier in diesem Kreis als ein anglophiler Unterstützer des englischen Beitritts gelte; ich habe in Straßburg neulich im Europarat das Notwendige dazu gesagt und auch sehr klar gemacht, daß zunächst einmal die Briten sich bescheiden und uns sagen müssen, wo ihre wirklichen Intentionen liegen. Erst dann ist es an der deutschen Regierung, mit den übrigen fünf Partnern, insbesondere natürlich mit dem französischen Staatschef, Bilanz zu machen. Das ist sehr klar.

Aber, Herr Bundeskanzler, die Problematik, die Sie angesprochen haben, existiert – wenn man so will – schon seit zehn Jahren oder gar 15 Jahren. Wir müssen wissen, daß unsere ursprüngliche Idee für Europa nicht mehr zu verwirklichen ist, auch deshalb, weil der französische General diesen Weg nicht mit uns geht, auch nicht mit den übrigen. Die Briten treten bei – wie Wilson mehrfach erklärt hat für seine Regierung, und die Konservativen haben dem ausdrücklich beigepflichtet – nicht etwa nur aus wirtschaftlichen Interessen, sondern, wie sie es ausdrücken, vornehmlich aus politischen Interessen.

Insofern, Herr Bundeskanzler, kommt doch an uns die Frage heran: In Wirklichkeit nützt der britische Beitritt, wenn er einmal erfolgt aus politischen Gründen, nichts. Wirtschaftlich nützt er uns ganz selbstverständlich; da geht es nicht nur um England, sondern auch um die skandinavischen Länder. Die Dinge liegen klar auf der Hand und sind in jeder Außenhandelsstatistik nachzulesen. Sie sind entscheidend für unsere Zahlungsbilanz. Das brauchen wir hier gar nicht zu untersuchen, sondern nur das politische Moment. Und hier scheint mir in der Tat ein sehr deutliches Gespräch mit dem französischen Staatschef notwendig zu sein.

Herr Bundeskanzler, ich wäre dankbar, wenn nicht der Eindruck entstünde – der leider schon ein bißchen durchschimmert –, daß die Sache noch gute Weile und Zeit habe und daß wir die Tür geöffnet halten. Das hat de Gaulle auch die ganze Zeit gemacht, aber dann schließt er sie wieder, und dann öffnet er sie wieder. (*Kiesinger*: Die Tür hat er nicht geöffnet!) Doch, er hat einmal gesagt, wenn die Engländer reif sind, wobei er entscheidet, ob sie reif sind. Dann macht er die Tür auf, aber kurze Zeit danach sagt er, sie sind nicht reif, und dann macht er die Tür wieder zu. (*Unruhe und Bewegung*.) Meine Damen und Herren, ich vereinfache das jetzt alles, weil wir doch alle wissen, wovon ich jetzt spreche. Ich wollte sagen, es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob wir nicht bereit seien, das größere Europa – d. h. über die sechs hinaus – zu wollen. Da entsteht eine ganz große Zerreißprobe auch bei uns.

Eine Frage, Herr Bundeskanzler! Sie haben vorhin davon gesprochen, daß die USA und Europa nicht mehr dieselben Interessen hätten. Ich weiß nicht, ob ich das wirklich richtig im Ohr habe. (*Kiesinger*: Das die Interessen nicht mehr so identisch sind wie zur

---

41 George Brown (1914–1985, seit 1970 Baron George-Brown of Jevington), britischer Politiker (Labour); 1945–1970 Mitglied des Unterhauses, 1957 Minister für öffentliche Bauten, 1951–1953 und 1960–1964 Vertreter Großbritanniens beim Europarat, 1964–1966 Wirtschaftsminister, 1966–1968 Außenminister.

Zeit des Höhepunktes des Kalten Krieges!) Sie haben Recht, wenn Sie sagen, daß die Vereinigten Staaten in Europa natürlich amerikanische Interessen vertreten. Wenn sie es nicht täten, würde ich sehr viel weniger auf ihr echtes Engagement setzen in dem Falle, wo es hart wird. Aber, Herr Bundeskanzler, das würde Mißdeutungen ausgesetzt sein, wenn Sie es so formulieren; denn die USA und Europa haben, wenn es wirklich zum „crunch“ kommt, wie man in Amerika sagt, ganz große gemeinsame Interessen nicht nur der Verteidigung, sondern auch der Expansion sowie bei der Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben.

Zur Kennedy-Runde<sup>42</sup>! Wenn es uns da nicht gelingt, die Interessen Amerikas und Europas auf einen Nenner zu bringen, dann sehe ich allerdings die Automobilindustrie der Bundesrepublik Deutschland dem Bankrott entgegengehen. Dann kämen doch sofort Retorsionsmaßnahmen der Amerikaner, und zwar als erstes auf dem Gebiet des industriellen Exports von Deutschland und von Europa nach Amerika. Das muß also verhindert werden. Ich habe es nur als Beispiel gesagt, damit klar wird, daß hier doch sehr große gemeinsame Interessen neben den amerikanischen in Europa bestehen. Ich wäre dankbar, wenn Sie das noch etwas verdeutlichen würden.

*Erhard:* Der Herr Bundeskanzler hat den Wunsch, es zu verdeutlichen.

*Kiesinger:* Ich fange gleich beim Letzten an. Es hat gar keinen Sinn, um den heißen Brei herumzugehen, auch in der Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten. Die erwarten das von uns. De Gaulle hat mir bei unseren Gesprächen vorgeworfen, wir seien amerikahörig. Ich habe das in aller Höflichkeit und Freundlichkeit zurückgewiesen und ihm gesagt, das könne man nicht sagen, und zwar von keinem meiner Vorgänger und ihren Regierungen, sondern wir hätten eben eine andere Analyse der Situation gewonnen, als er dies für Frankreich getan habe. Aber natürlich wüßten auch wir, daß Amerika in Europa amerikanische Politik betreibe und amerikanische Interessen vertrete, und es wäre ein sinnvolles Gespräch zwischen unserer Regierung und der französischen Regierung, wenn einmal klar gemacht würde, inwieweit die amerikanischen Interessen mit den europäischen Interessen insgesamt und mit den Interessen jedes einzelnen europäischen Volkes sich deckten und wo etwa widersprüchliche Interessen sich ergeben. Das ist unsere Aufgabe. Das müssen wir auch dem amerikanischen Partner klipp und klar sagen. Es ist gar kein Zweifel, daß es zur Zeit Tendenzen der amerikanischen Politik gibt, die ich nicht in Übereinstimmung mit unseren eigenen Interessen sehe, z. B. die amerikanische Politik der Fixierung des Status quo, die aus der Gegebenheit des atomaren Patts und der prekären Aufgabe der Aufrechterhaltung des atomaren Patts kommt. Das muß nicht so sein. Wenn die amerikanische Politik die europäischen

---

42 Gremium aus GATT und EWG-Kommission, das den 1963 vom damaligen amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy vorgelegten Plan zu einer allgemeinen Zollunion zwischen 1964 und 1967 verhandelte. Die Kennedy-Runde legte im Juni 1967 eine Entschließung vor, wonach das Zollniveau der Mitgliedsländer um etwa 35% gesenkt wurde. – John Fitzgerald Kennedy (1917–1963, ermordet), amerikanischer Präsident (Demokratische Partei); 1953–1961 Senator von Massachusetts, 1961–1963 Präsident der USA.

Dinge vielleicht noch etwas genauer analysiert, wird es hoffentlich möglich sein, sie über diesen augenblicklichen Stand der Analyse wegzubringen.

Aber das ist ein solches Beispiel, und es hat gar keinen Sinn, es nicht klarzumachen. Vielleicht haben wir diesen Fehler in der Vergangenheit manchmal gemacht, nämlich den Amerikanern zu verbergen, daß es deutsche Interessen gibt, die wir anmelden und von denen wir die Überzeugung haben: Hier heißt es eben, sich entgegenzukommen.

Sonst bin ich natürlich Ihrer Meinung. Ich bin auch mit Ihnen der Meinung, daß in öffentlichen Formulierungen nicht der Eindruck erweckt werden soll, als ob nun das gerade noch als eine schöne Einigungsformel aufrechterhalten bleiben solle, daß es noch einen weiten Spielraum übereinstimmender Interessen gibt; nein, das ist Tatsache. Und deshalb ziehen wir auch die Folgerungen. Ich hätte zur NATO, zur Anwesenheit amerikanischer Truppen das sagen können, was Sie gebracht haben, nämlich Erfolg der Kennedy-Runde. Vom Amerikaner aus gesehen gilt das auch für den Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt.

Ich war seit 1950 im Europarat und habe aus britischem Mund immer nur Pro-Europäisches gehört. Ich habe in britischen Aktionen in all diesen Jahren immer wieder Anti-Europäisches erfahren. (*Etzel*: Seit der Churchill-Rede<sup>43</sup>!) Churchill hat ja sowieso nur die kontinentale Einigung gemeint. In der Churchill-Rede ist doch Großbritannien mit USA draußen geblieben. Auch ich bin der Meinung, daß die endgültige Lösung Großbritannien und andere einschließen muß. Wer die Dimensionen des Wachstums der Supermächte in den kommenden Jahrzehnten richtig einschätzt, muß zu dem Ergebnis kommen, es muß sich ganz Europa zusammenschließen, wobei „ganz Europa“ noch eine Frage ist, die uns auch einen gewissen Blick nach Osten aufzwingt. Die Frage ist nur die, will Großbritannien, wenn es eintritt – auch mit dem Bekenntnis, wir wollen es auch aus politischen Gründen –, mit der notwendigen Eile, die wir einfach brauchen, seinen Beitrag zu einer politischen Einigung Europas leisten, d. h. zuletzt immer wieder, zu einem Europa, das weltpolitisch mehr und mehr solidarisch einheitlich zu handeln vermag der immer schwieriger werdenden Welt gegenüber, oder wird es dann wieder verzögernd mit tausend Bedenken kommen usw.

Es ist auch die Frage erlaubt, ob diejenigen britischen Politiker, die heute sagen, daß sie es wollen, auch in der Lage sind, es zu wollen. Das ist nämlich keineswegs sicher. Ich habe in den vergangenen Tagen, Herr Blumenfeld, mit einer ganzen Reihe bedeutender englischer Besucher gesprochen und jedem die Frage gestellt: Glauben Sie wirklich, daß Mister Wilson will, „does he mean business“, wie er gesagt hat? Und jeder hat mir erklärt: Ich weiß es nicht. – Allerdings haben sie hinzugesetzt, daß die englische öffentliche Meinung es wolle.

Nun, was heißt öffentliche Meinung? Unsere ganze deutsche öffentliche Meinung will Europa. Sie wollen es alle, aber sie übersehen gar nicht die Schwierigkeiten. Sie

---

43 In seinen Reden am 5. März und 19. September 1946 in Fulton (Missouri) bzw. Zürich hatte Churchill wesentliche Impulse für ein atlantisches Verteidigungssystem und die westeuropäische Einigung gegeben. – Sir (seit 1953) Winston Leonard Spencer Churchill (1874–1965), britischer Staatsmann (Konservative Partei); 1940–1945 und 1951–1955 Premierminister.

sehen gar nicht, worum es eigentlich dabei geht. Wenn die harten Entscheidungen kommen, wenn's schwierig wird, dann ist einfach die sogenannte öffentliche Meinung überfordert. Um diese Fragen geht es. Wenn man von uns erwartet – das wollen ja die Engländer jetzt von uns –, daß wir in Paris hart um den baldigen Eintritt Großbritanniens in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft kämpfen, dann müssen sehr viele Fragen vorab geklärt werden. Dann bedarf es noch sehr vieler Unterhaltungen auch zwischen uns und Paris.

Deswegen werde ich in dieser Woche unseren englischen Besuchern<sup>44</sup> ehrlicherweise nur sagen können, unsere ganzen Interessen weisen uns dahin. Ich habe das auch dem General gesagt. Ich habe mein Gespräch über diese Frage mit ihm begonnen mit dem Hinweis, daß mich erst gestern ein Brief der deutschen Industrie erreicht habe, in dem ich beschworen werde, das Nötige zu sagen und zu tun in Paris, um unser Interesse am EFTA-Raum, aus dem wir ja unsere Handelsüberschüsse beziehen, dem General klarzumachen. Ich habe ihm gesagt, das ist unsere Politik seither gewesen. Wir haben es noch einmal in der Regierungserklärung verkündet. Wir meinen es also schon ernst. Dann holte er aus und sagte, bitte, wir hätten eine europäische Freihandelszone gründen können. Nicht das geringste Bedenken gegen einen Eintritt Großbritanniens. Das können wir auch heute noch. Aber dann entsteht etwas ganz anderes. Darüber muß man sich klar sein, das ist etwas ganz anderes als das, was wir doch gemeinsam wollen. Wir wissen doch, um welche Konzeption es sich dabei handelt. Das macht unsere Verhandlungssituation so außerordentlich schwierig.

Im übrigen ist so, daß nicht nur Gaullisten sagen, weder Frankreich noch Großbritannien ist für dieses Abenteuer reif, sondern auch Anti-Gaullisten, die ich kenne, sagen dasselbe. Die Dinge sind also in Frankreich komplizierter und schwieriger. Sie sind nicht nur mit dem Namen „de Gaulle“ abzuschreiben.

Sie sind erfahren genug, um zu wissen, wie schwierig meine Verhandlungsposition in diesen Tagen sein wird, aber Sie dürfen sich darauf verlassen, daß das, was wir redlicherweise sagen können, auch gesagt und zugesagt wird. Nur meine ich, wenn ich versuchen würde, in einem Brei von Höflichkeitsphrasen und Tischreden usw. die Schwierigkeiten verschwinden zulassen, wäre das das Falscheste, was ich tun könnte. Ich muß es auch dem englischen Premierminister sagen; er ist ja nach mir bei de Gaulle gewesen. Sicher ist sein Gespräch mit de Gaulle über diese Frage nicht so gründlich gewesen wie das, das ich mit de Gaulle hatte. Wir haben lange darüber geredet. Er wollte sich kein Refus holen. Er ist nur bis zu einem gewissen Punkt gegangen und hat es dann genug sein lassen.

Ich glaube, daß auch hier die beste Politik ist, den Schwierigkeiten nicht auszuweichen und meinem Gesprächspartner den Eindruck zu vermitteln, daß er es hier mit einem ehrlichen Manne und einem ehrlichen Makler, wenn es auf die Vermittlung ankommt, zu tun hat, der ihm nichts vorzumachen bestrebt ist.

---

44 Harold Wilson und George Brown hielten sich am 15./16. Februar 1967 zur Erörterung des britischen EWG-Beitritts in Bonn auf, vgl. AdG 1967 S. 13013; AAPD 1967 Nr. 55, 57.

*Erhard:* Ich danke Ihnen. Wenn ich ein paar Worte dazu sage, dann befinde ich mich in einer schwierigen Situation, weil es so aussehen könnte, als ob das eine Rechtfertigung sein soll. Das steht aber hier nicht zur Diskussion.

Wir leben in der Gegenwart, und unsere Blicke sind nach vorwärts gerichtet. Ich habe Aussagen gemacht vor drei Jahren, die sich mit den Ihren völlig decken, nämlich denen, es wäre ein großer Irrtum zu glauben, daß aus der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, d. h. aus dem Zusammenwachsen der Volkswirtschaften, ganz automatisch das politische Europa entstehen könnte. Ich sagte, dazu gehört ein neuer originärer Anstoß, eine neue originäre Idee. Es ist nicht Deutschland, das die Schuld trägt, wenn neben der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine politische Gemeinschaft nicht vorangekommen ist. Ich zweifle, ob das überhaupt identisch sein muß in dem Verband der Staaten, die wirtschaftliche Integration und die politische Integration. Ich möchte nur eines dazu sagen.

Natürlich treiben die Amerikaner amerikanische Politik. Sie treiben auch amerikanische Politik in Europa, aber wenn ich das reduziere, möchte ich sagen, die Franzosen treiben eben in Europa französische Politik. Das gilt mindestens genauso in dem gleichen Maße wie für uns Deutsche. Die Amerikaner treiben in Europa amerikanische Politik. (*Kiesinger:* Erlauben Sie mir den Einwand, Frankreich ist eine europäische Macht wie wir!) Man muß die Frage stellen, ist angesichts der ganzen weltpolitischen Entwicklung Großbritannien eigentlich keine europäische Macht? Kann dieser „kleine Bach“, der dazwischen liegt, wirklich eine Trennung bedeuten? Aber es kommt ja hier nicht auf eine Kontroverse an. (*Kiesinger:* Ich würde Großbritannien als eine europäische Macht ansehen, bloß sie selber tun es nicht!) Ich finde nur eines wirklich störend auf die Dauer – es ist nicht erst seit Ihrem Regierungsantritt so, sondern es geht weiter zurück –, daß in Europa der Eindruck vorherrscht, insbesondere bei England: Ob der Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft gelingt oder zu einem politischen Gebilde Europas, das hängt allein von Frankreich ab. Wir brauchen uns im Grunde genommen mit den Deutschen gar nicht darüber so sehr zu unterhalten, die können wir als Freunde gewinnen, aber entscheidend für ein Gelingen oder Nichtgelingen ist allein das Ja oder Nein, das Frankreich – sprich de Gaulle – sagt.

Das ist ein Zustand, der auf die Dauer für uns nach meiner Überzeugung gefährlich zu sein scheint, weil er gewisse Strömungen weckt, die wir alle in Deutschland nicht haben wollen. Das müßte einmal in einem Gespräch mit Frankreich vertieft werden, daß eben dies nicht die richtige europäische Vorstellung ist, daß nämlich ein Land alles sprengen kann, wenn es dies will, vor allen Dingen aber, daß sich ein Land die Entscheidung anmaßt, ob eine bestimmte Entwicklung Platz greifen kann oder nicht. Das ist auch eine gefährliche Sache. Darüber wird man noch manches besprechen müssen.

Ich will zu der wirtschaftlichen Lage nicht Stellung nehmen, auch nicht zu dem, was zur Automobilindustrie unter verschiedenen Aspekten gesagt worden ist. Ich kann Ihnen aber jedenfalls Zeitungen zeigen, wonach in einem Zwischenraum von drei Tagen die einen furchtbar über die Krise in der Automobilindustrie jammern, und dann wird von ebenso sachverständiger Seite gesagt: das stimmt ja gar nicht; es besteht gar keine

echte Krise in der Automobilindustrie. – Das sind also diese Zwiespältigkeiten, von denen ich meine, daß sie eine gewisse Unsicherheit erzeugen. (*Etzel*: Ich habe doch Ziffern genannt!) Ich sehe die Lage hoffnungsvoller, als sie im allgemeinen gesehen wird. Ich bin der Überzeugung, wenn es uns gelingt, diese Stimmung psychologisch aufzufangen, dann wird es wieder gutgehen.

Ich habe immer Wirtschaftspolitik verstanden unter dem Einfluß der Psychologie. Ich habe danach gehandelt. Wenn ich Optimismus ausstrahle, manchmal aus voller Überzeugung, manchmal nicht so ganz aus voller Überzeugung, dann habe ich es getan, weil ich der Überzeugung war, das setzt sich fort und es geht weiter in den Handlungen der Unternehmer, in dem Verhalten der Verbraucher. Nun ist auf das deutsche Volk ein halbes Jahr eingeredet worden, wie verhängnisvoll alles sei. Es waren keine anderen Worte mehr zu hören wie: Krise, Bankrott, Zusammenbruch und dergleichen. Das hat das deutsche Volk auch geglaubt und entsprechend gehandelt. Damit ist eigentlich erst die Malaise aufgetreten.

Ich bin der Meinung, wir haben die Verpflichtung, jetzt wieder in Optimismus zu machen, um vom Psychologischen her wieder eine innere Stärkung im deutschen Volke herbeizuführen. Das scheint mir eine der wesentlichsten Momente zu sein. – Es hat sich gemeldet Kollege Strauß.

*Strauß*: Ich möchte etwas sagen zu einem konkreten Punkt aus dem reichhaltigen Bukett, bei dem dieser Kreis zu einer Meinungsbildung kommen soll, damit wir nicht bei den bevorstehenden Verhandlungen von der Sozialdemokratie überspielt werden, und zwar handelt es sich um den Bereich der Finanzreform.

Ich hatte versucht, die Finanzreform auf dem normalen Weg voranzubringen. (*Etzel*: Sagen Sie Finanzverfassungsreform!) Ja, aber man soll sich die drei Silben sparen. (*Etzel*: Sie müssen doch die Verfassung ändern!) Ich hatte versucht, auf der Grundlage des Troeger-Gutachtens – das ja allgemein als Diskussionsgrundlage anerkannt worden ist, sonst hätte die Beauftragung dieser Kommission wohl keinen Sinn gehabt – die Sache innerhalb der Bundesregierung voranzubringen.

Bei Referenten-Gesprächen, Abteilungsleiter-Gesprächen und Staatssekretär-Gesprächen zeigte sich, daß innerhalb der Bundesregierung eine Übereinstimmung über wesentliche Probleme – selbst auch nicht innerhalb des Unionsbereiches, also auf der Bundesministerebene – nicht zu erzielen war. Ich habe deshalb eine Kabinettsvorlage gemacht. Die SPD-Minister haben zunächst erklärt, sie hätten nicht genügend Zeit gehabt, diese Kabinettsvorlage zu studieren; also 14 Tage Pause. Nach 14 Tagen rückten sie heraus mit der Sprache, daß sich die SPD nicht jetzt schon festlegen könnte, weil sie eine bestimmte Frist bräuchte, um innerhalb ihrer Partei eine politische Meinung über die Schwerpunkte dieses ganzen Programms zu bilden. Es ging gar nicht darum, sich in Einzelfragen so oder so zu entscheiden, ob dieses oder jenes eine Gemeinschaftsaufgabe werden soll, aber sie bräuchten jetzt Zeit dafür, und sie könnten sich vorher nicht festlegen.

Ich habe nun mit ihnen vereinbart, daß sie Zeit haben bis Ostern, um sich diese Meinung zu bilden. Sie haben bereits begonnen, ein Gremium zu bilden, das die Aufgabe



hat, abzustimmen Partei mit der Bundestagsfraktion und abzustimmen Partei und Bundestagsfraktion mit den Ländern, so daß im großen und ganzen die SPD, Partei, Bundestagsfraktion und Länder, in einer Sprache sprechen! Wir sind auch noch nicht so weit, vielleicht noch nicht einmal soweit wie die SPD.

Der nächste Takt wird sein eine Einigung innerhalb der Bundesregierung. Da wird eine heterogene CDU/CSU auf eine bis dahin homogene SPD stoßen. Sie betrachten die Finanzreform als ein politisches Problem und nicht als ein rein sachliches Problem, wo man sich zweckmäßigkeitshalber vielleicht so oder so für die eine oder andere Lösung entscheidet.

Dann kommt die Bund-Länder-Kommission. Bei der Bund-Länder-Kommission sitzen die Vertreter der Koalitionsparteien auf der Bundesseite drin, nämlich Wirtschaft, Finanz und andere, und auf der Länderseite sitzen Vertreter beider Koalitionsparteien qua Landesregierungen. Ich möchte keinen Sachvortrag halten, weil es sehr lange Zeit erfordern würde, auch die Diskussion darüber. Aber ich bitte Sie, eine Prozedur hier zu überlegen und einen Kreis vorzuschlagen, der dann für die beiden Unionsparteien die politischen Schwerpunkte dieses Programms der Finanzverfassungsreform – oder wie man es nennen mag – festlegt. Das müßte aber bis Ostern soweit sein, weil in den nächsten 14 Tagen nach Ostern die Abstimmung zwischen dem Unionsbereich und dem SPD-Bereich erfolgen soll. Der nächste Takt wäre dann eine Kabinettsvorlage.

*Erhard:* Herr Kollege Etzel!

*Etzel:* Ich möchte das, was Herr Minister Strauß anregt, wärmstens unterstützen. Es war einer der erfreulichsten Tatbestände der vorigen Regierung, daß sie dieses Troeger-Gutachten inauguriert hat. Es war ebenso erfreulich, daß der damalige Bundesfinanzminister<sup>45</sup> in seinem Hause eine Hauptabteilung VI neu gegründet hat, welche sich vom Ministerium her mit den technischen Dingen für die notwendigen Gesetzesvorlagen beschäftigt, und zwar unter der Leitung eines ausgezeichneten Mannes.<sup>46</sup>

Ich glaube, die Frage, ob es zur Sanierung in den nächsten Jahren kommt, ist in der Tat eine Angelegenheit der Verfassung. Wir müssen das Trenn-System des Art. 109 aufheben.<sup>47</sup> Ich erinnere nochmals daran, dieses Trenn-System ist doch von den damaligen Alliierten im letzten Augenblick in die jetzige Verfassung hineingeheimnist worden. Das hat soweit geführt, daß man damals die ganze Verfassung nicht annehmen wollte. Nur die Überlegung, wir werden doch bald eine neue Reichsverfassung haben, dann können wir das alles wieder in Ordnung bringen, hat damals dazu geführt, daß man die Verfassung überhaupt gemacht hat.

---

45 Etzel war Finanzminister von 1957–1961.

46 Leiter der 1957 wiedereingerichteten Abteilung VI im Bundesministerium der Finanzen war vom 25. März 1957 bis 31. März 1958 Ministerialdirektor Dr. Herbert Fischer-Menshausen (1906–2000), vom 8. Januar 1960 bis 31. Juli 1970 Dr. Ernst Féaux de la Croix (1906–1995). – Zum Troeger-Gutachten vgl. Nr. 8 Anm. 89.

47 Art. 109 Absatz 1 GG: Bund und Länder sind in ihrer Haushaltswirtschaft selbständig und voneinander unabhängig.

Dieser Art. 109 ist mehr als überfällig; er muß schnellstens beseitigt werden, wenn wir in den Jahren 1968/69 und 1970 überhaupt zu einer Sanierung der Dinge kommen wollen. Insofern bin ich ganz der Meinung, wir müssen das schnellstens machen. Ich bin überrascht, daß die SPD, die ja die Gesetzesvorlage solange hat wie wir, nämlich seitdem das Troeger-Gutachten bekanntgeworden ist, jetzt sagt, wir sind nicht vorbereitet.

Die Zeit bis Ostern ist nicht mehr allzu lange. Aber wir müssen sie sicher als Vorbereitung haben. Ich glaube, das müßte die Fraktion in erster Linie tun. Vielleicht sollte man die Partei ein bißchen mit einschalten, damit die Dinge nicht doppelgleisig gefahren werden. Das Ministerium ist dann ohnehin drin. Es sollte eine Gruppe gebildet werden, die sich konsequent mit der Vorlage des Troeger-Gutachtens in Richtung einer Finanzverfassungsreform befaßt. Die Verfassungsreform ist so wichtig, weil wir ja in Übereinstimmung mit der SPD das machen müssen, sonst bekommen wir nicht die Zweidrittelmehrheit, die wir brauchen.

*Erhard:* Zu diesem Gegenstand Herr Kollege Barzel.

*Barzel:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich möchte drei allgemeine Sätze dazu zunächst sagen, die ich sonst beim Punkt 5 gesagt hätte; denn die gelten auch dort. Ich glaube, daß wir festhalten müssen, daß unser Interesse an der Großen Koalition vorwiegend begründet ist an der Chance, die großen Reformen zu verabschieden. Das bedeutet, daß wir auch ein bißchen Zeitdruck machen müssen, damit diese Vorlagen das Licht der Welt erblicken; denn sonst gibt es hier eine Tendenz, Langwasser zu machen, und mit Langwasser einher ginge dann ein Bequemlichkeitsproporz, den wir alle nicht wollen. Wir wollen ja bis 1969 diese Dinge, wenn irgend möglich, vom Tisch haben.

Ich bin dankbar, daß der Kollege Strauß hier einen solchen Vorschlag macht. Das geht nur zusammen mit der Fraktion, aber die Partei brauchen wir hierfür dringend, und zwar beide Parteien, weil hier Fragen angeschnitten sind – das gleiche gilt auch für die Wahlrechtskommission, die noch auf der Tagesordnung steht –, die nicht nur die CDU/CSU-Bundespolitik betreffen, sondern auch unsere Länder und Gemeinden.

Deshalb würde ich empfehlen, um diese Sache jetzt nicht lange besprechen zu müssen, das Präsidium, das am Freitag tagt, zu beauftragen, eine solche Kommission, die dem entspricht, was ich eben sagte, zu bilden, und zwar mit dem entsprechenden Zeitdruck; nicht daß einer von uns sagt, wir haben das und das noch nicht geprüft. Wir haben bisher das Parteiengesetz, das ich zu diesem Kreis der großen Reformen zähle, Gott sei Dank im Hause. Wir sprechen wahrscheinlich nachher über die Finanzierung. Wir werden heute abend ein Gespräch über den Notstand haben. Ich hoffe, daß wir vor Ostern die Vorlage der Bundesregierung im Hause haben werden. Ich hoffe weiter, daß wir die Dinge, die nicht so kompliziert sind, die das Wahlrecht betreffen – Art. 96 und 113 des Grundgesetzes<sup>48</sup> –, auch recht bald erledigen können. Wenn wir die Finanzver-

---

<sup>48</sup> Art. 96 GG regelt die Einrichtung von Bundesgerichten, Art. 113 GG die Frage der Erhöhung der Ausgaben.

fassungsreform, nach dem, was Franz Josef Strauß hier sagt, bei einer realistischen Beurteilung vielleicht im Herbst in erster Lesung hier im Hause haben, dann – aber auch nur dann – haben wir eine Chance, mit unserer Aussage glaubwürdig zu bleiben, die Große Koalition auf Zeit mit dem Hauptinteresse für die großen Reformen zu machen.

Ich habe das hier so vorgetragen, weil ich alle Kollegen bitten möchte, in ihrem Einflußbereich dieses Argument des Zeitdruckes völlig deutlich zu machen. Unsere Kollegen aus den Ländern werden sofort auch sehen, welcher Zusammenhang sich hier ergibt – ich sehe gerade unsere Düsseldorfer Freunde –, wenn wir den Zeitdruck in den Vordergrund stellen.

*Erhard:* Kollege Hellwig.

*Hellwig:* Ich meine, es wäre wichtig, daß gerade für solche grundlegenden Fragen, wie sie hier besprochen werden, die Zusammenarbeit etwas anders organisiert wird! Die Partei ist die Repräsentanz von Bund, Ländern und Gemeinden durch alle Ebenen hindurch. Ich bedauere es, daß wir uns darüber unterhalten müssen, ohne daß ein amtierendes Mitglied der CDU aus einer Landesregierung als Ministerpräsident oder Minister da ist. Das scheint mir ein Zeichen dafür zu sein, wie schwierig dieses Verhalten innerhalb unserer eigenen Partei geworden ist.

Ich wollte eigentlich zu dem Thema „Fortgang der europäischen Integration“ noch einige Bemerkungen machen. Herr Blumenfeld ist im Augenblick nicht da. Ich warne vor einer Überschätzung der zeitlichen Möglichkeiten und vor den Aussichten einer Beschleunigung. Wir müssen die Frage stellen, ob die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft in ihrer jetzigen Verfassung überhaupt fähig ist, einen neuen Partner in dieser Situation aufzunehmen. Wir haben drei Gemeinschaften, die noch vor der Zusammenlegung stehen.<sup>49</sup>

Nun ist doch selbstverständlich, daß neue Mitglieder nur in die dann entstehende Gemeinschaft aufgenommen werden und nicht gesonderte Verhandlungen auf drei verschiedenen Gebieten stattfinden. Das ist übrigens ein Prozeß, der sich noch zwei bis drei Jahre hinziehen wird, der leider durch die Verschiebung der Verschmelzung auf der höheren Ebene der Exekutive ungebührlich verzögert worden ist. Nehmen Sie den Termin 1. Juli 1968: vollständige Herstellung der Zollunion. 1. Januar 1970: Beginn der Wirtschaftsunion durch die gemeinsame Umsatzsteuerregelung, Mehrwertsteuererhöhung.

Ich möchte gerade Herrn Strauß hier sagen, wie sehr man dankbar sein muß, daß die Bundesregierung in dieser Richtung allen Einfluß ausgeübt hat, um den entscheidenden Beschluß zu einem einheitlichen Mehrwertsteuersystem zu erreichen. Damit wird schon deutlich, daß die Gemeinschaft in den nächsten Jahren vor entscheidenden Schritten steht, die sie wahrscheinlich vollziehen muß, ehe der Beitritt dritter Länder in die Tat umgesetzt werden muß.

Nun wird die Verhandlungsphase auf der englischen Seite auch nicht wesentlich schneller sein können. Die Engländer rechnen mit zwei bis drei Jahren Verhandlungs-

---

49 Zusammenlegung von EWG, EURATOM und EGKS zur EG am 1. Juli 1967.

dauer. Sie haben die Hoffnung, bis zum Ende der jetzigen englischen Legislaturperiode die Ratifizierung zu bekommen, damit die Wilson-Regierung den politischen Effekt der Ratifizierung des Beitrittsabkommens erreicht; d. h. praktisch bis Ende 1969, Anfang 1970. Eine Inkraftsetzung auch der Übergangsregelung wird frühestens 1971 in Frage kommen. Das bedeutet, daß die rein wirtschaftlichen Regelungen auch noch sehr lange auf sich warten lassen werden, und daß wir nicht in den nächsten vier oder fünf Jahren schon einen Zollabbau für Lieferbeziehungen zwischen Großbritannien und anderen EFTA-Ländern und uns haben werden. Das entscheidende Wort – Herr Vorsitzender, da gebe ich Ihnen recht – liegt bei Frankreich. Es liegt nicht in der Wirtschaft, sondern es liegt im politischen Bereich. Großbritanniens Absicht ist auch entscheidend eine politische.

Wir haben uns vorgenommen, einen Monat einige englische Kabinettsmitglieder in Luxemburg zum Assoziationsrat zu bitten. Großbritannien ist ja bei der Montanunion assoziiert. In den Gesprächen neben der Tagesordnung ist deutlich gesagt worden: Wir, die Labour Party, haben unsere Position revidiert, weil das britische Commonwealth in den letzten drei, vier Jahren aufgehört hat, eine politische Macht zu sein, die unsere Position noch stützen könnte. Wir müssen unsere politische Position in der Welt neu aufbauen.

Sie stehen allerdings vor Alternativen. Und der Versuchsballon, Verhandlungen mit der EWG, ist nur eine der Alternativen. Darüber muß man sich im klaren sein; die andere wird ein engeres Zusammenspiel USA-Kanada-Großbritannien – eine ganz betonte nordatlantische Zusammenarbeit – sein. Eine weitere handelspolitische Alternative liegt bei der EFTA, die ja ihr Ziel der Freihandelszone Ende des vergangenen Jahres erreicht hat. Die Freihandelsregelung unter den EFTA-Ländern ist vollständig, allerdings nur für den gewerblichen Sektor. Die Landwirtschaft ist ausgeklammert. Die EFTA ist befaßt mit einem Programm, gegebenenfalls die handelspolitischen Regelungen auf Länder des Ostblocks auszudehnen. Die Beratungen darüber sind im Augenblick nur zurückgestellt, um zunächst englische Initiative gegenüber der EWG einmal spielen zu lassen.

Mit anderen Worten, die Frage läuft letzten Endes auf die französische Frage hinaus, werden die Partner an dieser westeuropäischen Integration bereit sein, ein Minimum von Gemeinsamkeit in der Außenpolitik und Verteidigungspolitik zu entwickeln? Es könnte sehr wohl dazu führen, daß man im wirtschaftlichen Bereich zu technischen Regelungen im Verhältnis zu Großbritannien kommt, aber dann unter gleichzeitigem Verzicht auch auf politisch zu beurteilende Elemente der jetzigen Wirtschaftsintegration. Ich bejahe völlig die Trennung von politischer Initiative zur Vorarbeit für die politische Union von der automatischen Fortsetzung der Wirtschaftsintegration. Der Trugschluß, daß wir automatisch die politische Fernwirkung aus der Vollendung der Wirtschaftsintegration erwarten können, hat uns wahrscheinlich einige Jahre kostbare Zeit gekostet. Deshalb sollte man diesem Trugschluß nicht von neuem verfallen.

*Erhard:* Was die Bedeutung des Commonwealth angeht, so ist dies ja nicht erst seit heute erkennbar, sondern schon seit vielen Jahren. Es hat auch unsere Haltung einen bestimmten Bezug auf den Beitritt Großbritanniens. – Herr Mikat!

*Mikat:* Ich möchte etwas zu dem sagen, was Freund Strauß gesagt hat. Ich glaube, daß die Frage der Finanzverfassungsreform auch hier von uns im Bundesvorstand – wir können es heute nicht machen, die Zeit ist zu weit fortgeschritten – im Zusammenhang mit den gesamten Verfassungsreformen einmal überdacht werden muß. Ich hielte es für verhängnisvoll, wenn der große Reformweg, von dem auch Herr Barzel sprach, sich etwa dergestalt vollzöge, daß wir gewissermaßen in eine Phase zeitlich gestaffelter Verfassungsreformen kämen. Ich glaube nicht, daß das für das gesamte Verfassungsleben gut wäre, zumindest sollte man sich die Koppelung sorgfältig überlegen. Ich wollte das nur zur Diskussion stellen.

Man kann nicht sagen, jetzt machen wir erst mal das, und dann machen wir das usw. Zumindest müßte ein Paket auf den Tisch des Hauses kommen, um überhaupt ein ordentliches Gespräch gerade mit unseren Freunden in den Ländern zu ermöglichen. Die Tendenz, daß wir heute dem Bundesstaat angesichts der veränderten historischen Situation eine stärkere Rolle werden einräumen müssen, wird ein Leitfadens sein.

Zweitens – auch das wird heute nicht möglich sein – wäre vielleicht eine Ergänzung des Lageberichts des Herrn Bundeskanzlers in einer Hinsicht dankenswert, nämlich hinsichtlich des akuten Problems des Nichtweitergabe-Vertrags bzw. des Atomsperrvertrags.<sup>50</sup>

Wir werden heute hier sicherlich nicht darüber sprechen können, aber es wäre vielleicht notwendig, daß auch dieser Bundesvorstand das Ganze nicht nur unter dem Aspekt der friedlichen Nutzung der Atome sieht, sondern auch darunter, welche Bündnisprobleme ergeben sich für die Bundesregierung daraus. Kann nicht unter Umständen die Situation der faktischen Bündnisunfähigkeit bei einem Zusammenschluß der EWG-Staaten eintreten? Wir müssen prüfen, wie sind die amerikanischen Auffassungen und die Auffassungen vor allen Dingen der Sowjets.

Ich wollte das anmelden als Aufgabe des Bundesvorstands, weil ich glaube, daß, nachdem die Große Koalition gebildet worden ist, der Bundesvorstand ein anderes Gewicht bekommen sollte. Er wird sicherlich künftig stärker als bisher als Hilfe der Meinungsbildung auch für die Fraktion zusammentreten. (*Barzel:* Eine Mikatsche Formulierung!) Natürlich wissen wir von der hohen Bedeutung der Fraktion, ich könnte mir aber vorstellen, daß eine stärker akzentuierte Meinungsbildung des Bundesvorstands unter Umständen auch eine sehr gewichtige Hilfe für die Fraktion in entscheidenden Auseinandersetzungen mit ihrem großen Koalitionspartner ist. Insofern könnte ich mir denken, daß von der Funktionalität der einzelnen Parteiorgane her gesehen dem Bun-

---

50 Nach dem Scheitern des MLF-Projekts verhandelten die Atommächte USA, Großbritannien und UdSSR über einen Vertrag zur Sicherung ihres atomaren Monopols. Der „Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen“ wurde am 1. Juli 1968 unterzeichnet. Er trat am 5. März 1970 in Kraft, nachdem über 40 weitere Staaten (die Bundesrepublik am 28. November 1969) ihn ratifiziert hatten. Vgl. Nr. 10 Anm. 6.

desvorstand künftig eine etwas größere Bedeutung zukommt, als er sie anscheinend oft in der Vergangenheit hatte. (*Barzel*: Einverstanden!)

*Erhard*: Das Thema ist schon öffentlich diskutiert. Meine Damen und Herren! Darf ich mal den Vorschlag machen, das wir aus Zeitgründen die weiteren Tagesordnungspunkte behandeln, sonst bleiben wir mitten drin stecken. Wir haben heute nachmittag auch Fraktionsvorstandssitzung. Wir müssen also etwas schneller vorangehen. Herr Kollege Heck, darf ich Sie bitten, zum Punkt 2 der Tagesordnung, nämlich zum Bundesparteitag, zu sprechen.

#### BUNDESPARTEITAG 1967

*Heck*: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe lediglich darüber zu berichten, was das Präsidium zu diesen Punkten 2 bis 6 dem Bundesvorstand vorschlägt. Zunächst zum Punkt 2: Bundesparteitag 1967!

Wir sind der Auffassung, daß wir den Parteitag so legen sollten, daß er auch für die Wahlen, die am 4. Juni in Niedersachsen stattfinden, etwas abgibt. Als Tagungsort ist Braunschweig vorgesehen, und zwar in der Zeit vom 22. bis 24. Mai. Das würde allerdings heißen, da wir am 22. früh beginnen, daß der Bundesvorstand am 21. zusammenzutreten muß. Frau Brauksiepe, das ist leider ein Sonntag. Aber nach dem 24. kommt der Fronleichnamstag, so daß wir hier eingeklemmt sind, daß es anders nicht zu machen ist.

Der Parteitag soll etwa wie folgt ablaufen: Der Parteitag hat einmal die Aufgabe, da der 1. Vorsitzende seinen Willen bekundet hat, vom 1. Vorsitz zurückzutreten, einen neuen Vorsitzenden zu wählen.<sup>51</sup> Außerdem sind wir der Meinung, daß der Bundeskanzler ein Referat halten sollte, daß die Fraktion und die Partei kurz über ihre Arbeit berichten sollen, und daß dann insgesamt eine Generaldebatte stattfindet, eine Generaldebatte, die allerdings dann nach einer gewissen Geschäftsordnung ablaufen müßte, damit wir nicht die alte Erfahrung neu machen, daß eine Feld-, Wald- und Wiesendiskussion über alles mögliche erfolgt, und alle Reden, die zu Hause konzipiert worden sind, auf dem Parteitag verlesen werden.

Das Präsidium wird dem Vorstand rechtzeitig den Vorschlag einer Geschäftsordnung für den Ablauf des Parteitags vorlegen. Da wir damit rechnen können, daß das Parteiengesetz bis zu diesem Zeitpunkt soweit gediehen ist, daß klar ersichtlich ist, in welchen Punkten wir entsprechend den Bestimmungen des Parteiengesetzes unsere Satzungen ändern müssen, sind wir der Meinung, daß wir die Satzungsänderungen gleich mit einplanen und vornehmen.

---

51 Schriftlich hatte Erhard seinen Rücktritt vom Parteivorsitz nicht erklärt, doch hieß es bereits am 2. Dezember 1966 in der „Deutschen Tagespost“, er werde zurücktreten. Als potentielle Nachfolgekandidaten wurden Dufhues, Lücke, Heck („Echo der Zeit“ vom 11. Dezember 1966) und Meyers („Stuttgarter Nachrichten“ vom 21. Dezember 1966) genannt.

Das ist im großen und ganzen als Programm dieses Parteitags vorgesehen.<sup>52</sup> Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir insgesamt der Organisation und dem äußeren Rahmen nach diesen Parteitag werden sehr bescheiden gestalten müssen. Das ist einfach eine Folge der finanziellen Lage. Ich glaube, es schadet uns nichts, wenn wir diese Bescheidenheit auch etwas beibehalten, selbst dann, wenn wir wieder etwas besser bei Kasse sein werden. Soviel als Bericht darüber, was das Präsidium vorschlägt.

*Erhard:* Halten Sie Punkt 3 für erledigt? (*Heck:* Darüber erfolgt eine Aussprache!) – Bitte sehr, Herr Kollege Burgbacher.

*Burgbacher:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe nur die Bitte, den Punkt, der sich mit den Satzungsänderungen befaßt, zu textieren als „Satzungsänderung und Beitragsfragen“. (*Barzel:* Einverstanden!)

*Erhard:* Herr Kollege Klepsch!

*Klepsch:* Ich habe eine Frage und einen Beitrag zu dem Bericht. Meine Frage ist die, ist im Zusammenhang mit der Satzungsänderung zu verstehen, daß es eventuell zu einer Neuwahl des gesamten Präsidiums kommt, oder kommt es nur zur Neuwahl des Vorsitzenden? Wenn das Präsidium diese Frage geprüft hat, dann wäre es vielleicht sinnvoll, den Vorstand darüber zu unterrichten.

Ich habe dann folgenden Auftrag. Die Junge Union hat mit sehr großer Mehrheit beschlossen, hier anzukündigen, daß bei einer Änderung der Satzung von uns beantragt werden wird, die Stellung eines Generalsekretärs der CDU zu schaffen. Im Sinne einer innerparteilichen Diskussion halte ich es für richtig, daß man jetzt schon eine Mitteilung darüber machen sollte und nicht erst auf dem Parteitag.

Im übrigen würde ich es auch für sehr gut halten, wenn vielleicht darüber hinausgehende Vorstellungen über die Satzungsänderung hier in diesem Gremium besprochen werden könnten. Vielleicht könnte heute damit begonnen werden, damit man etwas weiter ab von dem Ablauf des Parteitags sich Gedanken darüber machen kann.

Ich darf noch eine letzte Bemerkung machen. Wir sollten, wenn wir schon die Satzung in Anlehnung an das Parteiengesetz ändern, möglichst zu einer Satzung kommen, die dauerhaften Charakter besitzt. (*Lebhafte Unruhe und Zurufe:* Das haben wir jedesmal gemacht!)

*Heck:* Darf ich gleich antworten! Wir haben auf der letzten Sitzung des Präsidiums<sup>53</sup> die eine Frage kurz angeschnitten, und zwar war es der Kollege Barzel. Herr Barzel war der Auffassung – ich glaube, das war auch die allgemeine Meinung –, daß das ganze Präsidium zurücktreten solle, um den Weg freizumachen, eine möglichst starke Parteiführung zu konstituieren. Ich glaube, daß der Vorschlag der Jungen Union, einen Generalsekretär zu bestellen, den gleichen Wunsch zur Grundlage hat.

Man muß diese Frage doch zunächst im Präsidium sehr sorgfältig diskutieren. Es kommen einige andere Fragen hinzu, die in der Öffentlichkeit schon diskutiert worden

<sup>52</sup> Vgl. CDU, 15. BUNDESPARTEITAG.

<sup>53</sup> Protokoll der Präsidiumssitzung vom 3. Februar 1967 in ACDP 07-001-053/1, dort S. 3.

sind. Auf dem Rheinischen Parteitag<sup>54</sup> ist einiges gesagt worden, z. B. soll das Amt des Parteivorsitzenden in Personalunion mit dem Amt des Bundeskanzlers belassen werden? Soll es getrennt werden? Soll ein Generalsekretär bestellt werden usw.? Das sind Fragen, die sorgfältig überlegt werden müssen. Ich glaube, es ist die übereinstimmende Meinung, daß diese Fragen nicht nach Rücksichten auf bestimmte Personen beantwortet werden dürfen, sondern einzig und allein unter dem Gesichtspunkt, was ist für die effektive Arbeit der Partei in dieser Großen Koalition nützlich und notwendig.

*Erhard:* Bitte, Kollege Schmücker.

*Schmücker:* Kollege Heck, ich bin ganz Deiner Meinung, nur habe ich die große Befürchtung, daß während dieser sorgfältigen Überlegung einige Gruppierungen stattfinden, die nachher irgendwelche Tatsachen schaffen, und es bleibt dann dem Rest nichts anderes zu tun übrig, als dem zuzustimmen. Ich möchte nicht die warnende Rede wiederholen, die ich bei der letzten Bundesvorstandssitzung gehalten habe, aber doch daran erinnern. Ich weiß nicht, ob es zweckmäßig ist, daß wir nun auf allen Landesparteitagen unter dem Vorwand geschäftsordnungsmäßiger und statutarischer Überlegungen Personaldebatten führen unter sehr geschickter Ausklammerung der Namen. Ich meine, dieses Gremium sei das, welches sich damit zu befassen hätte.

Es müßte so verfahren werden, daß wir entweder heute darüber sprechen, oder aber wir beschließen, es beim nächsten Mal zu tun und uns bis dahin in den Landesverbänden etwas abstinenter verhalten, als das zur Zeit geschieht. (*Beifall.*) Wir müssen versuchen, in Braunschweig sehr geschlossen und sehr einheitlich herauszukommen. Das brauchen wir zum Profil, Herr Bundeskanzler, und es kann dem nur dienen, wenn wir wirklich eine sorgfältige Vorbereitung durchführen.

*Erhard:* Herr Adorno!

*Adorno:* Herr Vorsitzender! Ich bin auch der Auffassung, daß das Präsidium an sich eine wichtige Führungsaufgabe hat, aber diese Führungsaufgabe kann natürlich nicht darin bestehen, daß der Bundesvorstand noch auf weite Strecken nicht darüber informiert bleibt, was das Ergebnis der Beratungen im Präsidium ist.

Ich erinnere daran, daß wir just vor einem Jahr eine schwerwiegende Auseinandersetzung innerhalb der Partei hatten, die uns zum Schaden gereichte, wer der Vorsitzende werden sollte. Wir sollten also rasch dafür Sorge tragen, daß diese Diskussion aus den öffentlichen Spekulationen verschwindet, weil wir sonst unserer Partei nur Schaden zufügen werden. (*Beifall.*) Ich meine, daß dieser Bundesvorstand rasch zu einem Vorschlag kommen soll, der dem Parteitag in Braunschweig vorgelegt wird. Wenn wir die Dinge treiben lassen bis zum Parteitag oder in seine Nähe, dann glaube ich, daß die Landesverbände und die Landesvorsitzenden gar nicht herumkommen, diese Frage zu diskutieren, weil sie immer wieder mit ihr konfrontiert werden.

Wir sollten bald in diesem Bundesvorstand nicht nur die Fragen des Rücktritts des gesamten Präsidiums, des Generalsekretärs erörtern, sondern auch die Frage des Partei-

---

<sup>54</sup> Parteitag der CDU des Rheinlands am 10./11. Februar 1967 in Oberhausen. Materialien in ACDP 03-025-002/12 und ACDP 01-035-005/2. Vgl. Anm. 3.



vorsitzenden; denn nur im Zusammenhang damit können alle anderen Fragen geklärt werden.

*Erhard:* Herr Kollege Kiesinger.

*Kiesinger:* Meine Damen und Herren! Ich weiß nicht, wie Sie das machen wollen. Sie können einfach dem Parteitag die Entscheidung nicht abnehmen. Sie können weder durch Beschlüsse von Landesverbänden noch durch einen Monate vorher liegenden Beschluß des Bundesvorstands den Parteitag binden. Sie müssen in Gottes Namen schon diese Diskussion, die vielfach von Kräften geführt wird, die gar nicht zu uns gehören, laufenlassen. Wenn Sie heute oder in der nächsten Woche oder in 14 Tagen einen Beschluß des Bundesvorstands über den Parteivorsitz fassen, dann würden Sie unter Umständen erleben, daß er in all den Wochen zerschissen und zerredet wird, daß zweitens der Parteitag unter Umständen eine völlig andere Entscheidung trifft als die, die der Bundesvorstand vorgeschlagen hat.

Sie dienen also weder dem Profil noch der Beruhigung in der Partei, wenn Sie jetzt etwa einen solchen Weg gehen. Ich muß Ihnen offen sagen, ganz egal, was herauskäme, ich würde mich nicht gerne einer solchen öffentlichen Zerreißdiskussion stellen. Ich hätte keine Angst vor ihr, aber es wäre nicht gut, sie so lange vor dem Parteitag zu führen. Ich glaube, wir müssen das den normalen Gang gehen lassen; d. h. der Bundesvorstand wird sich eine gewisse Zeit vor dem Parteitag auf einen Vorschlag einigen müssen. Das kann er aber nach meiner Meinung heute noch nicht. Der Parteitag diskutiert dann über die Frage. Dann ist alles in vollem Fluß. Sie können das den Leuten auch gar nicht verargen. Sie sind ja vor eine neue Situation gestellt.

Ich selber fühle mich von Tag zu Tag Einflüssen ausgesetzt, die, ganz gegen meine ursprüngliche Intention, mich zu einer bestimmten Entscheidung bringen wollen. Ich muß mich selber auch, nicht in meinem Interesse, sondern im Interesse des Erfolges dieser Regierung und unserer Partei, zu irgend einer Auffassung durchkämpfen. Das ist gar nicht so einfach.

Ich kann mir also keinen anderen Weg denken. Wann soll der Parteitag in Braunschweig sein? (*Heck:* Vom 22. bis 24. Mai!) Am 22. Mai! Nun werden Sie durch keinen Vorstandsbeschluß die Diskussion in der Öffentlichkeit darüber, wer Parteivorsitzender werden soll, aufhalten können. Deswegen rate ich dazu, fein stillzuhalten, auch bei den Landesverbänden. Ich bin gar nicht der Meinung, daß man da nun Gruppe für Gruppe Beschlüsse fassen soll, sondern wir müssen in Gottes Namen die Nervenprobe durchhalten. Wenn wir es nicht diskutieren, dann diskutieren es andere. Das müssen wir also schon aushalten. Herr Kollege Schmücker, das Durchhaltenkönnen einer solchen Geschichte gehört zu unserem Profil, daß wir uns nämlich nicht fickerig und nervös machen lassen durch eine solche Diskussion.

*Erhard:* Kollege Grundmann!

*Grundmann:* Ich muß zunächst sagen, ich halte es auch für vollkommen ausgeschlossen, etwa Parteitage abzuhalten, Herr Kollege Schmücker, und über diese Frage nicht zu sprechen. Dann müssen Sie die Parteitage freistellen von der Möglichkeit einer offenen Diskussion. Das würde aber wiederum bedeuten – und hier bin ich mit Ihnen,

Herr Bundeskanzler, einer Meinung –, daß Sie eine andere Diskussion bekommen, die den Versuch macht, aus dem, was verschwiegen wird, allgemeine Schlüsse und Feststellungen zu treffen.

Ich will Ihnen ein Beispiel sagen zu dem Parteitag, den ich selbst abhalten mußte am letzten Samstag. Er war für den November festgelegt. Ich habe ihn dann verlegt. Ich habe ihn dann verlegt wegen der schwierigen Verhandlungen über die Koalitionsbildung in Bonn. Ich habe ihn dann festgelegt auf Februar. Zu diesem Zeitpunkt mußte er stattfinden. Er war damals angekündigt aus der sehr schwierigen Situation in der Partei als „Parteitag der Diskussion miteinander“. Damals mußten wir ja miteinander sprechen. Ich habe dann einen Teil dieser Diskussion, zumindest vom Zeitraume her, auf diesem Parteitag in Oberhausen zulassen müssen. Es kam dann das Resultat Ihrer Beratungen, Herr Klepsch, aus der Jungen Union; es kamen auch Anträge zu dieser Frage auf dem Parteitag. Darüber ist dann gesprochen worden, und es wurden Beschlüsse gefaßt, von denen jeder auch in der Diskussion wußte, daß sie nicht universal bestimmend sein können, daß sie aber als meinungsbildender Faktor zur Entscheidung des Bundesparteitags beitragen sollen.

Nun bin ich der Meinung, daß kein Widerspruch darin liegen muß, daß wir nicht heute bereits Endgültiges sagen. Aber daß wir miteinander etwas sagen sollen, das wäre wohl richtig, weil das eine gewisse Richtschnur bedeuten würde für die Form und den Ablauf des Parteitags sowie für die Bindung unserer Delegierten in den Landesverbänden.

Es ist die Frage zu stellen, ob man das Verfahren übernimmt, das wir auf dem letzten Parteitag hatten, daß der Bundesvorstand den Auftrag erteilt, meinerwegen an das Präsidium, eine gewisse Vorlage zu machen für den Bundesvorstand, die dieser dann seinerseits übernimmt als Anregung für den Parteitag. Ich würde eine solche Orientierung wünschen. Ich bin nicht der Meinung, daß etwa ein Parteitagsbeschuß wie der in Oberhausen bereits festlegt, daß die rheinischen Delegierten so oder so verfahren, sondern er ist ein Diskussionsbeitrag zum Vorfeld des Bundesparteitags.

Ich halte es auch nicht unbedingt für einen Zustand der Schwäche, wenn man in Organen – dafür sind die Landesparteitage ja zuständig – eine solche Diskussion führt. Herr Schmücker, wenn vorsichtigerweise Namen weggelassen wurden, dann genau aus dem Grunde, um niemand zerschlagen zu lassen, bevor er bereits die Bereitschaft oder auch die Möglichkeit hat, sich für eine bestimmte Funktion zur Verfügung zu stellen.

*Erhard:* Herr Kollege Fricke!

*Fricke:* Ich möchte auch meinen, daß man hier freimütig und offen über eine Meinungsbildung diskutieren sollte; denn wir werden jeden Tag draußen mit dieser Frage konfrontiert. Ich bin der Auffassung, daß für Braunschweig allerdings jetzt schon gültig sein sollte, was nach der Vorlage des Parteiengesetzes effektiv gesagt wird.

Zunächst aber habe ich Ihnen, lieber Herr Bundeskanzler Professor Erhard, und dem Präsidium dafür zu danken, daß Sie Braunschweig gewählt haben. Ich habe das nicht nur als nunmehr seit 16 Jahren amtierender Vorsitzender des Landesverbandes Braunschweig zu tun, sondern ich habe es auch im Namen meiner Freunde der CDU von Nie-

dersachsen zu tun; denn das ist für uns eine ganz entscheidende Hilfe zwölf Tage vor der Wahl, und zwar dies um so mehr, als wir mit einigen wichtigen Parteitag, nämlich dem in Braunschweig Anfang April als auch mit dem niedersächsischen Parteitag in Hannover oder Celle am 7. April<sup>55</sup>, was das Erste Fernsehen angeht, in der Inkubationszeit der 21 Tage liegen, in denen auch Wahlen in Schleswig-Holstein sind, wir aber für diese Parteitage das Fernsehen nicht zur Verfügung haben.

Es ist wichtig, daß wir gerade im Zonenrandgebiet, in Wolfsburg, in Helmstedt, in Gifhorn, in Goslar, in Hildesheim usw. Kundgebungen der Bundesprominenz an den Abenden haben. Noch stärker aber ist die Ausstrahlung über beide Fernsehen und die Presse. Es kommt darauf an, daß diese dann von der CDU berichten. Der Parteitag in Braunschweig ist gerade nach den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Bayern eine sehr große Hilfe. Dafür sind wir sehr dankbar.

Braunschweig hat eine glänzende Stadthalle, aber nicht genügend Hotelbetten. Eine Autofahrt nach Goslar oder nach Bad Harzburg dauert eine Dreiviertelstunde. (*Kohl: Nach Harzburg<sup>56</sup> wollen wir lieber nicht fahren! – Lebhaftige Heiterkeit.*) Irgendwann müssen wir die Vergangenheit einmal bewältigen. (*Anhaltende Unruhe.*) Wir sollten hier ruhig einmal über das Hauptthema sprechen. Aus unserer Sicht gibt es hier nur zwei Namen. Gewiß, lieber Freund Kiesinger, können wir hier nichts präjudizieren, sondern lediglich eine Meinung bilden. Aber sie gibt doch dem Menschen den Trend an für die Diskussion, die wir nicht verhindern können. Wir können doch sagen, das und das ist die Meinung des Bundesvorstands. Dafür lassen sich auch sachliche Gründe anführen. Es gibt z. B. den Tatbestand, daß der Vorsitzende der CSU und der Vorsitzende der SPD in Ihrem Kabinett sind. Dann gibt es die Tatsache, daß zweifellos im Amte als Vorsitzende der Partei unser Ehrenvorsitzender und Altbundeskanzler Adenauer und auch Bundeskanzler Professor Erhard ihre Ausstrahlungskraft besaßen. Ich will damit gar nicht Stellung nehmen.

Dann gibt es für unseren Freund Dufhues Gründe. Das brauche ich hier aber nicht auf den Tisch zu legen. Es tut mir leid, daß er nicht da ist. Mein freundschaftliches Verhältnis zu Herrn Dufhues kennen Sie. Jeder weiß, daß er einer der loyalsten in unserem Kreise ist. (*Bewegung und Unruhe.*) Aber gerade darum wird man doch ein solches Gespräch ganz offen führen können. Ich will mich darauf beschränken. Ich bin der Meinung, wir sollten darüber sprechen.

*Erhard:* Herr Kollege Kohl!

*Kohl:* Meine Damen und Herren! Es ist müßig, darüber zu streiten, ob diese Diskussion in der Partei stattfindet oder nicht; denn es ist doch eine Realität, daß sie stattfindet. Es ist nur die Frage, ob die Diskussion immer so laufen muß, wie sie in den letzten Wochen gelaufen ist, daß schon öffentliche Postulate gesetzt werden und dann aus

<sup>55</sup> Der Landesparteitag der CDU in Niedersachsen fand am 7./8. April 1967 in Hannover statt, vgl. ACDP 03-007-004/7. Der Parteitag des LV Braunschweig fand am 31. März/1. April 1967 statt.

<sup>56</sup> Anspielung auf die Harzburger Front (Zusammenschluß von DNVP, Stahlhelm, Vereinigung Vaterländischer Verbände, NSDAP) am 11. Oktober 1931.

Gründen des Prestiges es für den einen oder anderen sehr schwierig ist, von diesem Postulat wieder herunterzukommen.

Ich bin mit Herrn Grundmann der Meinung, man kann keinen Landesparteitag abhalten und die Diskussion eröffnen und dann den Leuten sozusagen verbieten, wenn sie aufs Rednerpult gehen, zu diesem Thema etwas zu sagen. Nun meine ich – Herr Bundeskanzler, vielleicht habe ich Sie falsch verstanden –, es ist schon Aufgabe des Bundesvorstands – allerdings nicht am Sonntag vor dem Parteitag, das halte ich für völlig ausgeschlossen –, sich rechtzeitig mit diesem Thema in aller Freundschaft zu unterhalten. (*Kiesinger*: Natürlich!)

Meine Damen und Herren! Machen wir uns nichts vor. Es wird um den Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands keine Kampfabstimmung geben auf dem Parteitag, aber nicht deshalb, weil wir von der Demokratie gering denken, sondern weil jeder seine bestimmten Erfahrungen in der Vergangenheit gemacht hat und nun versucht, aus der Erfahrung vernünftigerweise etwas zu lernen.

Nun ist es so, daß über die Wahl – wenn Sie so wollen – vorher hier in diesem Kreise, und zwar legitimerweise, vorbereitend gesprochen werden muß. Ich bin nicht der Meinung, daß das ausschließlich im Präsidium geschehen kann. Das muß hier in diesem Kreise geschehen. (*Heck*: Etwas anderes ist auch nicht vorgesehen!) Ich will das nur vorbeugend sagen. Wir haben nämlich schon Beschlüsse gefaßt über Kommissionen und ihre Größenordnung, aber nachher kam es dann doch ganz anders. Ich bin immer sehr aufmerksam in diesen Sitzungen der Vergangenheit gewesen. Ich würde aus diesem Grunde vorschlagen, daß wir sehr präzise festlegen, wann wir uns über diesen Punkt unterhalten wollen. Dazu wäre es eine ganz wichtige Voraussetzung, daß diejenigen, die bisher namentlich genannt sind – es sind nur zwei –, auch ebenso präzise anwesend sind, und daß man dann fairerweise ganz offen über diese Dinge redet.<sup>57</sup> Jeder weiß, daß beide Diskussionsmöglichkeiten etwas für sich und etwas gegen sich haben. Jeder weiß aber auch, daß bei beiden Konzeptionen es nicht nur eine Frage des Vorsitzenden ist, sondern daß auch gleichzeitig ein Tableau sozusagen hintendran steht.

Herr Klepsch hat den frommen Wunsch geäußert, daß wir aus der Ära der Satzungsänderungen herauskommen. Manchmal habe ich den Eindruck, daß die Satzungsänderungen auf manchen Parteitagen das einzige belebende Element waren. Wir sind ja in der Vergangenheit genügsam gewesen. Ich wäre also sehr froh, wenn wir diesen Zustand überwinden könnten.

Ich bin auch ganz froh, wenn uns jetzt das Parteiengesetz zwingt, unsere Definition eines CDU-Mitgliedes auch in der Praxis durchzusetzen, daß z. B. die Stimme eines Parteitagsdelegierten auch wirklich eine Stimme ist. Das war in der Vergangenheit nicht

---

<sup>57</sup> Ende 1966 war Dufhues „von fast allen Landesvorsitzenden“ dringend gebeten worden, sich für das Amt des Bundesvorsitzenden zur Verfügung zu stellen. Die Zustimmung bröckelte aber, so daß er in der Sitzung des CDU-Präsidiums vom 3. März 1967 eine Kandidatur ausschloß (ACDP 07–001–1401). In der Zwischenzeit hatte Kiesinger seine Ambitionen immer deutlicher artikuliert (vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 17. Januar 1967). Kurzzeitig war auch Heck im Gespräch (vgl. „Zeit“ vom 3. Februar 1967).

immer so gewährleistet. Deswegen meine ich, man wird hier sehr sorgsam Argumente und Gegenargumente wägen müssen.

Wir sollten uns spätestens im April hier im Bundesvorstand, und zwar nicht unter Zeitdruck, sondern mit genügendem Zeitaufwand, mit dieser Angelegenheit befassen. In diese Unterhaltung muß hinein die ganze Formierung der Parteispitze. In der Diskussion draußen wird gesagt, das Wichtigste ist der Bundesvorsitzende, egal wer es ist, aber er hat die Verantwortung und das Ganze zu tun. Nach seiner Wahl wird nach Hause gegangen, und dann soll die Sache weiterhin funktionieren. Ich habe etwas Angst, daß eine solche Entwicklung Platz greifen könnte.

Deswegen möchte ich hier formell beantragen, einen Beschluß zu fassen, daß wir jetzt schon den Termin fixieren, der nicht allzu weit vom heutigen Tage entfernt liegt, an dem wir uns dann ganz offen über diese Dinge unterhalten, und zwar über den Gesamttablauf der Geschehnisse.

Herr Heck hat völlig recht, das soll und muß im Präsidium vorbereitet werden. Aber dieser Bundesvorstand hat nach der Satzung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, eine gewisse Empfehlung zu geben. Diese sollten wir dann auch bei der Gelegenheit geben. Ich bin ganz sicher, damit würden sich die Delegierten nicht als überfahren betrachten, sondern sie würden sicher für eine solche Vorbereitung dankbar sein.

*Kiesinger:* Wir haben uns offenbar vorher mißverstanden, Herr Kohl, jetzt habe ich Sie nicht ganz richtig verstanden. Man muß trennen die Unterhaltung über diese Frage und die Empfehlung, die der Bundesvorstand ausspricht. Bei der Empfehlung möchte ich noch einmal mit allem Ernst betonen, daß ich keine Möglichkeit sehe, diese Empfehlung in einem zu großen zeitlichen Abstand vor dem Bundesparteitag zu geben. Das würde eine unerträgliche Situation schaffen. Ich sage das mit allem Ernst.

*Kohl:* Aber Herr Bundeskanzler, wenn der Bundesvorstand etwa drei Wochen vor dem Parteitag zusammentritt, ist es gar keine Frage, daß in der Partei das Rennen gelaufen ist.

*Kiesinger:* Ich sage ja, drei Wochen sehe ich nicht als einen solch langen Zeitraum an.

*Erhard:* Kollege Barzel.

*Barzel:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Zu meiner eigenen Überraschung bin ich heute völlig einer Meinung mit Herrn Kohl. (*Kohl:* Ich werde es im Kalender anstreichen!) Ich glaube, das ist sehr gut. Mir scheint folgendes dringend zu sein. Nachdem Herr Mikat, wie ich glaube, mit Recht darauf hingewiesen hat, daß dieser Bundesvorstand in der Lage, die entstanden ist, eine stärkere Funktion haben soll, ergibt sich doch einfach folgender Fahrplan: Wir brauchen ohnehin Ende März eine Bundesvorstandssitzung, die ein wenig mehr Zeit hat als die heutige. Wir haben am 23. April Wahlen in Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz. Wir brauchen danach eine Bundesvorstandssitzung. Wir sollten uns locker vornehmen, in dieser Bundesvorstandssitzung nach der Wahl in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein diese Frage etwas zu verdichten.

Da wir uns im März noch einmal treffen, wird dort der Ort sein, wenn es gewünscht wird oder notwendig ist, dieser Verdichtung noch einen gewissen Vorschub zu leisten. Das ist ein Verfahren, das allen Wünschen entspricht: eine Sitzung Ende März und eine Sitzung nach dem 23. April. Dann bleiben wir auch mit dem politischen Problem genug in Fühlung miteinander, um eine personelle Entscheidung treffen zu können.

*Erhard:* Herr Kollege Stoltenberg.

*Stoltenberg:* Ich glaube, daß zu dem richtigen Zeitpunkt eine gewisse Vorklärung im Bundesvorstand notwendig ist, wenn die Debatte in eine gute Bahn laufen soll. Im Grunde erwarten das die Delegierten von uns. Was in den Landesverbänden geschieht, kann man nur als eine vorbereitende Diskussion ansehen.

Ich habe jetzt nur noch, nachdem diese Sache im Verfahren schon besprochen worden ist, den Wunsch, daß wir auch zu den weitergehenden Fragen, von denen die Rede war – d. h. Organisation, Zusammenfassung des Präsidiums, Fragen, die durch den Vorstoß der Jungen Union in den Vordergrund gerückt sind, wie Generalsekretär usw. – eine gewisse Vorklärung im Präsidium treffen, so daß wir hier die Argumente aufgrund einer Vorlage diskutieren können.

Man muß sich aber darüber im klaren sein, daß dieser Weg, wenn wir ihn beschreiten, natürlich eine einschneidende Veränderung im Führungsbild unserer Partei bedeutet. Man kann gute Gründe dafür anführen, aber ich würde es doch begrüßen, wenn wir in der genauen Beschreibung eines solchen Vorschlages eine Unterlage hätten, die dem Bundesvorstand eine Meinungsbildung als Empfehlung für den Parteitag ermöglicht.

Ich unterstreiche also die Notwendigkeit, von der hier schon gesprochen worden ist, nämlich die Diskussion über die entscheidende Frage, wer der künftige Vorsitzende sein soll, auszuweiten auf das Bild des Präsidiums in der satzungsmäßigen Umschreibung. Dazu kommt dann noch die Frage, ob wir einen neuen Generalsekretär schaffen sollen oder nicht.

*Erhard:* Herr Kollege Meyers.

*Meyers:* Vieles ist inzwischen erledigt. Ich meine, Herr Grundmann ist insofern mißverstanden worden, als er gesagt hat, wenn jetzt beispielsweise dieser Antrag der Jungen Union mit dem Generalsekretär in den Bundesparteitag kommt, dann ist die Frage so zementiert, daß überhaupt keine freie Wahl mehr gegeben ist, weil die anderen Delegierten dann in der Minderheit bleiben. Die Frage, Generalsekretär oder nicht, ist eine entscheidende Angelegenheit, die auch auf die Personen ausstrahlen wird. Deshalb bin ich der Ansicht, der Bundesvorstand muß seine Führungsrolle hier übernehmen und über das Präsidium eine Vorlage machen, die alles Für und Wider enthält.

Dann müssen wir uns hier darüber schlüssig werden. Wir dürfen es aber meines Erachtens nicht solange hinausschieben, bis wir schlüssig geworden sind. Der Rheinische Landesverband hat es schon beschlossen, und die Presse nennt heute schon Namen für den Generalsekretär.<sup>58</sup> Wir sollten also in einer nicht allzu fernen Sitzung hier eine Vor-

---

<sup>58</sup> Vgl. FAZ vom 13. Februar 1967 „Der Generalsekretär und die Folgen“. Genannt werden die Namen Dufhues, Kohl und Heck.

lage des Präsidiums erhalten und darüber in aller Gründlichkeit diskutieren; denn das ist eine der entscheidenden Fragen der Organisation für die Zukunft.

Wenn wir einmal zu dem hoffnungsvollen Tag kämen, daß wir keine Satzungsänderung mehr machten, dann wäre das nur auf dem Wege möglich, daß wir jetzt eine so gute Satzungsänderung berieten und beschlössen, daß sie einige Jahre lang hielte. Allein mir fehlt der Glaube!

*Erhard:* Kollege Schmücker.

*Schmücker:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich habe es noch nie erlebt, daß Verfahrensdebatten ohne Rücksicht auf das sachlich oder personal angestrebte Ergebnis geführt wurden. Ich habe es selten erlebt, daß das zugestanden und eingestanden wurde. Ich möchte darum zur Klarstellung meiner eigenen Position folgendes sagen: Ich halte nichts von einem Streit darüber, ob man den Vorsitz mit dem Amt des Bundeskanzlers vereinen kann. Das kann man so und so machen. Das ist keine Prinzipienfrage.

Ich gehe auch nicht so weit, daß ich sage, ich bin für den Generalsekretär. Daß damit aber eine Vorentscheidung für den Vorsitzenden gefällt wird, sehe ich nicht ein. Wir sind seit langem schon damals mit der Jungen Union der Meinung gewesen, daß wir die Partei mit einem Generalsekretär beglücken sollten.

Noch folgendes kurz zur Klarstellung, Herr Vorsitzender! Die Debatte können Sie sowieso nicht verhindern. Die findet statt. Herr Grundmann, so ganz dumm bin ich auch nicht; worüber wir uns aber ärgern in den kleinen Landesverbänden ist doch, daß große Landesverbände sich äußern und uns dann nichts anderes übrig bleibt, als dann Tritt zu fassen. Das ärgert unsere Leute. Darum müssen wir hier ein Gespräch führen. Dann können wir sagen, wir haben uns unterhalten, und dann werden wir uns in unserem Kreis dafür einsetzen. Wir wollen aber nicht aus der Zeitung lesen, wie das beim vorigen Mal geschehen ist. Wir sollten uns nicht gegenseitig über Interviews mitteilen, was wir voneinander halten. Wir sollten also hier die Debatte führen, wenn auch nicht heute, so doch beim nächsten Mal, und zwar in einem geraumen Zeitabstand vor der Entscheidung, also drei oder vier Wochen vor dem Parteitag.

*Erhard:* Herr Kollege Gurk.

*Gurk:* Ich stimme der Auffassung zu, daß die Diskussion nicht zu spät vor dem Bundesparteitag hier in diesem Gremium geführt werden muß. Ich bitte aber auch, den Bundesparteiausschuß nicht zu übersehen, der unserer Entscheidung im Bundesvorstand einen breiteren Rückhalt gibt. Der Parteiausschuß muß also auch rechtzeitig einberufen werden.

In unserem Landesverband haben wir über die Frage schon diskutiert. Wir haben aber absichtlich vermieden, der Versuchung nach einem Presseinterview oder einer Verlautbarung zu unterliegen. Das halten wir nicht für gut, daß Namen pro und contra öffentlich zerredet werden. Wenn also möglich, sollten wir das nicht tun. Mein Hauptanliegen ist aber, vergessen Sie nicht, auch den Bundesparteiausschuß in dieser Frage zu hören.

*Erhard:* Kollege Heck!

*Heck:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich glaube, daß schon richtig ist, so zu verfahren, wie Herr Stoltenberg vorgeschlagen und auch Herr Kohl zugestimmt hat, daß das Präsidium zunächst einmal alle Überlegungen bei sich sammelt und dann eine Meinung bildet, diese Meinung des Präsidiums dann dem Bundesvorstand vorträgt als Grundlage einer gründlichen Aussprache.

Im Augenblick scheint es so zu sein, daß die Meinungsbildung innerhalb der Partei im Gange ist. Ich halte es nicht für sehr glücklich, wenn wir beispielsweise für heute schon vorbereitet hätten, hier einen Beschluß zu fassen. Dann könnte es nämlich passieren, daß wir bis zum Parteitag von der Partei draußen unterlaufen würden. Das wäre keine gute Sache.

Herr Kollege Gurk, es ist selbstverständlich, daß hier so verfahren wird, wie es in der Satzung vorgeschrieben ist und wie es noch nie anders geschehen ist. Das letzte Mal gab es eine Kommission, in der die Dinge vorberaten wurden. Der Kommissionsvorschlag ist dann im Bundesvorstand diskutiert worden. Der Bundesvorstand hat sich eine Meinung gebildet und eine Empfehlung an den Parteiausschuß gegeben, der seinerseits eine Empfehlung an das Plenum gegeben hat.

Was die Termine anbelangt, Kollege Barzel, die Woche Ende März ist die Woche nach Ostern. Die eignet sich erfahrungsgemäß nicht für Bundesvorstandssitzungen. Wir hatten eigentlich vorgesehen, weil wir am 23. April zwei Landtagswahlen haben und wir nach diesen beiden Wahlen im Bundesvorstand zusammenkommen müssen, daß die nächste Vorstandssitzung am 24. April sein soll. Das ist also knapp einen Monat vor dem Parteitag. Ich glaube, daß das ein geeigneter Termin ist. Zu diesem Zeitpunkt wird das Präsidium eine ausgewogene und sorgfältig geprüfte Vorlage an den Bundesvorstand machen. Ich meine, der Bundesvorstand sollte das Präsidium damit beauftragen. Damit könnte man eigentlich diesen Punkt abschließen.

*Erhard:* Das würde ich auch vorschlagen. Sie sind damit einverstanden, meine Damen und Herren? – Dann kommen wir zu Punkt 3 der Tagesordnung:

#### FINANZFRAGEN

*Heck:* Bei den Finanzfragen könnte man vieles und vielerlei ansprechen. Hier geht es nur um eines, meine Freunde. Immer wieder, auch auf Landesparteitagen, ist zu hören, daß die Bundespartei in ihrer Führungsspitze möglichst kräftig organisiert werden soll, aber, meine Freunde, mit der Bestellung eines Generalsekretärs und der Wahl eines neuen Vorsitzenden alleine hat man noch keine starke Bundespartei. Das hängt auch etwas davon ab und damit zusammen, wie die Landesverbände das, was man zur Zeit mit einem Modewort – nämlich kooperativer Föderalismus innerhalb der Partei – bezeichnet, praktizieren. Hier ist ein Problem anzusprechen. Die finanzielle Lage der Bundespartei ist katastrophal. Das ist nicht übertrieben. Das Präsidium hat sich deswegen mit dem Gedanken befaßt, auf dem Parteitag Beschluß fassen zu lassen, daß die Mitglieder der Partei einen Beitrag an die Bundespartei abführen sollen. Wir dachten an monatlich 0,50 DM oder 6,00 DM im Jahr. Nun hat es aber gar keinen Sinn, Beschlüsse zu fassen,



die nicht durchgeführt werden. Durchgeführt werden können solche Beschlüsse nur, wenn die Landesvorsitzenden, die hier im Bundesvorstand sitzen, auch bereit sind, uns für ihren Landesverband eine entsprechende Zusage zu machen. Wir dachten daran, weil ja im Augenblick die Finanzsituation auch bei den Landesverbänden nicht gerade rosig ist, eine solche Regelung vielleicht stufenweise einzuführen, daß also für das Jahr 1967 pro Mitglied und Monat 0,20 DM an die Bundespartei abgeführt werden, bis wir dann – auf zwei oder drei Jahre gestaffelt – bei 0,50 DM enden. (*Kohl*: Herr Heck, zahlen dann alle Landesverbände wenigstens die 0,10 DM?) Nein! (*Heiterkeit*.)

Jetzt geht es in der Sache wirklich darum: Ich würde dringend widerraten, einen solchen Beschluß auf dem Parteitag fassen zu lassen, wenn uns die Landesvorsitzenden hier erklären würden, das ist alles schön, aber wir sind nicht in der Lage, es bei uns durchzusetzen.

Soviel wollte ich für das Präsidium hier sagen. Der Herr Bundesschatzmeister wird das, was hier anzustreben ist, mit noch mehr Nachdruck sagen; denn letzten Endes enden natürlich alle unsere Sorgen immer wieder bei ihm.

*Erhard*: Herr Kollege Burgbacher.

*Burgbacher*: Herr Vorsitzender! Herr Bundeskanzler! Liebe Freunde! Ich bedauere, feststellen zu müssen als Bundesschatzmeister, daß ich mit dem Vorschlage des geschäftsführenden Präsidialmitgliedes nicht einverstanden sein kann. Das Präsidium hat meines Wissens über den Stufenplan keinen Beschluß gefaßt. Ich sag das nicht aus Spaß und Tollerei und weil ich die Schwierigkeiten nicht kenne, sondern aus Gründen der Notwendigkeit. Erlauben Sie mir nun einige Worte, und entschuldigen Sie, wenn ich einige Minuten um Ihre Aufmerksamkeit bitte.

Sie wissen, daß durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1958<sup>59</sup> die Abzugsfähigkeit der Spenden aufgehoben wurde, und daß in diesem Urteil das Bundesverfassungsgericht mit erhobenem Zeigefinger gesagt hat: Ihr Parteien könnt euch aber nach Art. 21 aus öffentlichen Mitteln finanzieren. Daraufhin haben wir im Bundestag und in einigen Landtagen die notwendigen Beschlüsse gefaßt, um das durchzuführen. Das hat in der Tat die materielle Unabhängigkeit der Partei von Dritten zur Folge gehabt und weiter, daß der hauptamtliche Mitarbeiterstab der Partei auf allen Ebenen erheblich verbessert wurde. Das hatte auch zur Folge, daß in der Besoldung und in den Sozialrechten, wie etwa die Altersversorgung für unsere hauptamtlichen Mitarbeiter, die Grundsätze zum Tragen kamen, die wir in der Politik von allen Bürgern verlangen.

Nun kam das Urteil vom Juli 1966.<sup>60</sup> In diesem Urteil hat das Hohe Gericht erklärt, daß man das Urteil von 1958 so hätte verstehen können – und daß es auch offenbar so verstanden worden wäre –, daß eine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln zulässig sei. Aber das sei ein Irrtum, und es sei nicht zulässig, es sei verboten, öffentliche Mittel – und jetzt kommt ein sehr wichtiger Punkt – für laufende Aufwendungen der Partei in

59 BVerfG-Urteil vom 24. Juni 1958 (2 BvF 1/57, S. 51–71).

60 BVerfG-Urteil vom 19. Juli 1966 (2 BvF 1/65, S. 56–119). Das BVerfG erklärte die sich allmählich entwickelnde direkte staatliche Parteienfinanzierung für verfassungswidrig, da sie die Unabhängigkeit der politischen Willensbildung vom Staat verletze.

Anspruch zu nehmen. Dagegen – nun kommt ein Urteilsteil, der offenbar angeklebt ist – sei die Finanzierung von Wahlkämpfen in angemessener Höhe aus öffentlichen Mitteln zulässig.

Nun haben wir im Wahlkampf 1965 mit rund 200.000 DM den Etat überschritten. Die Wirtschaft hat von den zugesagten Spenden 5 Mio. DM nicht bezahlt. Deshalb sind wir mit 5 Mio. DM Bankschulden aus diesem Wahlkampf hervorgegangen. Die Wirtschaft hat aus diesen 5 Mio. DM bis heute knapp 400.000 DM abbezahlt. Dadurch ist eine katastrophale Lage entstanden, daß über Nacht das Fallbeil herunterfiel und keine öffentlichen Mittel mehr flossen. Dann haben wir uns durch Initiative der Schatzmeister aller Parteien dieses Hohen Hauses zusammengesetzt. Ich habe immer auf dem Standpunkt gestanden, daß Parteifinanzfragen am besten im Einvernehmen mit allen Parteien des Hauses geregelt werden können.

Das ist ein Thema, bei dem auch bei sachlicher Berechtigung politische Lorbeeren für eine Partei unter keinen Umständen zu gewinnen sind. Das Ergebnis ist das Parteiengesetz, das in erster Lesung durchgelaufen ist und von dem Vorsitzenden des Innenausschusses für alle Fraktionen begründet wurde.<sup>61</sup> Es sieht vor, 2,50 DM pro Wahlberechtigten zu vergüten. Das würde in der Zukunft ungefähr 30 bis 35 Mio. DM ausmachen. (*Gurk*: Von denen aber die Landesverbände keinen Pfennig sehen!) – Doch, Moment! Sie sehen mich schlechter an, als ich in Wirklichkeit bin. (*Lebhafte Heiterkeit.*) Ich habe aus Gründen der Überlastung und zur Vermeidung von Gewissenskonflikten unseren Freund Horten<sup>62</sup> gebeten, diese Sache zu übernehmen; der Rheinische Parteitag hat ihn mit großer Mehrheit gewählt. (*Lebhafte Unruhe.*) Die Gelder werden wie folgt ausbezahlt: 10% im 2. Jahr nach der Wahl, 15% im dritten Jahr, 35% im Wahljahr und 40% im Jahr nach der Wahl.

Nun steht aber die Frage unseres Freundes Gurk hier. Diese Vergütung der Wahlkampfkosten durch das Parteiengesetz ist ihrer Höhe nach mitbestimmt worden durch die Darlegung der Schatzmeister am Bundesverfassungsgericht über die Gesamtaufwendungen der Parteien für den Wahlkampf. Daraus ergibt sich eine berechtigte Teilnahme der Landesverbände an diesen Mitteln. Das ist der Grundsatz. Über die Höhe und die Methode müssen wir uns mit den Landesvorsitzenden verständigen.

Wir haben dann gleichzeitig mit der Konferenz der Landtagspräsidenten, die eine Kommission aus vier Landtagspräsidenten gewählt hat – in der auch unser Freund Gurk vertreten ist –, Verhandlungen über die Vergütung der Landtagswahlkämpfe geführt. Dort wurden im Einvernehmen – mit Ausnahme des Landes Hessen – 1,50 DM pro Wahlberechtigter vorgesehen, und zwar mit dem gleichen prinzipiellen Auszahlungsmodus wie bei der Bundestagswahl: 10, 15, 35 und 40%. (*Kohl*: Die Gesetzesvorlagen in den Ländern sehen aber anders aus, z. B. in Bayern!) – Nein, die von Bayern sieht

61 „Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz)“ vom 24. Juli 1967, BGBl 1967 I S. 773.

62 Alphons Horten (1907–2003), Fabrikant; 1965–1972 MdB (CDU), stv. Vorsitzender des Wirtschaftsrats der CDU. Memoiren: Rückblick auf ein Jahrhundert. Erinnerungen eines Zeitzeugen. Freiburg/Breisgau 1997.

1,50 DM vor. Ich muß mich verlassen auf die Erklärung der Kommission der Landtagspräsidenten.

Die Wahl in Nordrhein-Westfalen war am 10. Juli. Das Urteil stammt vom 19. Juli. Das Jahr nach der Wahl läuft aber noch. Deshalb können, wenn das Gesetz verabschiedet ist, die 40% in Nordrhein-Westfalen ausgezahlt werden.

Die Bayern sind klug wie immer. Sie haben nach dem 19. Juli gewählt und können ihre Kosten voll vergütet bekommen mit Ausnahme der 40%, die im nächsten Jahr gezahlt werden. Dann geht der Rhythmus für die nächste Wahl weiter.

Nun der kritische Punkt! Es ist völlig *contra legem*, aus diesen Geldern laufende Aufwendungen der Parteien zu finanzieren. Geschähe das, wäre damit die Grundlage für ein neues Verfassungsgerichtsurteil gelegt; wir können nicht erklären, die laufenden Aufwendungen sind nicht aus Wahlkampfgeldern bezahlt, wenn wir sonst keine Einnahmen haben. Das ist also eine zwingende Lage. Wir haben den Bundeshaushalt der Partei noch stärker gekürzt, als unser Freund Strauß den Haushalt der Bundesregierung gekürzt hat. Ich glaube, daß wir ihn um 40 oder 50% zurückgenommen haben, aber es bleiben zwischen 4 und 6 Mio. DM im Jahr. Darunter sind 1 Mio. DM Altersversorgungsbeiträge für alle hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei auf Bundes-, Landes- und Kreisebene.

Wie ist es mit der Wirtschaft? Die Wirtschaft hat uns am 19. September bei Ihnen, Herr Bundeskanzler Erhard, für die Übergangslösung 1 Mio. DM zugesagt.<sup>63</sup> Auf diese 1 Mio. DM, die spätestens am 31. Dezember fällig waren, sind bis heute 190.000 DM bezahlt worden. Ich bin der Meinung, wir sollten die Wirtschaft um weitere Spenden angehen. Es wäre aber für die Partei ein unerträglicher und politisch unerwünschter Zustand, wenn sie für ihre laufenden Aufwendungen ausschließlich von Spenden der Wirtschaft abhängig wäre. Sie können nach meiner Meinung nur additiv sein; das ist auch sehr nützlich.

Deshalb habe ich im Präsidium gebeten, daß die Landesverbände pro Mitglied und Jahr 6,00 DM – monatlich 0,50 DM – abführen. Damit wären knapp 2 Mio. DM des laufenden Haushalts gedeckt, mehr nicht; denn wir haben 300.000 Mitglieder, die gut 3 Mio. DM im Jahr zahlen.

Die SPD hat 720.000 Mitglieder, die im Jahre 1966 16,5 Mio. DM gezahlt haben. Unsere Mitglieder zahlen statistisch im Schnitt 10,00 DM im Jahr, die Mitglieder der SPD dagegen 22,00 DM. Blieben wir bei der Zahl unserer Mitglieder, hätten aber den Durchschnittsbeitrag, den die SPD hat, dann hätten wir statt der 3 Mio. DM dann 7 Mio. DM. Würden wir die Mitgliederzahl erhöhen, dann wäre das noch günstiger.

Ich bitte um Entschuldigung. Viele von Ihnen werden es als schrecklichen Optimismus ansehen, aber ich bin der Meinung, daß wir in wenigen Jahren auf einen Mitgliederbestand von etwa 500.000 und auf eine Jahreseinnahme von 10 Mio. DM kommen müssen; denn die Psychologie beim Bundesverfassungsgericht und in der öffentlichen

---

63 Am 16. September 1966 fand ein Abendessen mit Vertretern der Wirtschaft bei Bundeskanzler Erhard statt, vgl. ACDP 01-554-001/1.

Meinung ist natürlich ganz miserabel, wenn die eigenen Mitglieder nicht das Zumutbare an Beitragsleistung aufbringen.

Nun weiß ich natürlich, daß es sehr schwer ist, heute einen Beschluß zu fassen. Ich will es auch nicht. Ich möchte aber höflichst darauf aufmerksam machen, daß nicht nur der Herr Bundesparteivorsitzende und seine Stellvertreter oder der Bundesschatzmeister die Verantwortung für die Finanzierung der Partei haben, sondern Sie alle, meine Damen und Herren, als Bundesvorstand, bei einem nicht eingetragenen Verein. (*Etzel: Mit klingender Münze!*) Ich bin der Meinung, daß wir folgendes machen sollten: Wir sollten die Herren Landesvorsitzenden mit ihren Landesschatzmeistern zu einer besonderen Sitzung einladen, in der wir über folgende Themen sprechen: 1. 6,00 DM im Jahr oder 0,50 DM pro Monat, 2. über die Aufteilung der Bundestagswahlkampfkosten auf Bund und Länder.

Das würde ich dann noch vor dem Bundesparteitag für notwendig halten, damit wir auf dem Bundesparteitag mit einem einvernehmlichen Vorschlag des Präsidiums und der Landesvorsitzenden auftreten können. Ich würde dabei auch anbieten, daß derjenige, der zahlt, auch mitwirken soll bei der Aufstellung des Etats, d. h., daß wir den Landesvorsitzenden die Möglichkeit geben, bei der Aufstellung des Etats mitzuberaten. Dann ist das eine Tagesordnung, die in einem Punkt zugunsten der Bundespartei, in einem anderen Punkt zugunsten der Landesparteien geht. Es ist sicher kein Geheimnis, wenn ich sage, daß zwar kein formeller, aber ein innerer Zusammenhang zwischen diesen beiden Punkten besteht. (*Etzel: Wie zahlen Sie die Schulden?*) Da unser Freund Etzel den Zwischenruf gemacht hat, fühle ich mich zunächst veranlaßt, hier unserem Freund Etzel für seine entscheidende Hilfe in den kritischen Wochen den Dank der CDU zu sagen. (*Beifall.*) Die Bankschulden betragen knapp 3 Mio. DM, die Gesamtschulden 5 Mio. DM.

Wir streben noch folgendes an. Zunächst müssen wir zwischen echter Deckung und liquider Abdeckung unterscheiden. Die liquide Abdeckung kann natürlich erfolgen, wenn die Mittel fließen, aber nicht die buchmäßige, die Schuld bleibt bestehen. Wir hoffen, daß wir für die Bundestagswahl 1965 im Bundesparteiengesetz – was bis jetzt noch nicht im Entwurf steht – noch eine bescheidene Übergangsregelung im Sinne des Vertrauensschutzes durch das neue Urteil erreichen.<sup>64</sup> (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

*Erhard:* Herr Kollege Strauß.

*Strauß:* Ich möchte diesen speziellen Punkt anschneiden, ohne mich in das Finanzgefüge und die Aufgliederung des Beitrages einmischen zu wollen. Es betrifft einen Punkt, der auch schon im Fraktionsvorstand der CDU/CSU behandelt worden ist. So viel ich weiß, findet heute oder morgen, Herr Gerstenmaier, eine Sitzung des Bundestagsvorstands statt, in der nochmals und wahrscheinlich letztmalig über den Haushalt des Bundestags beraten werden soll, dessen Höhe noch nicht im gesamten Haushalts-

<sup>64</sup> Vgl. Heino KAACK: Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems. Opladen 1971 S. 382–389. – Zum Gesetzentwurf vgl. Anm. 69.

plan eingefügt ist. Ich kann es mit ganz wenigen Worten sagen. Es wird bei der CDU nicht anders sein als bei uns, daß nämlich jeder Abgeordnete in seinem Wahlkreis ein sogenanntes Wahlkreissekretariat hat. Wir haben 42 Stimmkreise und dementsprechend auch Wahlkreissekretariate.

Diese Wahlkreissekretariate kosten uns im Durchschnitt im Monat zwischen 1.500 und 2.000 DM. Mehr als die Hälfte der Arbeit, die von den Wahlkreisgeschäftsführern geleistet wird, ist Arbeit für den Abgeordneten. Sie hat mit der Arbeit der Partei, der Organisation, Mitgliederwerbung, Sammlungsvorbereitung, Wahlkampfpropaganda usw. unmittelbar nichts zu tun. Der größte Teil dieser Arbeit liegt in der Beantwortung der Abgeordnetenpost und Interventionen, Petitionen usw. Solche werden ja in zahlreicher Fülle an den Abgeordneten herangetragen. Das ist nicht damit getan, daß er den Eingang dankend bestätigt und dann das Schreiben in den Papierkorb wirft, weil man keine Möglichkeit mehr hat, ein vernünftiges Petition weiter zu verfolgen.

Ich trete immer dafür ein, daß trotz des Gebotes der Sparsamkeit und der Knappheit der Mittel über die Fraktionen die Arbeit der Abgeordneten und damit auch die Entlastung der Parteifinzen usw. erleichtert wird. Das würde bei uns z. B. – bei Ihnen gilt es ja pro rata genauso – so aussehen, daß man 1.000 DM je Abgeordneten, ohne daß man unterscheidet zwischen Stimmkreis, Abgeordnetensitze usw., über die Fraktionen für die Tätigkeit der Wahlkreissekretariate zur Verfügung stellt. Das wäre schon eine wesentliche Entlastung für die Finanzierung dieses Apparates, der, jedenfalls bei uns, ohne diesen Zuschuß auf die Dauer nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Wir haben immer wieder die Erfahrung gemacht, der Abgeordnete kann noch so tüchtig sein, er kann sich persönlich noch soviel anstrengen, die Organisation seines Apparates zu Hause ist für die Präsenz der Partei im Wahlkreis von entscheidender Bedeutung.

Hier würde es auch dem Sinn und Tenor des Karlsruher Urteils entsprechen, wenn diese Tätigkeit, die ja Parlamentstätigkeit ist, zur Wahrnehmung der parlamentarischen Funktionen gegenüber den Wählern, nicht mehr von den schon jetzt in geraumster Weise beschnittenen Parteimitteln und in Zukunft völlig unzulänglich finanziert werden würde, sondern wenn dies über den Haushalt des Bundestags geschehen könnte.

*Erhard:* Herr Stecker<sup>65</sup>.

*Stecker:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Der letzte Vorschlag ist schon einmal in einer Sitzung der Landesvorsitzenden erörtert worden. Es wurden dabei zwei Bedenken geäußert, ein Bedenken von den Abgeordneten – das habe ich vorgebracht –, daß es in der Öffentlichkeit heißt, wir bekommen wieder 1.000 DM mehr, ohne daß das überhaupt in unseren Verfügungsbereich hineinkommt. Das zweite ist, von der Partei aus gesehen, daß, wenn das Geld unmittelbar an die Person des Abgeordneten gebunden ist, der Parteisekretär nicht mehr der Partei, sondern der Wiederaufstellung des jeweiligen Abgeordneten für die nächste Wahl zu dienen hätte. Hier könnte sich ein Dilemma ergeben. Ich bin der Meinung, weil ich weiß, wie sehr wir in finan-

---

65 Dr. Josef Stecker (geb. 1916), Rechtsanwalt; 1952–1961 Oberkreisdirektor des Kreises Meppen, 1957–1969 MdB (CDU), Mai bis Juni 1963 MdL Niedersachsen, 1969–1983 Präsident des Niedersächsischen Sparkassen- und Giroverbandes.

ziellen Nöten sind, daß sich hier vielleicht eine Konstruktion finden läßt, die diesen beiden Übelständen begegnet. Ich würde nicht sagen, daß man das ohne weiteres ablehnt; denn wenn man mit der Parteifinanzierung zu tun hat, weiß man, wie schwer es ist, heute noch eine praktische Arbeit in den Kreisverbänden zu leisten.

Damit komme ich auf das, was der Kollege Burgbacher gesagt hat. Ich möchte ganz klar sagen, daß ich es für eine Illusion halte, daß bei der derzeitigen Konstruktion der Union Geld von den einzelnen Mitgliedern bis an die Bundespartei herankommt. Wir sind in einer Phase, in der wir uns darum bemühen, in den Kreisverbänden das Gefühl wachzurufen, daß sie sich selbst helfen müssen, aus ihren eigenen Mitteln ihre örtliche Parteiarbeit leisten, und zwar ohne Zuschüsse von oben. Daß sie etwas abliefern, ist im derzeitigen Stadium überhaupt nicht realisierbar.

Ich sage Ihnen auch, Herr Kollege Burgbacher, ich halte es bei der jetzigen Konstruktion nicht für richtig; denn wir haben Kreisverbände mit 40 Mitgliedern und solche mit 2.000 Mitgliedern. Es wäre auf die Dauer unmöglich, ohne daß das entsprechende politische Gewicht dahintersteht. Ein Kreisverband ist sehr aktiv in der Mitgliederwerbung, der also mehr geleistet hat als ein anderer, und der würde dann dafür bestraft. In meinem Landesverband Hannover ist es schon sehr schwierig, die 0,10 DM aufzubringen. Ich halte es also für ausgeschlossen, daß das Geld an die Bundespartei herankommt.

Wenn wir uns ansehen, wie der Wirtschaftsverband das macht, so könnten wir hier einige Möglichkeiten finden. Ich halte es nicht für so gefährlich, wenn die Bundespartei Spenden bekommt, als wenn in den einzelnen Kreisverbänden, etwa bei der Aufstellung der Kandidaten, massive Einflüsse der Wirtschaft zur Geltung kommen. (*Anhaltende Unruhe.*)

*Erhard:* Herr Kohl.

*Kohl:* Ein paar Worte zu den Vorschlägen, die Herr Strauß vorgetragen hat! Herr Strauß, ich bin damit einverstanden, wenn sichergestellt ist, daß das, was innerparteiliche Demokratie ausmacht, damit nicht gefährdet wird. Es ist in der Praxis so, daß normalerweise ein Kreispartei sekretariat beileibe nicht die Aufgabe hat, ausschließlich und zunächst nur für den Bundestagsabgeordneten zu arbeiten. Es hat in der Regel – so finanzieren wir zu einem großen Teil unsere Sekretariate – auch die Aufgabe, für die kommunalen Belange der Kreistagsfraktion einzutreten oder für die Landtagsabgeordneten. Sie haben enorme Einflüsse über die – auch nach Karlsruhe – möglichen Aufwendungen, die die Kreistage oder die Stadträte beschließen. Das ist in der Praxis ein ganz wichtiger Faktor. (*Starke Unruhe. – Lücke:* Das ist doch nur ein Zuschuß, diese 1.000 DM, die Strauß meint. Mit 1.000 DM kann man keine Geschäftsstelle betreiben!) Wenn das also ein Zuschuß für den Geschäftsführer ist, dann bin ich damit einverstanden. (*Lücke:* So ist es gedacht! – *Lebhafte Unruhe.*)

Nun das andere. Seit Jahr und Tag reden wir über Parteireform, aber was wir jetzt hier besprechen, ist doch die Bankrotterklärung unserer ganzen Diskussion zur Parteireform.

Ich unterstütze voll und ganz Herrn Burgbacher, daß eine Partei in sich schon abgedankt hat, die nicht mehr in der Lage ist, sich zu einem Teil selber zu finanzieren, die also ausschließlich auf Spenden und öffentliche Kassen angewiesen ist. Ich muß schon sagen, wenn ich etwa die Beiträge, die heute bei Altherrenverbänden der Korporationen, beim Rotary-Club usw. spielend gezahlt werden, übrigens auch von Leuten, die bei uns in Rang und Position sind, und wenn ich dann erlebe, wie die gleichen Leute anfangen zu feilschen, wenn es um den Parteibeitrag geht, dann habe ich dafür überhaupt kein Verständnis.

Ich bin der Auffassung, es ist keine Schande, in der CDU nicht Mitglied zu sein, es ist aber eine ausgesprochene Schande, Mitglied zu sein und nichts zu zahlen, nicht einmal einen Beitrag zu zahlen, den ich beinahe in einzelnen Fällen als unsittlich bezeichnen möchte. Wenn jemand eine Dissertation schriebe über das innere Gefüge der CDU und würde den Bundesschatzmeister zitieren mit einem Durchschnittsbeitrag von 10,00 DM im Jahr, dann könnte er klar nachweisen, daß die CDU keine demokratische Partei ist; denn eine demokratische Partei hat in ihrer Satzung bestimmte Erfordernisse. Sie muß zu Generalversammlungen usw. einladen. Aufgrund der heutigen Postgebühren – das weiß jeder von Ihnen – können Sie mit diesen Einnahmen von 10,00 DM im Jahr – da geht noch etwas ab für den Mann, der den Beitrag einsammelt – nicht einmal die einfachste demokratische Grundordnung finanzieren durch Posteinladungen usw., weil die Portokosten höher sind als das, was die Partei einnimmt. Ich halte das für einen ganz unerträglichen Zustand.

Sie haben völlig recht, Herr Burgbacher, und ich trete Ihnen da hundertprozentig bei, daß das Ziel sein muß eine Größenordnung, wie Sie sie nannten, nur muß dann die stillschweigende Mitgliederaufnahmesperre, die in weiten Bereichen der Gebiete der CDU Deutschlands herrscht, insbesondere vor Kandidatenaufstellungen, verschwinden. Dann muß endlich das Prinzip verschwinden, das sich hier und da in einem für mich erstaunlichen Honoratiorendenken zeigt, und zwar bei jung und alt. Das ist kein Zustand, der sich an das Alter etwa bindet, sondern er ist bei jung und alt gleichermaßen vorhanden.

Ich stelle also mit großer Bestürzung fest, daß manch einer, der sich in der Literatur sehr über eine Parteireform ausgelassen hat, dann in der Praxis des Lebens, wenn man ihn selber stellt, ganz anders reagiert. Ich meine also, wir sollten den Vorschlag von Herrn Heck zunächst einmal akzeptieren. Es nützt Ihnen gar nichts, wenn Sie jetzt 5,00 DM beschließen. Es nützt Ihnen aber etwas, wenn Sie heute ein Nahziel haben. Ich will Ihnen hier sagen, daß ich bereit bin, am nächsten Freitag bereits meinem Landesvorstand vorzuschlagen, daß wir der Bundespartei für das Jahr 1967 90.000 DM für den Landesverband anbieten. Das sind 2,50 DM je Mitglied. Das ist etwa das, was Herr Heck hier genannt hat. Ich kann Ihnen sagen, das fällt mir vor einer Landtagswahl – wir haben uns gestern über die Finanzlage eingehend unterhalten – recht schwer. Ich halte es aber einfach für unmoralisch, als Landesvorsitzender und Repräsentant der Partei so zu tun, als ginge mich die Bundespartei in diesem Zusammenhang überhaupt nichts an,

etwa darüber zu reden, wer im Bundesvorstand sitzt, wer Bundesvorsitzender wird und alles mögliche, dann aber die Verantwortung zurückschlägt und nicht mitmacht.

Ich meine, das wäre ein Anfang. Ich höre nun, daß andere dazu nicht in der Lage sind. Ich muß Ihnen allerdings sagen, es ist sehr schwer, so etwas in einem Landesverband zu vertreten, wenn man weiß, daß in der CDU Deutschland es Kreisverbände gibt, die im Monat 0,20 DM Beitrag im Durchschnitt für ihre Mitglieder erheben. Ich bestreite entschieden, daß das überhaupt der Einnahmesituation unserer Bevölkerung noch entspricht, daß das überhaupt eine Größenordnung ist, über die man vernünftigerweise miteinander diskutieren kann.

Nun die entscheidende Frage! Hier sollten wir von den Sozialdemokraten lernen. Der sozialdemokratische Parteitagssdelegiertenschlüssel beruht auf der Abrechnung der Landesverbände und Parteiorganisation. Es ist ein unmöglicher Zustand, daß dort, wo die Rechte verteilt werden, diejenigen genauso dastehen, die etwas leisten und bereit sind, etwas zu tun, als jene, die sich überhaupt nicht um unsere Dinge kümmern. Der Herr Stecker hat das Beispiel gebracht von den Kreisverbänden, daß nämlich der eine 50 Mitglieder und der andere 2.000 hat. Ich kann diesen Vergleich von mir aus nicht akzeptieren. Ich meine, man sollte den Versuch machen, jetzt einen Kompromiß herbeizuführen in einer Größenordnung, wie sie Herr Heck nannte, um dieses Geld aufzubringen.

Zweitens – das scheint mir eine Voraussetzung des ersten zu sein – sollten wir darüber Beschluß fassen, daß Mitglied nur derjenige ist, der einen Beitrag in einer angemessenen und zumutbaren Höhe zahlt. Das hat Auswirkungen auf unseren Parteitag. Die Parteileichen müssen dann halt in Gottes Namen hier und da verschwinden.

Es ist doch skandalös – ich verwende diesen Ausdruck bewußt –, daß wir erst über ein Parteiengesetz in diesem Punkt zur innerparteilichen Demokratie kommen, daß also nur durch ein Parteiengesetz eine Chance besteht, um hier zu geordneten Verhältnissen zu kommen.

Ich finde, es ist nahezu überall möglich. Das Land Rheinland-Pfalz hat Gebiete, die sehr schwierig für die CDU zu bearbeiten sind. Es hat Gebiete, die weniger schwierig zu bearbeiten sind. Ich habe also schon persönliche Vorstellungen und Erfahrungen. Es ist jetzt nahezu überall so, das Gelder gegeben werden aus den Landtagen. Es ist nicht ganz so, Herr Burgbacher, ich muß es noch einmal sagen, die Zahlen sind zwar, wenn es ums Geld geht, sehr verschieden. Unsere Berliner Freunde haben eine ganz schlaue Lösung gefunden; die geben sich für das Wahljahr Geld, womit nicht ausgeschlossen ist, daß für das kommunale Wahljahr wiederum Gelder gegeben werden. Wenn Sie das zusammenaddieren und durch 4 teilen ... (*Lebhafte Unruhe. – Singl: Das gibt es doch nicht!*)

Aber es gibt ein anderes Bundesland, ich will den Namen nicht nennen, da wird das gleiche auch im kommunalen Wahljahr gemacht. In diesem Bereich kommen sie schon auf einen ganz erklecklichen Betrag. Ich würde also bitten, sich hier einmal darüber auszusprechen, ob wir nicht die Mitgliedschaft und das Recht aus der Mitgliedschaft auch an die Beitragsleistung binden. Es ist einfach sinnlos, sich hier über Geldfragen zu



unterhalten, und dann existieren Landesverbände, die Delegierte abstellen, aber im finanziellen Bereich nicht ihren Beitrag leisten.

Hier Ordnung zu schaffen, scheint mir eine unabdingbare Voraussetzung zu sein. Ich bin sicher, es können mit einigem guten Willen und einiger Anstrengung alle unsere Landesverbände die 0,20 DM leisten, die Herr Heck vorgeschlagen hat. Diese Behauptung stelle ich auf, und ich habe versucht, den Beweis dafür gleich anzutreten. (*Beifall.*)

*Erhard:* Herr Klepsch.

*Klepsch:* Ich möchte dem generellen Teil, von dem Herr Kohl gesprochen hat, nichts hinzufügen, aber doch zu dem Vorschlag unseres Freundes Strauß etwas sagen. Ich fühle mich dazu verpflichtet, zumal ich der Vertreter einer Reihe von Antragsstellern bin, die dem Bundesvorstand einen konkreten Antrag unterbreitet haben. Es geht allerdings in einer etwas anderen Richtung, als Sie es hier vorsehen.

Bei allen jüngeren Kollegen, sowohl bei der SPD wie auch bei der CDU-Fraktion, sind wir der Meinung, daß die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen der Abgeordneten außerordentlich schlecht sind, gerade in Richtung darauf, daß ihnen praktisch überhaupt keine Hilfskräfte zur Verfügung stehen. Wir glauben nicht, daß dieser Zustand dadurch gebessert wird, daß an die Partei über die Fraktion Zuwendungen für den Wahlkreis erfolgen. Wir werden auch für eine solche Lösung nicht eintreten, auch nicht im Plenum des Bundestags, das kann ich ausdrücklich sagen; sondern wenn es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Bundestagsabgeordneten geht, dann soll es sich auch wirklich um eine Verbesserung handeln. Unsere Mindestvorstellung ist, daß jeder Abgeordnete eine Schreibkraft erhält.

Die ganzen Manipulationen, die hier für eine Übergangszeit oder wie auch immer vorgesehen sind, scheinen uns nicht das Gegebene zu sein. Ich darf das mit dieser Schärfe sagen, weil es keinen Zweck hat, daß es jetzt verschwiegen, aber nachher doch offenbar wird.

Zu dem, was hier im allgemeinen erzählt wird über die Einstellung im Wahlkreis, das Wiederaufstellungsverfahren usw., möchte ich mich jeder Äußerung enthalten; denn unser Antrag zielt in diese Richtung überhaupt nicht, sondern zielt auf die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. (*Lebhafte Unruhe.*) Ich möchte ganz ausdrücklich sagen, wir haben den Antrag etwas erweitert. Eigentlich bräuchte jeder einen Assistenten und eine Schreibkraft. (*Starke Unruhe und Widerspruch.*)  $\frac{1}{3}$  der Abgeordneten hat eine privilegierte Position. (*Unruhe.*) Es sind Leute, die Ausschußvorsitzende oder sonst etwas sind, wo es eine Schreibkraft dazu gibt. (*Anhaltende starke Unruhe.*) Ich habe ja nicht die Aufgabe, Ihnen das hier zu erläutern. Das werde ich dem Bundestagsvorstand vortragen. Worum es mir hier geht, ist folgendes, festzuhalten, daß wir nicht dafür sind, eine so geartete Lösung zu treffen, wie sie hier inauguriert wird. Ich sage das, damit nicht hier von einer Position ausgegangen wird, die sich nachher doch nicht halten läßt. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

*Erhard:* Das Wort hat Herr Dr. Scheufelen.

*Scheufelen:* Wenn man die Situation sieht, können wir nicht darum herum, etwas für die Bundespartei zu tun. Erfahrungsgemäß braucht man auf der Kreisebene auf minde-

stens 100.000 Einwohner einen hauptamtlichen Mitarbeiter. In manchen Gegenden muß man heruntergehen bis auf 60.000 oder 70.000 Einwohner. Das bedingt, daß wir auf der Kreisebene ungefähr 600 hauptamtliche Mitarbeiter haben müßten. Aber dieser Tatbestand ist in weiten Bereichen nicht gegeben. Wir wissen aus Erfahrung, daß dort, wo diese dichte Arbeit nicht gegeben ist, auch der Erfolg ausbleibt.

Wir müssen uns deshalb bei der Wertung der Dinge darauf einstellen: Was ist das wichtigste und muß eingespart werden? Es erhebt sich die Frage, ist es richtiger, bei den Kreisgeschäftsführern zu sparen oder in den Landesgeschäftsstellen und der Bundesgeschäftsstelle? (*Burgbacher*: Die Einnahmen müssen erhöht werden. Was Sie sagen, ist völlig daneben!) Ich möchte nur mal die Wertung geben und einige Zahlen nennen. Im Jahre 1958/59 hatte der Etat der Bundespartei eine Größenordnung von 1,5 Mio. DM. Wir haben heute einen Etat von rund 5 Mio. DM. Davon muß man aber 1 Mio. DM abziehen für die Altersversorgung. Wir haben also in etwa eine Verdreifachung des Etats inzwischen erreicht. (*Russe*: Sie müssen sagen, warum wir eine Verdreifachung haben!) Aus zwei Gründen. Wir hatten damals ungefähr 60 hauptamtliche Mitarbeiter. Ich weiß nicht, wie viele es im Augenblick sind. Man ist heraufgegangen auf 160, dann aber wieder heruntergegangen.

Ich begrüße es, daß, wenn nun über den Etat der Bundespartei gesprochen wird, die Landesvorsitzenden die Möglichkeit eines Mitspracherechts haben, damit man diesem Gesichtspunkt auch Rechnung tragen kann. Mir war nicht bekannt, daß die Bundespartei beim Bundestagswahlkampf Gelder an die Landesparteien gegeben hat. Ich frage, wird die Arbeit, die für die Wahl geleistet wird, aus diesen Mitteln honoriert oder nicht? (*Burgbacher*: Die Mittel, die auf diesem Wege an die Bundespartei oder die Landesparteien fließen, dürfen nur für unmittelbare Wahlkampfzwecke ausgegeben werden!) Wenn man nachweist, daß ein bestimmter Kreis von Geschäftsführern ausschließlich für die Wahl arbeitet, dürfen die davon honoriert werden? Ist es so? (*Burgbacher*: Es ist so! – *Gerstenmaier*: Nichts ist so!)

Diese beiden Dinge, das Mitspracherecht der Landesparteien und die Möglichkeit der Verwendung der Gelder für die Arbeiten bei der Wahl, sind enorm wichtig. (*Anhaltende starke Unruhe.*)

*Erhard*: Herr Kollege Gerstenmaier! Er legt hoffentlich den Finger auf die neuralgische Stelle.

*Gerstenmaier*: Meine Herren! Ich habe mich eigentlich nur gemeldet, nachdem ich die Rede unseres Freundes Strauß gehört habe. Ich bin dankbar, daß Sie mir das Wort geben, weil ich mich jetzt wirklich verpflichtet fühle, etwas zu sagen. Dem schönen Optimismus, der sich hier in den letzten 20 Minuten ausgebreitet hat, muß ich einige Worte kräftig entgegenhalten.

Wir haben uns im Laufe der letzten 15 Jahre im Bundesvorstand der CDU so oft von Illusionen genährt, meine Herren! Meistens habe ich dagegen geredet. In diesem Augenblick muß ich es mit voller Überzeugung tun und sagen, daß, wenn ich es nicht täte, ich mich wegen einer Unterlassung schuldig fühlen würde, die ich nicht vertreten könnte. (*Blumenfeld*: Wir sind ja schon bankrott!) Es handelt sich hier nicht um bankrott,

sondern das ist eine rein fiskalische Betrachtung. (*Unruhe und Heiterkeit.*) Es geht um die Sanierungsmaßnahmen, die für den Bankrott vorgeschlagen werden. Eigentlich noch schlimmer als der Bankrott sind die dafür vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen, die als Realität angesehen werden. (*Starke Unruhe.*)

Wenn es bei der Linie im großen und ganzen bleibt, dann möchte ich beinahe wetten, daß Sie auf diesem Wege jedenfalls nicht zu Geld kommen. Dieses Gesetz, auch wenn es etwas geändert wird, mit dem sanften Einfluß unserer Vertreter im Innenausschuß, steht unter der schweren Last, daß es etwas ausschreibt, was nicht im Urteil von Karlsruhe steht, sondern in der Urteilsbegründung recht vage, auch für den Nichtjuristen, und unbefriedigend niedergelegt ist.

Ich will jetzt nicht auf die rechtliche Frage eingehen, ob das ein angemessenes Verhalten für den Bundesgesetzgeber ist, eine Urteilsbegründung von 80 Seiten aufzuschreiben und z. T. wörtlich zu übernehmen. Ich will davon gar nicht reden, sondern ich sage nur folgendes: Die Sachverständigen sind sich darüber einig, daß, wenn dieses Gesetz in der Karlsruher Form durchgeht, es dann keineswegs prozeßfest ist, sondern daß wir eine Flut neuer Verfassungsprozesse bekommen gegen dieses Gesetz, daß wir weiter Einstweilige Anordnungen bekommen, auch wenn wir so beschließen, wie es Herr Burgbacher vorgetragen hat, mit den verschiedenen Prozentsätzen, so daß also das Auszahlen des Geldes nicht möglich wird. So ist die Situation im Augenblick.

Es gibt noch einen anderen Gesichtspunkt, auf den der Herr Dr. Güde<sup>66</sup>, wie ich glaube, mit vollem Recht hingewiesen hat, daß wir bis jetzt auf diesem Gebiete zwar Verfassungsprozesse gehabt haben, daß aber, wenn das Gesetz so durchgeht, wie es jetzt vorliegt, wir auch noch mit dem Strafrichter rechnen müssen, weil nämlich die dauernde Schuldvermutung bestehen bleibt, daß man zwischen dem „stehenden Heer“ und dem Fall der „Mobilmachung“ – Fall der Mobilmachung wäre der Beginn des Wahlkampfes – erst dann Geld ausgeben darf, wenn der Startschuß für den Wahlkampf amtlich gefallen ist. Das stehende Heer braucht man aber, um in diesen Wahlkampf überhaupt hineingehen zu können.

Das also nun dann fein säuberlich zu trennen, ist das Geheimnis des Karlsruher Urteils. Hiernach muß nämlich säuberlich getrennt werden. Es gibt Leute genug, die uns sagen: Ihr kommt gegen die Schuldvermutung, weil ihr diese Trennung nicht säuberlich durchgeführt habt, überhaupt nicht an, und ihr riskiert deshalb laufend neben den Verfassungsprozessen auch noch eine Reihe von Strafprozessen. (*Etzel: Im Strafrecht gibt es keine Schuldvermutung!*) Aber einen Betrug und eine Untreue! (*Etzel: Aber keine Vermutung!*) Herr Güde hat es uns gesagt. Ich warne davor, von dieser Sache, so wie sie jetzt steht, eine finanzielle Sanierung der Partei zu erwarten. Das ist so nicht möglich.

Wir haben Gegenvorschläge gemacht, die auch noch nicht eine vollständige Sanierung bringen werden, die uns aber vor einer solcher Gefahr einer Flut neuer Prozesse

---

66 Max Güde (1902–1984), Jurist; 1929–1932 Staatsanwalt, 1933–1943 Leiter des Amtsgerichts Wolfach, 1945–1950 Oberstaatsanwalt in Karlsruhe, 1950–1961 Mitarbeiter der Bundesanwaltschaft Karlsruhe (1955 Präsident des Vierten Strafsenats, 1956 Oberbundesanwalt und 1957–1961 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof, 1961–1969 MdB (CDU).

usw. schützen. Ich weiß nicht, ob wir mit diesen Vorschlägen durchkommen. Dazu gehört eine Verfassungsergänzung des Art. 21<sup>67</sup>, weil sie uns allein von dieser Begründung dieses Urteils, von der höchst fatalen Fiktion darin trennen könnte, so daß damit dem Bundesgesetzgeber wieder in die Hand gegeben würde, was er ohnehin tun müßte.

Ich wiederhole, ob wir also damit durchkommen, kann ich im Augenblick nicht überschauen, weil die Situation bei der SPD in dieser Hinsicht denkbar schwierig ist. Es gibt in der SPD drei Gruppen, die sich hier erbittert bekämpfen. Jedenfalls glaube ich, daß wir überhaupt eine Chance, eine nennenswerte Entlastung finanzieller Art zu bekommen, nur dann haben, wenn die CDU in dieser Geschichte knallhart und einig ist, auch, Herr Bundeskanzler, gegenüber dem sich in schwieriger Situation befindlichen Koalitionspartner.

Die führenden Köpfe beim Koalitionspartner haben das Problem inzwischen begriffen. Neulich noch hat mir einer gesagt, das würde bei ihnen zur Koalitionsfrage werden, weil es offenbar eine große Auseinandersetzung zwischen den Hessen und anderen zur Folge hätte.

Ich bringe das nur, um die großen Schwierigkeiten aufzuzeigen. Ich hatte mich aber eigentlich zum Wort gemeldet wegen des Vorschlages von Strauß. Herr Strauß hat einen Gedanken in die Diskussion gebracht, den wir im letzten Jahr sehr genau geprüft und zu dem wir auch Vorschläge gemacht haben. Vielleicht ist es für die Herren aus den Ländern und Landtagsfraktionen, die ein Wort mitzureden haben, interessant, daß, wenn man vom Karlsruher Urteil bzw. von seiner Begründung ausgeht, hier in der Tat ein profunder und qualitativer Unterschied zwischen Fraktion und Parteigliederungen gemacht wird. Hier wird gesagt, daß die Fraktionen notwendige Einrichtungen des Verfassungslebens seien, daß sie eine Gliederung des Bundestags – übrigens halte ich das für grundfalsch, denn Gliederungen des Bundestags sind Ausschüsse ... (*Barzel*: Das steht ja doch ganz gut da. Mit den Ausschüssen ist es eine große umstrittene Sache!) Ich halte diesen Satz für falsch, aber er ist immerhin unterstellt. Ich zitiere: „Deshalb können ihnen, weil sie in die organisierte Staatlichkeit eingefügt sind, Zuschüsse gewährt werden.“ Das hat Franz Josef Strauß völlig übersehen. „Es wäre allerdings ein die Verfassung verletzender Mißbrauch, wenn die Parlamente den Fraktionen Zuschüsse in einer Höhe bewilligen würden, die durch die Bedürfnisse der Fraktionen nicht gerechtfertigt wären, also eine verschleierte Parteifinanzierung enthielten. Sie müssen beschränkt bleiben auf die zur Unterhaltung der Fraktionsbüros notwendigen Mittel sowie für wissenschaftliche Mitarbeit und Hilfskräfte unmittelbar der Fraktionen.“

Also nicht die Partei als solche kann daraus Nutzen ziehen, sondern nur die Fraktionen. Die Fraktionen haben für diesen Haushalt im Bundestagsvorstand schon beschlossen. Sie haben die Ansätze für die Fraktionsarbeit um 25% erhöht. Das ist geradezu ein märtyrerhaftes Zurückbleiben im Vergleich zu früheren Wünschen und Vorstellungen. Damals wurden die Zuschüsse um 100% erhöht, dieses Jahr bloß um 25%.

---

67 Art. 21 GG: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit ... Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.“

Aber Herr Fraktionsvorsitzender, ich will Ihnen sagen, weil ich hier noch einige Herren von den Landtagen sehe, jetzt kommt der Bundesrechnungshof in zwei Fraktionen dieses Hauses, die den Grundsätzen des Bundesrechnungshofes ganz korrekt genügen. Ich frage, ob Sie jetzt eine interne Prüfung des Bundesrechnungshofes der Fraktionsfinanzierung bekommen? (*Barzel*: Das sind immer die beiden anderen Fraktionen. Wir haben drei im Hause.) Das ist natürlich die Kehrseite. (*Burgbacher*: Aber lieber Freund Gerstenmaier, warum nehmen Sie diesen Teil der Begründung so ernst und den anderen Teil nicht?) Ich nehme ihn nicht so ernst, sondern sage, auch das spricht dafür, daß wir uns von dieser Urteilsbegründung trennen müssen.

Nun kommt der Punkt, den Herr Dr. Klepsch hier angesprochen hat. Wir stehen uns bei allem, was wir im Augenblick tun, auch noch ganz schön selber im Wege. Etwa 70 jüngere Mitglieder dieses Hauses antworten wie Mephisto, der auf die Frage Gottes, wie er es denn auf dieser Welt fände, sagt: „Ich finde es dort immer herzlich schlecht.“<sup>68</sup> Die 70 finden es hier in diesem Hause – das ist nicht ganz unverständlich – alles in allem herzlich schlecht. Sie haben deshalb beschlossen, einen wirklich durchgreifenden Zug zu tun. Ich will nur sagen, daß die Durchschnittsbezüge des Abgeordneten im Augenblick etwas über 3.000 DM liegen. Würde man nun den Antrag, so wie er vorliegt, akzeptieren, dann müßten diese Bezüge von rund 3.000 DM um 2.500 DM aufgestockt, also auf 5.500 DM erhöht werden.

Abgesehen von den Antragstellern habe ich im Bundestagsvorstand bis jetzt noch niemand gefunden, der auf die Frage, ob er das in dieser Situation des Bundes und der Bundesfinanzen für durchsetzbar hielte, ja gesagt hat, mit Ausnahme der Antragsteller. Ich glaube also, daß man diesem Antrag, auch wenn man alles mögliche für ihn sagen könnte, nicht folgen wird. Vor allem aber, meine Damen und Herren, muß man sich völlig klar darüber sein, daß man natürlich nicht den Abgeordneten mit einem so hohen Betrag ausstatten kann und gleichzeitig an die Fraktionen oder an die Parteien oder an alle drei entsprechende Mittel gibt. Das ist doch völlig unmöglich.

Infolgedessen stehen die Vorschläge Strauß und Klepsch zwar nicht formell, aber politisch und in der materiellen Auswirkung absolut gegeneinander. Sie schließen sich einfach gegenseitig aus. Wenn ich recht verstanden habe, ist im Augenblick der Notstand bei der Partei weitaus am größten. Dann käme allerdings nicht die Fraktion zuerst, Herr Fraktionsvorsitzender, sondern dann würde ich mit mir reden lassen über die bessere Ausstattung der Abgeordneten dieses Hauses. Dann käme der Fraktionshaushalt. Etwa in dieser Skala würde ich die Sache sehen. (*Unruhe und Bewegung.*)

Meine Damen und Herren! Es ist völlig müßig. Wir sind jetzt, so wie die Sache steht, bei der Parteifinanzierung aus staatlichen Mitteln in einer ungeklärten kritischen Phase, von der ich nicht sagen kann, ob sie in absehbarer Zeit befriedigend gelöst wird. Sie bremst aber auch alles andere. Sie bremst die weitere Erhöhung der Zuschüsse an die Fraktionen. Deshalb ist es nicht von ungefähr, daß wir nur 25% in diesem Jahr mehr

---

68 Zeile aus der Rede des Mephistopheles („Prolog im Himmel“) aus „Faust I“ von Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832).

kriegen. Sie macht auch das Petitum der 70 Kollegen in diesem Jahr nahezu aussichtslos.<sup>69</sup> Wenn die Herren in diesem Jahr nicht damit durchkommen, dann erledigt sich die Sache für diese Legislaturperiode. Denn je näher eine solche Geschichte an den Wahlkampf heranrückt, um so aussichtsloser ist sie.

Noch eine dritte Sache, Herr Klepsch! Das sind die Bedürfnisse der älteren Abgeordneten für ihre Altersversorgung.

*Erhard:* Herr Kollege Barzel.

*Barzel:* Meine Damen und Herren! Ich will nur ganz wenig, wie ich hoffe, am Schlusse dieser Debatte sagen.

1. Das Präsidium hatte empfohlen, wegen der Finanzlage der Partei diesen Vorschlag heute zur Erörterung zu stellen, ihn weiter zu beraten in einem dafür zu schaffenden oder vorhandenen Gremium, um die Entscheidung später zu fällen.

2. Was wir hier aus dem Hause erwarten dürfen, ist, so hoffe ich, in vier Monaten das verabschiedete Parteiengesetz. Was wir betreiben, ist die Änderung des Grundgesetzes. Ob und wann und wie wir dies erreichen werden, kann zur Stunde keiner sagen. Ich hoffe, daß wir über Jahresfrist hier eine andere Luft haben. Ich sehe nicht kurzfristig eine wesentliche Veränderung. Das alles bedeutet, daß wir über öffentliche Mittel des Bundes zwar hier sehr viel hören können, aber mit der Barkasse des Bundes, was öffentliche Zuschüsse betrifft, so glaube ich, daß Sie sich in Ihren Erwartungen eher zurückhaltend einstellen sollten.

Was wir tun können als Bundestagsfraktion – darüber arbeiten wir mit der Bundesgeschäftsstelle und der Bundespartei zusammen –, ist unser Bemühen, unsere Informationspolitik zu verstärken, also einen Weg zu suchen, der Partei etwas mehr mit Tatsachen und Daten, nicht mit Meinungen, Reden und langen Pamphleten, informativ zur Hand zu gehen.

Das ist das, was ich nicht aus dem Bereich der Wünsche, sondern aus dem Bereich dessen, was ich für realistisch halte, zu dieser Debatte beitragen wollte.

*Erhard:* Herr Kollege Heck!

*Heck:* Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Eigentlich ging es bei diesem Punkt der Tagesordnung tatsächlich nur darum, daß der Bundesvorstand und vor allen Dingen die Herren Landesvorsitzenden sich dazu äußern sollten, in welcher Weise und in welchem Umfange durch einen Mitgliederbeitrag für den Bund die finanzielle Situation der Bundespartei einigermaßen wieder konsolidiert werden kann. Ich glaube nicht, daß es einen Sinn hätte, jetzt hier diese Meinungsbildung zum Abschluß bringen zu wollen. Aber ich möchte den Vorschlag vom Bundesschatzmeister aufgreifen, daß die Landesvorsitzenden und die Landesschatzmeister sich zusammen mit dem Bundesschatzmeister, mit Dr. Kraske und mir über diese Frage einmal aussprechen und bera-

---

<sup>69</sup> Der Antrag der Fraktionen „Entwurf eines Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz)“ von CDU/CSU, SPD und FDP vom 26. Januar 1967 (Drs. V/1339) wurde am 1. Februar 1967 erstmals im Bundestag beraten, vgl. Sten.Ber. 5. WP 90. Sitzung S. 4175 f. Die 2. und 3. Beratung erfolgte am 28. Juni 1967, vgl. Sten.Ber. 5. WP 116. Sitzung S. 5797–5813; vgl. auch „Gesetz über die politischen Parteien“ vom 24. Juli 1967, BGBl 1967 I S. 773.

ten. Nur meine ich, sollte der Bundesvorstand diesem Gremium die dringende Bitte mit auf den Weg geben, nicht mit einem Vorschlag zurückzukehren, der heißt: Die Landesverbände können nichts tun.

Der Unterschied in der Auffassung zwischen dem Bundesschatzmeister und mir ist nicht der, daß er mehr Geld haben wollte als ich, sondern wir beurteilen das Mögliche etwas verschieden. Mir ist etwas weniger lieber als gar nichts. Deswegen kam es hier zu einem verschiedenen Vorschlag. Ich bin sehr dankbar, wenn die Landesvorsitzenden auf dieser Konferenz gemeinsam beschließen, daß sie künftig pro Kopf und Monat der Mitglieder 0,50 DM an die Bundespartei abliefern. Ich bin sehr dankbar, aber wenn sich das nicht realisieren läßt, dann wird sich auch der Bundesschatzmeister mit einem stufenweisen Versuch, dieses Ziel zu erreichen, befreunden müssen. Ich glaube aber, damit kann man diesen Punkt der Tagesordnung abschließen.

*Erhard:* Meine Damen und Herren! Wir haben dann den Punkt 4: Aktionsprogramm zu besprechen. Wie lange wollen wir überhaupt tagen?

#### AKTIONSPROGRAMM. TÄTIGKEIT DER VEREINIGUNGEN

*Heck:* Wir haben jetzt bereits 13.30 Uhr. Wir müssen einen Punkt der Tagesordnung noch unter allen Umständen erledigen, nämlich die Bildung einer Wahlrechtskommission. Beim Punkt 4 „Aktionsprogramm“ handelt es sich um eine Orientierung des Vorstands, die kann aber genauso auf der nächsten Sitzung des Bundesvorstands erfolgen. Bei dem Punkt „Tätigkeit der Vereinigungen“ handelt es sich um eine Angelegenheit, die aus Anlaß der Tagung des Wirtschaftsrats hochgekommen ist. Es geht darum, einmal generell festzulegen, wie die Zusammenarbeit zwischen den Vereinigungen innerhalb der Partei und am Rande der Partei mit der Parteiführung künftig gestaltet werden muß, damit wir sicherstellen, daß die Partei möglichst einheitlich und geschlossen vor der Öffentlichkeit auftritt. Es geht nicht darum, jetzt nachzukarten. Deswegen kann dieser Punkt der Tagesordnung auch auf die nächste Bundesvorstandssitzung vertagt werden, aber die Bildung einer Wahlrechtskommission und die Wahl der Freunde, die zu der Wahlrechtskommission treten sollen, müssen heute erfolgen. Wenn der Bundesvorstand damit einverstanden ist, würde ich dazu kurz referieren. (*Brauksiepe:* Darf ich zu der Kommission eine Frage stellen? Sie erinnern sich, daß Sie damals noch zusätzlich einen Namen nannten. Ist sichergestellt, daß der Name dazukommt?) Es ist sichergestellt.<sup>70</sup> Es hat noch keine Kommission bis jetzt getagt. (*Brauksiepe:* Dann ist es klar!)

#### BILDUNG EINER WAHLRECHTSKOMMISSION

Das Präsidium ist der Auffassung – das ist ein Vorschlag –, daß die Wahlrechtskommission zwar so klein wie möglich gehalten werden soll, daß sie aber doch die Größe von 21 Mitgliedern wird haben müssen, weil es eine Kommission der CDU und der CSU gemeinsam sein soll, und weil wir in diese Kommission mit einbauen wollen die

<sup>70</sup> Vgl. Nr. 10 Anm. 25, ein Name wird dort aber nicht genannt.

Kommission, die die Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktionen auf ihrer letzten Sitzung gebildet haben. Es sind dies von den Landtagsfraktionen die Freunde: Dr. Wagner<sup>71</sup>, Hessen; Prof. Dr. Mikat, Düsseldorf; Bergmann<sup>72</sup>, Hamburg; Dr. Brüner<sup>73</sup>, Baden-Württemberg; ein Vertreter der CSU (*Name ist offengeblieben*).

Das Präsidium war der Meinung, Ihnen zu empfehlen, Herr Dufhues als Mitglied des Präsidiums sollte den Vorsitz einer solchen Kommission übernehmen. Wenn wir davon ausgehen, daß die Landtagsfraktionen vier Mitglieder benannt haben – und zwar nehme ich jetzt das CSU-Mitglied aus, das ist bei der CSU zu verrechnen –, dann wären von der CSU noch zusätzlich sechs zu benennen, d. h. einer von der Landtagsfraktion und fünf dazu. Dann bleiben, wenn ich Dufhues ausnehme, von den 20 noch zehn Sitze zu besetzen. Wir waren der Meinung, Kollege Barzel, daß die Fraktion sechs Mitglieder benennen soll. (*Barzel: Völlig ausgeschlossen!*) Bei den fünf von der CSU werden ja auch noch welche dabei sein, und der Parteivorstand vier. Aber selbstverständlich, andere Vorschläge können gemacht werden. Es handelt sich hier um eine außerordentlich wichtige Frage für die Partei, so daß die Partei auch einigermaßen beteiligt sein muß.

*Erhard:* Herr Kollege Barzel.

*Barzel:* Herr Vorsitzender! Es war der Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden, eine gemeinsame Kommission der CDU als Partei, der CSU als Partei und der gemeinsamen Bundestagsfraktion zu machen. Es war der Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden, ein Mitglied des Präsidiums, das nicht der Bundestagsfraktion angehört, zum Vorsitzenden zu bestellen. Dies nur, damit meine Einstellung hier klar ist. Ich fürchte jedoch, da wir ein ähnliches Unternehmen auch bei der Finanzverfassungsreform und in anderen Fragen haben werden und wir die böse Erfahrung hinter uns haben mit Kommissionen bei der Bildung der letzten Regierung, daß, wenn wir hier nicht von Anfang an realistisch in den Zahlenverhältnissen sind, am Schluß es doch Streit geben wird.

Deshalb würde ich glauben, wenn man ein Verhältnis schafft und sich auf 21 einigen könnte, daß entweder die beiden Parteien elf oder die Bundestagsfraktion zehn bekommen oder umgekehrt. Wovor ich warnen muß, das ist, auf der Seite der Bundestagsfraktion zwischen CDU und CSU zu unterscheiden und hier Verrechnungen vorzunehmen. Unsere Fraktionsgemeinschaft hier im Hause ist in rechtlicher Hinsicht ein „rohes Ei“, weil sie bestritten wird. Wenn sie sich die anderen Fragen, wie Stimmrecht der Berliner Abgeordneten usw., betrachten, die im Hause eine Rolle spielen, dann dürfen auch in unseren Interna, die eines Tages wie unsere Finanzen vielleicht in Karlsruhe landen werden, nicht irgendwelche Differenzen in der gemeinsamen Fraktion deutlich werden.

---

71 Dr. Hans Wagner (1915–1996), Studienrat; bis 1933 Windthorstbund, 1950–1982 MdL Hessen (CDU), 1966–1978 stv. Landesvorsitzender der CDU Hessen, 1966–1970 und 1972–1974 Fraktionsvorsitzender.

72 Rudi Bergmann (1916–2003), Schulleiter; 1957–1978 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (CDU).

73 Dr. Friedrich Brüner (1910–2004), Landwirt; 1946–1949 Referent beim Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft von Südwürttemberg-Hohenzollern, 1956–1976 MdL Baden-Württemberg (CDU), 1968–1976 Landwirtschaftsminister.



Deshalb die herzliche Bitte, geben Sie der gemeinsamen Fraktion meinetwegen die geringere Quote von zehn, und verteilen Sie die elf auf die beiden Parteien oder machen Sie es umgekehrt, aber bitte keinerlei Verrechnung zwischen CDU und CSU insoweit. Das machen wir schon unter uns. Das haben wir gelernt.

*Heck:* Die Lage ist nicht so ganz einfach, weil ich glaube, daß es zweckmäßig und sinnvoll ist, die Kommission der Landtagsfraktionen mit einzubeziehen, denn sonst beraten wir aneinander vorbei. Damit sind vier Positionen besetzt. Ich nehme jetzt die fünfte der CSU dazu, aber ich muß Herrn Wagner<sup>74</sup> darum bitten, daß die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag einen Vertreter benennt. Die haben sich ja eigenartigerweise bisher geweigert, das zu tun. (*Kohl:* Herr Wagner ist Hesse! – *Heiterkeit.*) Ich muß ein Mitglied dieses Gremiums ansprechen. Ich halte die Aufteilung für ganz vernünftig, nur sieht es so aus, daß wir dann die Landtagsfraktionen mit fünf, die Bundestagsfraktion mit zehn – das sind 15 – vorsehen, und dann bleiben für die Parteien CDU und CSU sechs übrig. (*Barzel:* Die Landtagsfraktionen muß man zu den Parteien rechnen!) Wenn man Fraktionen als Partei rechnet, dann kann man es nicht das eine Mal tun und das andere Mal nicht. (*Unruhe und Bewegung.*)

*Erhard:* Herr Lücke.

*Lücke:* Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Die Frage läßt sich lösen, weil einige Personen sowohl der Fraktion als auch der Partei angehören. Damit kommen wir mit den 21 Kollegen aus. (*Stingl:* In der Bundestagsfraktion gehören hoffentlich alle zur Partei! – *Lebhafte Heiterkeit.*) Ich würde deshalb bitten, daß wir diese Kommission heute dem Grundsatz nach beschließen, weil wir hier unter einer gewissen Zeitvorstellung stehen. Bis zum Herbst sollte diese Kommission mit ihrer Arbeit schon zu gewissen Ergebnissen kommen, weil gleichzeitig eine wissenschaftliche Gruppe, die den Minister in dieser Frage berät, auch tätig wird.

Ich würde also bitten, so zu verfahren, wie Herr Kollege Barzel vorschlägt. Die Frage läßt sich dadurch lösen, daß einige Herren, wie z. B. Dr. Bert Even, die Fraktion und die Partei vertreten. Wir werden uns also die Namen einmal ansehen, dann läßt sich das in dieser Weise vereinheitlichen, ohne daß wir eine starre Quotenberechnung haben.

*Erhard:* Herr Kollege Mikat!

*Mikat:* Ich glaube, daß das ein sehr praktikabler Vorschlag ist, den Herr Lücke macht. Ich bin gebeten worden, den Vorsitz für die Landtagsfraktionen zu übernehmen. Ich schlage vor, bei den Landtagsfraktionen nicht zu stark zwischen Partei und Fraktion zu unterscheiden. Wichtig scheint mir das Argument von Herrn Barzel zu sein, daß man vorab sagt, die Bundestagsfraktion der CDU/CSU stellt soundso viel. Bitte, benennt Ihr! (*Meyers:* Die Leute müssen uns doch kennen! – *Lebhafte Unruhe.*) Die Landtagsfraktionen sind benannt. Für die übrigen sechs dürfte es nicht so schwierig sein.

*Heck:* Hier kann man nur so verfahren, daß man für die sechs zwei aus der CSU nimmt, und vier wären dann hier vom Vorstand zu wählen. Ich bin der Meinung, daß

74 Leo Wagner.

das auch der Bundesvorstand tun soll, die vier zu bestimmen. (*Stingl*: Ist Herr Dufhues dabei? ) Der wäre dabei.

Der Herr Kollege Kohl hat darum gebeten, in der Kommission zu sein. Herr Kraske und ich haben es uns auch überlegt. Herr Blumenfeld sollte auch dabei sein und Herr Even. (*Brauksiepe*: Sie erinnern sich, Herr Dr. Heck, daß wir hier einmal im Fraktionsvorstand vorgeschlagen haben, Frau Dr. Schwarzhaupt in die Wahlrechtskommission zu nehmen? – *Barzel*: Das machen wir in der Bundestagsfraktion! – *Burgbacher*: Nehmen Sie Even auch von der Fraktion!)

Also: Kohl, Dufhues, Kraske und Heck. Damit sind Sie einverstanden! (*Zuruf*: Wie ist es mit der Bundestagsfraktion?)

*Barzel*: Wir haben doch eben, als wir versucht haben, vergeblich darüber zu streiten, festgestellt, daß die Partei, ohne es zu beschließen, mit zehn zufrieden ist.

*Mikat*: Ich habe in diesem Zusammenhang eine Bitte, Herr Vorsitzender. Es ist geradezu verheerend, was man an Stellungnahmen zu diesem Fragenkomplex in den Zeitungen liest, angefangen davon, daß die einen sprechen von einer katholischen Bauernpartei, während die anderen jetzt schon den Untergang des Staates sehen, wenn das Wahlrecht nicht geändert wird. (*Heiterkeit und Unruhe*.) Das hat sich emotional schon so hochgespielt, daß man jetzt ganz sachlich das Für und Wider abwägen muß. Dann können wir im Bundesvorstand dazu Stellung nehmen. Es geht aber nicht, daß wir jetzt jede Woche neue emotionale Aufrufe und Aufforderungen zum Wahlrecht bekommen. (*Beifall*.)

*Erhard*: Herr Bundeskanzler!

*Kiesinger*: Ich möchte den Vorschlag von Herrn Mikat sehr nachdrücklich unterstützen. Ich habe mich selber sehr zurückgehalten in meinen Äußerungen zu dieser Frage, aber ich war gezwungen, in Oberhausen einmal in aller Klarheit dazu Stellung zu nehmen wegen dieser vorangegangenen verschiedenen Meinungsäußerungen. Ich bin froh, wenn ich mich in dieser Sache nicht weiter zu äußern brauche, falls die anderen sich nicht dazu äußern.

*Erhard*: Herr Scheufelen!

*Scheufelen*: Die Wahlrechtsänderung hat sich aus der Regierungsbildung ergeben. Man sollte dafür sorgen, daß in diesem Punkt der Koalitionspartner sich genauso exponiert wie wir, sonst kauft er sich auf diesem Weg in den Ländern langsam die FDP als den künftigen Koalitionspartner ein.

*Erhard*: Herr Kollege Lücke.

*Lücke*: Herr Kollege Scheufelen, ich wäre glücklich, die CDU/CSU wäre in der Wahlrechtsfrage so geschlossen wie der Koalitionspartner. Wir haben es den Sozialdemokraten bisher so leicht gemacht durch die völlig deplazierten und sachlich unbegründeten Einzeläußerungen, daß die CDU/CSU als eine Partei erscheint, die mit dieser Frage im Grunde genommen gar nicht ernsthaft nach vorn wolle. Die Sozialdemokraten sind bei mir gewesen und haben gesagt, wenn ihr es uns so leicht macht, sind wir nicht in der Lage unsere „harten Kerle“ – das sind die radikalen Linken – an die Leine zu nehmen.

Ich möchte das, was Herr Mikat gesagt hat, mit Nachdruck unterstreichen. So, wie es bisher geschieht, kann man keine Politik machen. Wir haben gemeinsam vereinbart, daß wir im Herbst nach den Landtagswahlen sachlich mit der Beratung dieser Frage beginnen. Es ist eine Menge Arbeit zu leisten. Die Kommission muß tagen usw. In der Zwischenzeit kann man das Thema grundsätzlich diskutieren. Mit solch prononcierten Meinungsäußerungen wie Land- und Bauernpartei usw. dient man genau den Sozialdemokraten.

Herr Wehner war als Sprecher der Sozialdemokraten bei mir und hat gesagt, wir fühlen uns, wenn Sie nicht stillhalten, auch aus diesem Papier entlassen. Das ist die einzige schriftliche Sache, die wir bei der Regierungserklärung gemacht haben. Ich bin dankbar, daß in Oberhausen die Sache wieder in etwa zurechtgerückt worden ist. Im Herbst kommen wir mit unseren Vorschlägen. Es darf aber nicht so weitergehen wie bisher, denn damit dienen wir den Sozialdemokraten und denen, die keine Wahlrechtsreform brauchen, aber auch keine wollen. (*Zuruf*: Und der FDP!) Natürlich, die steht im Hintergrund mit einer großen liberalen Presse. (*Blumenfeld*: Einschließlich des Herrn Ehrenvorsitzenden<sup>75</sup>!)

*Erhard*: Damit kommen wir nun zum Punkt 7 der Tagesordnung:

#### VERSCHIEDENES

*Heck*: Herr Bundeskanzler! Es geht hier nur darum, daß wir wie im vergangenen Jahr die Termine für die Vorstandssitzungen vorausplanen, damit sich die Herren für diese Termine freihalten, sonst haben wir sehr große Schwierigkeiten, einen Termin zu vereinbaren, der allen gelegen kommt.

Für die nächsten Sitzungen empfehlen wir folgende Termine: 2. Sitzung am 24. April, 3. Sitzung am 21. Mai, 4. Sitzung am 3. Juli, 5. Sitzung am 2. Oktober, 6. Sitzung am 4. Dezember.

Selbstverständlich bleibt es völlig offen, ob nicht aus gegebenem Anlaß Vorstandssitzungen außer der Reihe einberufen werden. (*Zuruf*: Parteiausschuß?) Parteiausschußsitzungen haben wir nie festgelegt.

*Erhard*: Herr Kollege Stingl.

*Stingl*: Herr Vorsitzender! Ich bitte noch um kurze Aufmerksamkeit. Mich hat in großer Sorge aufgesucht der Generalsekretär des Bundes der Vertriebenen<sup>76</sup>, der unser Mitglied ist. Sie wissen, daß Wenzel Jaksch Präsident des Verbandes wurde, als Krüger<sup>77</sup> Minister geworden war, und daß der Verband von Jaksch in einem Abstand von der SPD geführt worden ist. Am 12. März d. J. stehen die Wahlen an für das Präsidium

<sup>75</sup> Gemeint ist Konrad Adenauer.

<sup>76</sup> Herbert Schwarzer (1906–1988), Regierungsrat; 1957–1959 Geschäftsführer des Bundes der Vertriebenen Deutschen (BvD), 1959–1964 Bundesgeschäftsführer und 1964–1972 Generalsekretär des BdV.

<sup>77</sup> Hans Krüger (1902–1971), Jurist; 1957–1965 MdB (CDU), 1958–1964 Präsident des BdV, 1963/64 Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte.

des Bundes der Vertriebenen. Der Generalsekretär hat große Sorgen, daß Herr Seebohm, der eine Zeitlang Favorit in der Kandidatur war, nicht mehr zieht. Derselbe hat auch kein unbedingtes Ja zur Kandidatur gesagt. Er macht es nur abhängig von einem Gespräch mit Ihnen, Herr Bundeskanzler. Ich bitte Sie dringend darum, daß Sie darauf hinwirken, daß wir diesen Verband nicht verlieren. Es bekommt ihn sonst Herr Rehs<sup>78</sup>, der ihn nicht in einer Distanz zur SPD führen wird. Wir haben dann noch einen größeren Einbruch der SPD bei den Vertriebenen und bei der NPD zu erwarten. Wir haben im Herbst alle Vertriebenenposten in den Kabinetten verloren. Ausgeschieden sind die Herren Seebohm, Schütz<sup>79</sup> und Schwarz<sup>80</sup>, die als Exponenten der Vertriebenen galten. Ich bitte das zu sehen, daß hier der zweitgrößte Verband der Bundesrepublik nicht in eine Richtung gesteuert wird, die uns sehr unangenehm sein könnte.

*Kiesinger:* Sehr einverstanden, nur muß ich die Bedingung daran anknüpfen, daß der Verband dann nicht im Abstand von der CDU geführt wird.<sup>81</sup> (*Stingl:* Ich verstehe Ihre Sorge, Herr Bundeskanzler, aber ich kann sagen, daß ich da einiges getan habe!) Das wird dankbar anerkannt, aber Sie kennen meine Sorgen.

*Erhard:* Herr Hellwig.

*Hellwig:* Ich wollte noch fragen, soll heute die Kommission gebildet werden, die vorhin angeregt worden ist zur Behandlung der Verfassungsreform?

*Barzel:* Das Präsidium ist doch beauftragt worden. (*Hellwig:* Danke schön!)

*Erhard:* Noch Wortmeldung? – Das ist nicht der Fall. Dann darf ich Ihnen herzlich danken und die Sitzung schließen.

---

78 Reinhold Rehs (1901–1971), Rechtsanwalt; 1948 SPD (ab 1969 CDU), 1950–1954 MdL Schleswig-Holstein, 1953–1969 MdB, 1967–1970 Präsident des BdV.

79 Hans Schütz (1901–1982), Angestellter; 1924–1938 Leiter des Gesamtverbands sudetendeutscher Christlicher Gewerkschaften, 1935–1938 Abgeordneter im tschechoslowakischen Parlament, 1946–1969 Vorsitzender der Ackermann-Gemeinde, 1946–1950 Mitgründer und Vorsitzender der Union der Vertriebenen der CSU, 1949–1963 MdB (CSU), 1950–1963 Mitglied der Beratenden Versammlung des Europarats, 1964–1966 Staatsminister für Arbeit und Soziale Fürsorge Bayern. Vgl. LEXIKON S. 362.

80 Sepp (Josef) Schwarz (1910–1985), Redakteur; 1937–1940 Hauptgeschäftsführer des Volkstumsverbands der Deutschen in der Tschechoslowakei, 1950–1964 MdL Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg (GB/BHE, GDP, seit 1964 CDU), 1960–1972 Staatssekretär für Vertriebene Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte im Innenministerium Baden-Württemberg.

81 Zum Vorsitzenden wurde am 12. März 1967 Reinhold Rehs gewählt.